

Stadtparlament Winterthur

Protokoll der 14. und 15. Parlamentssitzung
des Stadtparlamentes im Amtsjahr 2022/2023
vom 28. November 2022

von 16.15 – 17.52 Uhr und von 19.30 – 21.55 Uhr

Parlamentssaal Rathaus, Marktgasse 20, Winterthur

Vorsitz: R. Diener (Grüne)

Protokoll: A. Furrer

Entschuldigt: 14. Sitzung: U. Glättli (GLP)
14./15. Sitzung: F. Vogel (Grüne), Ph. Weber (SP), R. Perroulaz (FDP), M. Wegelin (SVP), S. Gonçalves (EDU)

Traktanden

Trakt. Nr.	Gesch. Nr.	Geschäftstitel	Referent/in
1*		Protokoll der 12./13. Sitzung	
2*	22.59	Wahl der Mitglieder in die Kommission Mechatronik Schule Winterthur (MSW) für die Amtsdauer 2022/2026	R. Kappeler
3	22.98	Wahl eines Mitgliedes in die Aufsichtskommission anstelle des zurückgetretenen F. Künzler (SP) für den Rest der Amtsdauer 2022-2026 (<i>die Wahl erfolgt am 5.12.2022</i>)	R. Kappeler
4	22.97	Wahl eines Mitgliedes in die Sachkommission Bildung, Sport und Kultur anstelle des zurücktretenden M. Steiner (SP) für den Rest der Amtsdauer 2022-2026 (<i>die Wahl erfolgt am 5.12.2022</i>)	R. Kappeler
5*	22.91 (DTB)	Finanzielle Vergütung Stadtwerk Winterthur: Festlegung der finanziellen Vergütung für das Jahr 2023 zulasten der verschiedenen Eigenwirtschaftsbetriebe	M. Blum
6*	22.96 (DSU)	Finanzielle Vergütung Parkieren Winterthur: Festlegung der finanziellen Vergütung für das Jahr 2023 zulasten des Eigenwirtschaftsbetriebs Parkieren Winterthur	K. Vogel
7*	22.89 (DFI)	Genehmigung des Budgets 2023 und Festsetzung des Steuerfusses / Kenntnisnahme des Finanz- und Aufgabenplans 2024 bis 2026	D. Oswald

8	22.83 (DKD)	Zusatzkredit von jährlich wiederkehrend Fr. 127'000 für den Betrieb und Unterhalt der Quartierbibliothek Oberwinterthur / Verpflichtungskredit von Fr. 300'000 für die Betriebseinrichtung der Quartierbibliothek Oberwinterthur (Projekt-Nr. 13167)	G. Stritt
9	22.81 (DSS)	Verpflichtungskredit von Fr. 1'785'000 für die Erstellung eines Kunstrasenfeldes auf der Fussballanlage Sporrer (Projekt-Nr. 13280)	A. Zuraikat
10	22.88 (DKD)	Legislaturprogramm 2022–2026	D. Oswald
11	21.75 (DSS)	Fristerstreckung für die Umsetzung des Postulats G. Stritt (SP), D. Roth-Nater (EVP), R. Hugentobler (AL/Grüne), M. Della Vedova (GLP) und Ch. Maier (FDP) betr. Mittagstische für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe	
12	22.26 (DTB)	Fristerstreckung für Antrag und Bericht zur Motion U. Glättli (GLP), K. Frei Glowatz (Grüne/AL), B.Zäch (SP), M. Bänninger (EVP) und R. Heuberger (FDP) betr. Wärmeversorgung aus einer Hand	
13	20.23 (DTB)	Antrag und Bericht zum Postulat K. Frei Glowatz (Grüne/AL), D. Roth-Nater (EVP), G. Stritt (SP), I. Kuster (CVP) und M. Zehnder (GLP) betr. Comeback des Laubrechens	
14	19.57 (DTB)	Antrag und Ergänzungsbericht zum Postulat M. Nater (GLP), Ch. Grieser (Grüne), M. Bänninger (EVP), R. Heuberger (FDP) und G. Stritt (SP) betr. Optimierung der öffentlichen Strassenbeleuchtung zur Reduktion der Lichtverschmutzung und des Energieverbrauches	
15	21.79 (DTB)	Beantwortung der Interpellation A. Gütermann (GLP), M. Nater (GLP), K. Frei Glowatz (Grüne), M. Bänninger (EVP), F. Landolt (SP), R. Heuberger (FDP), I. Kuster (Die Mitte) und Ch. Hartmann (SVP) betr. nachhaltige und krisensichere Stromversorgung für Winterthur	
16	20.60 (DSU)	Antrag und Bericht zur Motion F. Kramer-Schwob (EVP), P. Schoch (SP), K. Frei Glowatz (GP) und M. Zehnder (GLP) betr. 4 autofreie Sonntage im Jahr	
17	21.67 (DSU)	Antrag und Bericht zur Motion F. Kramer-Schwob (EVP), A. Büeler (Grüne), B. Zäch (SP) und M. Zehnder (GLP) betr. Rahmenkredit Klimamassnahmen	
18	21.19 (DB)	Antrag und Bericht zur Motion D. Altenbach (SP), R. Diener (Grüne/AL) und A. Gütermann (GLP) betr. Sammeln und Recycling von Kunststoffabfällen aus Haushalten und Gewerbe	
19	20.121 (DB)	Antrag und Bericht zum Postulat R. Perroulaz (FDP), B. Zäch (SP), Ch. Hartmann (SVP), Z. Dähler (CVP/EDU) und M. Bänninger (EVP) betr. bauliche Verdichtung durch Aufhebung Mehrlängenzuschlag	
20	21.35 (DB)	Beantwortung der Interpellation M. Wegelin (SVP), A. Steiner (GLP), F. Helg (FDP), I. Kuster (Mitte/EDU), D. Siegmann (SP), A. Büeler (Grüne/AL) und M. Bänninger (EVP) betr. DOHA (Dätttau ohne Hochspannungsleitungen)	

21	21.65 (DB)	Beantwortung der Interpellation M. Reinhard (SVP), U. Bänziger (FDP) und A. Geering (die Mitte/EDU) betr. Tempo 30 und Auswirkungen auf die Einsatzbereitschaft der Blaulichtorganisationen
22	21.73 (DB)	Beantwortung der Interpellation M. Wegelin (SVP) betr. nachhaltige Lösung Winterdienst
23	21.80 (DB)	Beantwortung der Interpellation A. Geering (die Mitte/EDU), Ch. Maier (FDP) und Th. Wolf (SVP) betr. MIV-Zentrumsumfahrung gemäss sGVK
24	21.101 (DB)	Beantwortung der Interpellation A. Steiner (GLP), K. Frei Glowatz (Grüne) und D. Roth-Nater (EVP) betr. Pflegequalität von Grünflächen

**an dieser Sitzung behandelte Geschäfte*

Parlamentspräsident R. Diener: Ich begrüsse Euch ganz herzlich zur heutigen Sitzung, der 14. und 15. Sitzung des Amtsjahres 2022/2023.

Mitteilungen

Parlamentspräsident R. Diener: Wie immer im Voraus ein paar Feststellungen und Mitteilungen.

Wir haben in der Planung das Datum vom 12. Dezember als Reservesitzung vermerkt, wie immer eine 3. Doppelsitzung für allfällige lange Budgetdiskussionen. Ich gehe davon aus, dass wir diese nicht nutzen werden müssen. Wahrscheinlich werden wir diese nicht abhalten müssen.

Wir werden heute um 18 Uhr Pause machen, bis 19.30 Uhr. Ausnahmsweise, statt von 18.30 bis 20.00 Uhr.

Am nächsten Montag ist geplant, dass wir, wenn wir mit den wichtigsten Geschäften einigermaßen durchkommen, ungefähr um 21.00 Uhr einen kleinen Aperó machen werden unten im Festsaal.

Ich habe Abmeldungen erhalten für beide heutigen Sitzungen: Maria Wegelin (SVP), Raphael Perroulaz (FDP), Françoise Vogel (Grüne), Philippe Weber (SP) und Simon Gonçalves (EDU). Für die Nachmittagssitzung hat sich Urs Glättli (GLP) abgemeldet. Verspätet kommen Roli Kappeler (SP), Nina Wenger (Grüne) und Michael Bänninger (EVP).

Dann habe ich heute zwar keine Verabschiedung aus dem Parlament zum Verlesen, aber eine eher traurige Nachricht, die auch eine Verabschiedung ist – aber eine definitive. Ruth Kleiber (EVP), von 1999 – 2009 im Parlament, davon im Amtsjahr 2006/2007 als Präsidentin, ist leider gestorben. Wir kondolieren ganz herzlich. Sie war bis im Mai 2009, bis zum Wechsel des Amtsjahres, hier im Rat. Ich bin genau zwei Monate später in den Rat gekommen. Ich habe sie also noch gekannt, aber nicht mehr im Parlament mit ihr zusammenarbeiten können.

Dann hätte ich heute gerne ein neues Parlamentsmitglied begrüsst, was ich leider nicht kann, weil er sich leider abmelden musste: Simon Gonçalves. Ich wünsche ihm trotzdem viel Freude und gutes Gelingen im Amt, jetzt halt in Abwesenheit.

Mir ist der Wunsch für Videoaufnahmen angemeldet worden von Christian Maier und Urs Hofer von der FDP. Der Landbote hat angekündigt, dass er Fotoaufnahmen machen möchte, was ich auch gewähre.

Sonst habe ich keine weiteren Informationen. Erklärungen wurden mir keine angemeldet.

Traktandenliste

Parlamentspräsident R. Diener: Damit können wir gleich in die Traktandenliste einsteigen, die wir Euch zugestellt haben. Zur Traktandenliste gibt es eine Anmerkung von unserer Seite, der Parlamentsleitung: Traktandum 3 und 4 behandeln wir erst am Anfang der nächsten Woche, also am 5. Dezember.

Ich habe keine weiteren Informationen oder Änderungen zur Traktandenliste. Gibt es jemanden im Saal, der etwas dazu anmerken möchte, nicht einverstanden ist oder eine Ergänzung hat dazu? - Das scheint nicht der Fall zu sein. Damit gilt die Traktandenliste so, wie sie aufgelegt wurde, als genehmigt.

1. Traktandum

Protokoll der 12./13. Sitzung

Parlamentspräsident R. Diener: Wir kommen zum Protokoll der 12. und 13. Sitzung des Amtsjahres 2022/2023. Das Protokoll wurde verteilt und konnte eingesehen werden. Ich habe keine Rückmeldungen erhalten. Gibt es jetzt da heute Abend zum Protokoll der letzten Doppelsitzung eine Anmerkung? – Das scheint auch nicht der Fall zu sein. Damit haben Sie auch das Protokoll genehmigt. Wir danken der Protokollantin herzlich für das Verfassen.

2. Traktandum

Parl.-Nr. 2022.59: Wahl der Mitglieder in die Kommission Mechatronik Schule Winterthur (MSW) für die Amtsdauer 2022/2026

Parlamentspräsident R. Diener: Wahl der Mitglieder in die Kommission Mechatronik Schule Winterthur (MSW) für die Amtsdauer 2022/2026. Wir nennen explizit die Amtsdauer, die gleich ist wie beim Parlament und der Regierung. Das Wort für die Vorschläge hat der Vizepräsident der IFK, Thomas Wolf.

Th. Wolf (IFK): Ich habe keine Informationen erhalten vom IFK-Präsidenten.

Parlamentspräsident R. Diener: Wir haben alle das Blatt mit den Kommissionsbeschlüssen erhalten, wir können das unproblematisch machen. Kannst Du die Wahlvorschläge einfach kurz vorlesen, damit es der Form halber richtig ist?

Th. Wolf (IFK): Die IFK schlägt vor als Mitglieder in der Kommission Mechatronik Schule Winterthur (MSW) für die Amtsdauer 2022/2026:

Marc Blaser, Arbeitnehmervertreter (bisher)
Beat Flachmüller, Arbeitnehmervertreter (bisher)
Philipp Wenger, Arbeitgebervertreter (bisher)
Martin Loeser, Vertretung ZHAW (neu)
Sacha Hänzi, EVP (bisher)
Manuel Sahli, AL (bisher)
Stefan Furrer, GLP (neu)
Vakant ist noch die Vertretung des DSS.

Parlamentspräsident R. Diener: Danke vielmal, Thomas Wolf. Dann gibt es die Frage in die Runde: Wir haben wie gesagt noch einen Sitz von diesen acht vakant. Gibt es zu den sieben Mitgliedern, die jetzt vorgeschlagen wurden, Vermehrung, Kritik oder Ablehnungsanträge? –

Das scheint nicht der Fall zu sein. Damit haben Sie die sieben Mitglieder in die Kommission gewählt, wie sie verlesen wurden und wie sie auch auf dem Kommissionsblatt stehen, das man herunterladen konnte.

Damit ist das Traktandum 2 auch schon erledigt.

3. Traktandum

Parl.-Nr. 2022.98: Wahl eines Mitgliedes in die Aufsichtskommission anstelle des zurückgetretenen F. Künzler (SP) für den Rest der Amtsdauer 2022-2026 (die Wahl erfolgt am 5.12.2022)

Parlamentspräsident R. Diener: Die Wahl erfolgt am 5.12.2022.

4. Traktandum

Parl.-Nr. 2022.97: Wahl eines Mitgliedes in die Sachkommission Bildung, Sport und Kultur anstelle des zurücktretenden M. Steiner (SP) für den Rest der Amtsdauer 2022-2026 (die Wahl erfolgt am 5.12.2022)

Parlamentspräsident R. Diener: Die Wahl erfolgt am 5.12.2022.

5. Traktandum

Parl.-Nr. 2022.91: Finanzielle Vergütung Stadtwerk Winterthur: Festlegung der finanziellen Vergütung für das Jahr 2023 zulasten der verschiedenen Eigenwirtschaftsbetriebe

Parlamentspräsident R. Diener: Finanzielle Vergütung Stadtwerk Winterthur: Festlegung der finanziellen Vergütung für das Jahr 2023 zulasten der verschiedenen Eigenwirtschaftsbetriebe. Das Wort hat aus der UBK Martina Blum.

M. Blum (UBK): Ich darf Ihnen das Geschäft Festlegung der finanziellen Vergütung für das Jahr 2023 zulasten der verschiedenen Eigenwirtschaftsbetriebe von Stadtwerk Winterthur vorstellen.

Vorgeschlagen ist eine finanzielle Vergütung von 9.5 Millionen an die Stadt. Es gibt keine fixe Vorgabe über die Höhe der Abgabe an die Stadt. Der jetzt vorgeschlagene Betrag liegt leicht unter dem Mittel der Vorjahre, wenn wir den Sondereffekt Corona im Jahr 2021 ausblenden.

Woher kommt die finanzielle Vergütung?

Dafür müssen wir uns das budgetierte Nettoergebnis von Stadtwerk Winterthur anschauen, wie es im Budget 2023 vorgesehen ist.

Zu unterscheiden sind dabei: Geschäftsbereiche mit hoheitlichen Aufgaben, die keine finanzielle Abgabe leisten können. Dies sind ARA und Siedlungsentwässerung, KVA und Wasserversorgung, die blau markierten auf der Folie.

Demgegenüber stehen die Geschäftsbereiche, die eine Abgabe leisten können. Zwei davon befinden sich im freien Markt, Energiecontracting und Telekom. Hier ist das Nettoergebnis gering bis negativ budgetiert, so dass diese ebenfalls ausgeschlossen werden können.

Ebenfalls mit negativem Ergebnis wird beim Stromverkauf budgetiert.

Eine spezielle Situation haben wir beim Gasverkauf. Hier sehen wir ebenfalls keinen Gewinn budgetiert für 2023. Zwar steigen die Gaspreise auf Anfang Jahr, über alle Produktgruppen

steigen die Gaspreise um 33 Prozent. Die Anhebung liegt jedoch unter der aktuellen Preissteigerung. Wenn nun gleichzeitig noch Gewinn budgetiert werden soll, müsste der Preisanstieg höher liegen. Die vorgeschlagene Handhabung, das heisst ohne Gewinnabschöpfung zu planen, entspricht im Übrigen der Empfehlung des Preisüberwachers.

Als mögliche Geschäftsbereiche, die finanzielle Vergütung abliefern können, bleiben damit noch:

- Fernwärme: Hier ist eine finanzielle Vergütung von 1.3 Millionen Franken vorgesehen. Dies entspricht dem Maximum von 10% des Umsatzes.
- Das Gasnetz ist sehr profitabel. Als finanzielle Vergütung sind 2.7 Millionen Franken vorgesehen. Dies liegt ebenfalls am Maximum von 30% des Umsatzes.
- Bleibt noch das Stromnetz. Hier sind 5.5 Millionen Franken finanzielle Vergütung vorgesehen. Dies entspricht dem Wert im Budget 2022 und liegt leicht unterhalb der Jahre davor. Ein Hinweis dazu: Die angekündigte Strompreiserhöhung dieses Tarifanteils steht damit nicht im Zusammenhang. Die Preise müssen erhöht werden aufgrund höherer Ausgaben für das vorgelagerte Netz.

Der Antrag in der Übersicht: Es wird beantragt,

- 1.3 Millionen Franken, 10% vom Umsatz in Bereich Fernwärme
- 2.7 Millionen Franken, 30% vom Umsatz im Bereich Verteilung von Gas
- 5.5 Millionen Franken im Bereich Verteilung Elektrizität

an die Stadt als finanzielle Vergütung auszuschütten und auf eine finanzielle Vergütung aus Strom- und Gashandel zu verzichten.

Die Umweltkommission hat den Antrag zur finanziellen Vergütung Stadtwerk Winterthur einstimmig angenommen.

Vielen Dank

Parlamentspräsident R. Diener: Danke vielmal, Martina. Wir haben gemäss dem Beschlussblatt, das wir Euch verteilt haben, vorgeschlagen, dass wir dieses Geschäft ohne Diskussion verabschieden. Ich frage in die Runde, ob jemand einen Einwand dagegen hat oder etwas dazu sagen will? Nora Ernst?

N. Ernst (GLP): Im Grundsatz leuchtet es uns allen ein, dass in einem schwierigen Marktumfeld weniger Vergütung an die Stadt möglich ist. Wir haben es gesehen: Keine Gewinne beziehungsweise Verluste beim Strom- und Gasverkauf führen zu einer geringeren Rückvergütung an die Stadt.

Dem Antrag des Stadtrates haben wir deshalb in der Kommission einstimmig zugestimmt. Es ist uns trotzdem wichtig zu erwähnen, dass das Geschäft bei uns ein bisschen einen schalen Nachgeschmack hinterlässt. Zum einen werden neben einer Rückvergütungsreduktion auch Tarife erhöht, der Steuerzahler wird also sozusagen doppelt belastet. Und zum zweiten und wichtigen erwarten wir, bei so wichtigen und so komplexen Geschäften zukünftig mehr Vorlaufzeit, so dass wir diese in mindestens zwei Lesungen in der Kommission besprechen können.

Parlamentspräsident R. Diener: Danke, Nora. Gibt es da weitere Wortmeldungen, die gewünscht werden im Parlament? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Möchte sich der Stadtrat noch dazu äussern?

Stadtrat St. Fritschi: Davon höre ich jetzt zum ersten Mal, in der Kommission hast Du mir diesen Vorwurf nicht gemacht. Aber wir nehmen das so zur Kenntnis.

Es ist ein Standardgeschäft, das wir jedes Jahr haben. Das jedes Jahr dasselbe ist, bei dem nur über die vier Prozentzahlen entschieden werden muss vom Parlament.

Es ist dem Stadtrat ganz wichtig, dass wir jetzt – gerade im Hinblick darauf, dass wir in den beiden Bereichen, in denen wir grosse Tariferhöhungen haben, beim Gas- und beim Stromhandel, dass wir genau deshalb dort nicht zusätzliche Abschöpfungen machen.

Ich verstehe die Logik von Nora Ernst jetzt nicht ganz, denn wenn man dort noch eine Vergütung machen würde, dann würde man diese mit einem Jahr Verzögerung noch zusätzlich belasten. Und das wollten wir bewusst nicht.

Und sonst kann ich nur sagen, dass es eigentlich keine Diskussion in der Kommission gab und deshalb möchte ich es auch nicht verlängern.

Parlamentspräsident R. Diener: Danke, Stefan. Damit sind wir abstimmungsreif.

Ich frage jetzt in die Runde, wer bereit ist, die Vorlage so anzunehmen, wie sie vorgestellt wurde. Es sind vier Ziffern im Antrag, wir stimmen über diese vier Ziffern gemeinsam ab.

Wer diese Vorlage annehmen möchte, soll jetzt die Hand erheben.

Wer möchte das ablehnen?

Wer möchte Enthaltung äussern?

Damit haben wir eine einstimmige Zustimmung zu diesem Geschäft, danke. Das ist damit erledigt.

6. Traktandum

Parl.-Nr. 2022.96: Finanzielle Vergütung Parkieren Winterthur: Festlegung der finanziellen Vergütung für das Jahr 2023 zulasten des Eigenwirtschaftsbetriebs Parkieren Winterthur

Parlamentspräsident R. Diener: Finanzielle Vergütung Parkieren Winterthur: Festlegung der finanziellen Vergütung für das Jahr 2023 zulasten des Eigenwirtschaftsbetriebs Parkieren Winterthur. Auch dieses Geschäft ist bisher ohne Diskussion geplant. Wir kommen jetzt zur Vorstellung des Geschäfts durch den Referenten der Kommission, Kaspar Vogel.

K. Vogel (SSK): Ich präsentiere Euch das Geschäft der finanziellen Vergütung aus Parkieren Winterthur. Es geht darum, wie viel Geld im Jahr 2023 aus der Produktegruppe Parkieren Winterthur in den allgemeinen Steuerhaushalt fliessen soll. Dies bestimmt das Stadtparlament aufgrund einer Verordnung, welche im Rat vor ziemlich genau einem Jahr angenommen wurde.

Parkieren Winterthur ist ein Eigenwirtschaftsbetrieb.

Dazu gehören folgende fünf Produkte:

- alle städtischen Parkhäuser, z.B. Technikum oder Theater
- verschiedene Parkgaragen, z.B. Berufsbildungsschule
- Parkplätze auf städtischem Grund, z.B. an der Breitestrasse
- verschiedene Dienstleistungen, die für Private erbracht werden, z.B. Bewirtschaftung privater Parkhäuser wie Teuchelweiher
- Velostationen

Dieser Betrieb wirft einen jährlichen Gewinn von ca. 1.3 bis 2 Millionen Franken ab. Der Stadtrat beantragt, dass vom diesjährigen Gewinn von ca. 1.2 Millionen 90% in den Steuerhaushalt fliessen sollen. Die übrigen 10% fliessen in die Betriebsreserve.

Die Betriebsreserve, beziehungsweise das Eigenkapital, beträgt zurzeit ca. 21 Millionen Franken. Der Stadtrat beantragt davon die 2 Millionen, die ebenfalls an den Staatshaushalt fliessen sollen. Aus der Betriebsreserve müssen Investitionen in Parkhauseinrichtungen, wie zum Beispiel Parkkassen oder Lifte, ersetzt werden können. Hierfür sind ca. 6 Millionen Franken nötig. Die aktuelle Betriebsreserve übersteigt also diesen Betrag bei weitem, so dass die beantragte Entnahme von 2 Millionen Franken im Jahr 2023 gut möglich ist.

Es ist geplant, mit diesem Geld, welches, wie bereits gesagt, in den allgemeinen Steuerhaushalt fliesst, umweltschonende Mobilitätsformen unterstützt werden sollen und andere wichtige Massnahmen des Energie- und Klimakonzepts umgesetzt werden.

Die SSK stimmte beiden Anträgen einstimmig zu.

Parlamentspräsident R. Diener: Danke vielmals, Kaspar, für die Vorstellung. Das Geschäft ist wie gesagt bisher ohne Diskussion geplant. Ich frage auch da in die Runde, ob man damit einverstanden ist oder ob es Wortmeldungen dazu gibt. – Es gibt keine Wortmeldungen. Ich frage den Stadtrat, ob er noch etwas dazu sagen möchte.
Dann kommen wir bereits zur Schlussabstimmung. Es sind zwei Ziffern im Antrag, den Ihr vor Euch habt. Wir stimmen über beide gemeinsam ab.
Wer dem Geschäft so zustimmen möchte, wie es vorgestellt wurde, soll das mit Handerheben kennzeichnen.
Ich frage, ob es Gegenstimmen gibt? Möchte jemand das ablehnen?
Möchte sich jemand enthalten?
Danke vielmals, damit haben Sie auch dieses Geschäft einstimmig angenommen.

7. Traktandum

Parl.-Nr. 2022.89: Genehmigung des Budgets 2023 und Festsetzung des Steuerfusses / Kenntnisnahme des Finanz- und Aufgabenplans 2024 bis 2026

Parlamentspräsident R. Diener: Wir kommen zügig voran und kommen bereits zum Hauptgeschäft heute Abend, der Genehmigung des Budgets 2023 und Festsetzung des Steuerfusses / Kenntnisnahme des Finanz- und Aufgabenplans 2024 bis 2026.
Dazu möchte ich gerne noch die Leitung des Finanzamtes herzlich begrüßen bei uns, Frau Oberchristl und Herrn Vitali. Danke vielmals auch an das Finanzamt für die Verfassung des Drehbuches, damit wir heute gut durch das Budget durchgehen können.
Wir kommen zuerst zur Vorstellung des Geschäfts durch den Präsidenten der AK, Daniel Oswald.

D. Oswald (AK): Gerne stelle ich Euch im Namen der Aufsichtskommission an dieser Stelle das Budget 2023 vor. Ich habe keine Folien. Die Energie, welche der Projektor brauchen würde, können wir sparen und den Projektor abstellen.
Die Eintretensdebatte in der AK fand am 24. Oktober statt. Anschliessend wurden in den verschiedenen Kommissionen die Produktgruppen beraten. Am 21. November befand die AK über die Weisung und stimmte dabei sämtlichen Anträgen des Stadtrates einstimmig zu.
Wie in den vergangenen Jahren werden für die Bereiche Bildung, Soziales und Pflegefinanzierung rund 73% der Einnahmen aus Steuern und Ressourcenausgleich benötigt. Ebenfalls wie in den Vorjahren setzt sich das städtische Wachstum und das damit verbundene Ausgabenwachstum weiter fort. Zusätzlich kommen im Budget 2023 die Auswirkungen im Asylwesen durch die Ukraine-Krise, die Teuerung sowie durch die Zinswende wegfallenden Negativzinsen zum Tragen.
Das vom Stadtrat vorgelegte Budget weist einen Verlust von 2.5 Millionen Franken aus. Dieser Verlust wurde durch die gefassten Kommissionsbeschlüsse auf 4.2 Millionen erhöht.
Die dem Budget 2023 zu Grunde liegenden Parameter sind wie folgt: 1.6% Wachstum der Steuereinnahmen bei den natürlichen Personen, 2.8% Wachstum der Steuereinnahmen bei den juristischen Personen. Aufgrund bekannter Fälle ist auch im Bereich der Grundstückgewinnsteuer im 2023 noch mit einer Zunahme zu rechnen, aber das ist allerdings ein Peak.
In der Sozialhilfe wird mit einem Fallwachstum von 1% und mit einem teuerungsbedingten Kostenwachstum von ebenfalls 1% im Grundbedarf zu rechnen sein. Die Wohnkosten steigen um 2.1% und die Gesundheitskosten um 5%.
Aufgrund der Ukraine-Krise ist für 2023 mit zusätzlich 850 Personen mit Schutzstatus S zu rechnen, was zusätzlichen 2% gegenüber dem August 2022 bedeutet.
In der Volksschule haben wir ein Schülerwachstum von 1.8% und in der Kinderbetreuung im Vorschulalter und in der Schulergänzenden Betreuung ein Wachstum von 6%.
Die Nettoinvestitionen ins Verwaltungsvermögen sind mit 204.2 Millionen veranschlagt, was einem leichten Anstieg von 4.3 Millionen gegenüber dem Budget 2022 entspricht. Im Finanzvermögen wird mit 11.8. Millionen Franken ca. 40% mehr als im Budget 2022 investiert.

Das eben dargelegte Wachstum zieht natürlich auch einen entsprechenden Stellenaufbau in den einzelnen Bereichen nach sich. Der Personalaufwand in der Rechnung 2021 war bei 427.8 Millionen Franken, für das Budget 2023 beläuft sich dieser auf 509.2 Millionen Franken. In der AK ist ein Kommissionsantrag durchgekommen zur Teuerungsanpassung, der die Personalkosten noch um 2.2 Millionen erhöht.

Durch den Teuerungsausgleich insgesamt wachsen die Personalkosten um 7.6 Millionen, und würden die Eigenwirtschaftsbetriebe miteingerechnet, wären es dort auch noch 4.5 Millionen Franken mehr.

Ansonsten ist der Anstieg der Personalkosten auf folgende Themen zurückzuführen: Ukraine-Krieg plus 23.8 Stellen, Schule und Betreuung plus 17.5 Stellen, Klimaziele 15.2 Stellen, Aufstieg FWC 13.2 und städtebauliche Entwicklung 4.7 Stellen mehr. Das ist insgesamt ein Aufbau von 74.4 Stellen durch Sondereffekte. Weitere 43.4 Stellen sind zusätzlich erforderlich. Insgesamt werden 117.8 zusätzliche Stellen geschaffen im Budget 2023, wovon insgesamt 34.1 Stellen refinanziert sind.

Der Sach- und Betriebsaufwand steigt gegenüber der Rechnung um 79.1 Millionen und gegenüber dem Budget 2022 um 45.1 Millionen auf 428.3 Millionen. Die wesentlichen Kostentreiber sind in diesem Bereich die höheren Beschaffungskosten bei der Energie und Honorare im Zusammenhang mit der Digitalisierung der Stadtverwaltung.

Per Ende 2023 beträgt die Nettoschuld voraussichtlich 1.2 Milliarden Franken, was einer Nettoschuld von 9'784 Franken pro Einwohner entspricht. Damit sinkt die Nettoschuld pro Einwohner gegenüber dem Budget 2022 um 1'328 Franken.

Beim Blick auf die Finanzierung ist zu erwähnen, dass das Budget ein Selbstfinanzierungsgrad von 60%, das heisst 43% im allgemeinen Haushalt und 85% bei den Eigenwirtschaftsbetrieben, aufweist. Insgesamt weist das Budget 2023 einen Finanzierungsfehlbetrag von etwas mehr als 81 Millionen Franken aus.

Das zweckfreie Eigenkapital wird per Ende 2023 gemäss Budget 211.4 Millionen Franken und das zweckgebundene 866.9 Millionen betragen. Das zweckfreie Eigenkapital betrug in der Rechnung 2021 278.5 Millionen.

Zum Schluss noch einen Blick auf den FAP: Im FAP 2023 wurde ein um 11.6 Millionen Franken höherer Verlust ausgewiesen als wir jetzt im Budget 2023 effektiv haben. Im Weiteren ist der Finanzaufwand um 13.9 Millionen Franken höher als im FAP 2023. Der grösste Anteil daran mit 10.4 Millionen Franken ist die Wertberichtigung auf Baurechten, welche aufgrund eines höheren anwendbaren Zinssatzes unter der Anwendung der neuen Rechtsprechung anfällt.

Ertragsseitig entwickeln sich die Steuererträge mit plus 52 Millionen Franken weitaus positiver als im FAP 2023 angenommen.

Der mittelfristige Ausgleich ist mit einem Gesamtergebnis von 46 Millionen Franken eingehalten

Wie eingangs erwähnt, hat die AK dem Antrag des Stadtrates in allen Punkten mit 11:0 zugestimmt und beantragt dem Parlament die Zustimmung zum Budget 2023.

Es bleibt mir an dieser Stelle noch allen Beteiligten in der Verwaltung, im Stadtrat und überall zu danken für die geleistete Arbeit und die konstruktive Zusammenarbeit.

Damit habe ich geschlossen.

Parlamentspräsident R. Diener: Danke, Dani Oswald. Damit kommt als nächstes die Eintrentensdebatte. Als erstes hat das Wort Urs Hofer (FDP).

U. Hofer (FDP): Ich kann es vorwegnehmen: Die FDP-Fraktion tritt auf das Budget ein. Wir sind aber alles andere als begeistert vom Budget 2023, wir mussten aber aufgrund der Vorgespräche jedoch feststellen, dass sich keine Mehrheiten finden lassen, welche bereit sind, heute schon grössere Korrekturen vorzunehmen. Wir erwarten deswegen nach der Eintrentensdebatte eine eher laue Budgetberatung. Diese Lauheit soll aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass man - leider nicht zum ersten Mal - unseres Erachtens die nachhaltige Sicherung der Finanzierung der städtischen Kernaufgaben verschläft und gefährdet und früher oder später ein böses Erwachen droht.

Was macht denn ein gutes Budget aus? Ein gutes Budget besteht unseres Erachtens aus den folgenden Elementen:

Die erste Frage ist diejenige nach der Plausibilität: Sind die im Budget enthaltenen Zahlen plausibel und verlässlich? Auf den ersten Blick fallen die eher optimistischen Annahmen betreffend der Ertragsseite ins Auge - auf der einen Seite kann man wohl sagen, dass da der Stadtrat in der Vergangenheit eher konservativ budgetiert und dann positiv überrascht hat, aber nun gerade in Anbetracht einer noch nie dagewesenen globalen, weltpolitischen Unsicherheit in den Optimismus zu verfallen und so viele Erträge zu budgetieren, dass es dann gerade noch aufgeht, dünkt uns mutig.

Das schlimmste Vergehen in dieser Hinsicht dünkt uns jedoch der handstreichartige Wegfall des Novemberbriefes. Wie aktuell sind denn die Zahlen, die wir in den nächsten Stunden beraten und die auf einem Budget beruhen, das vermutlich im Wesentlichen vor rund einem halben Jahr erstellt worden ist? Beispiele: Wurde der erhöhte Strompreis berücksichtigt; wurde der Wechsel zu Klimagold berücksichtigt; wurde die aktuelle Teuerung berücksichtigt und was ist da der konkrete Plan des Stadtrates diesbezüglich? Ist die Planung auf der Investitionsseite noch aktuell? Man erinnert sich daran: Im Novemberbrief hatten wir seitenweise Verschiebungen von Investitionsprojekten früher. Wurde da die Baupreisteuerung berücksichtigt etc.? Die Fragen sind unendlich. Und das sind nicht Fragen, die wir anlässlich der Kommissionsberatung bereinigen sollten und schon gar nicht Fragen, die anlässlich der Budgetberatung noch offen sein sollten. Für dieses Vorgehen alleine gibt es von uns schon einmal die gelbe Karte.

Das zweite Element ist das Ertrags- und Aufwandverhältnis. Dabei geht es ja im Kern um die Frage, ob dieses im Lot ist. Und es interessiert uns nicht nur um das nackte Ergebnis (das ist eine rote und jetzt noch eine ein bisschen rötere Null), sondern vor allem geht es auch darum, wohin die allgemeine Richtung geht. Wie stark steigen die Ausgaben, was sind die Treiber und hat man diese im Griff, sind Massnahmen eingeleitet usw. Auch wichtig: Einmalige oder einfach nicht längerfristige Effekte sollten dabei bestmöglich gedanklich ausgeklammert werden in dieser Beurteilung. Nur so kann man sich ein einigermaßen verlässliches Bild machen, ob man die Ausgaben irgendwie nachhaltig finanzieren kann, beziehungsweise ob man dringenden Handlungsbedarf hat.

Was ist da unsere Beurteilung? Es ist schlicht und ergreifend besorgniserregend, dass wir zwar im Vergleich zum letzten Budget mit einem Mehrertrag von rund 116 Millionen rechnen – darauf hoffen –, dieser Mehrertrag aber schlichtweg pulverisiert wurde wegen den steigenden Aufwänden. Das kann und darf uns nicht ruhig schlafen lassen. Ins Gewicht fallen neben den schon seit Jahren bekannten Sorgenkindern (Schule, Soziales und Pflege) halt einfach auch die immer steigenden Personalkosten und das immer steigende Stellenwachstum. Die Personalkostenplanung der Stadt Winterthur kennt seit den 10 Jahren, in denen ich dabei bin, nur eine Richtung: Steil bergauf oder noch steiler bergauf. Es wird auch nicht besser, wenn wir die Ertragsannahmen im Detail anschauen. Ich möchte einen Punkt herausheben: 78 Millionen Erträge aus den Grundstückgewinnsteuern. Selbst wenn diese Zahlen plausibel sind, ist das nicht nachhaltig im engeren Sinn. Es ist klar, dass der Trend, der immer noch zu beobachten ist, Liegenschaften zu überhöhten Preisen verkaufen zu können, früher oder später – und da spielt auch die geopolitische Lage eine Rolle, wann das genau sein wird – stagnieren oder im schlimmsten Fall sogar ins Gegenteil kehren wird. Sprich: Wir können nicht auf ewig mit den extrem hohen Grundstückgewinnerträgen rechnen. Und deshalb finde ich eigentlich, überdurchschnittliche Erträge sollten in den Schuldenabbau fliessen und sicher nicht für die fortlaufende Finanzierung unserer Aufgaben eingeplant werden. Denn wenn sie wegfallen, haben wir ein Problem: Die Kosten sind noch da, die Erträge sind weg. Und auch beim Ressourcenausgleich darf man nicht einfach blind hoffen, dass uns die anderen Zürcher Gemeinden schon irgendwie durchfüttern.

Zusammengefasst sind unserer Meinung nach wesentliche Elemente unserer Erträge auf Sand gebaut und sie sind eigentlich im Sturm der Aufwandsteigerung schon kurz nach dem Auftürmen wieder weggeblasen worden. Deshalb, wir können schliessen: Das Ertrags-/Aufwandverhältnis ist nicht im Lot - eine zweite gelbe Karte.

Der dritte Punkt ist einfach, es gibt ja nicht nur die Erfolgsrechnung, sondern auch die Bilanz. Da müssen wir auch prüfen, ob die Ertragsrechnung im Hinblick auf die Bilanz verträglich ist, wie es mit der Eigenkapitalsituation, Verschuldung und Liquidität aussieht und ob das vertretbar ist. Die Beurteilung ist einfach: Wir schieben bereits einen gigantischen Schuldenberg vor uns her und wir unternehmen mit dem vorliegenden Budget wenig bis nichts, um diesen Schuldenberg abzubauen. Dies in Zeiten von steigenden Fremdkapitalfinanzierungskosten. Zur Erinnerung: Minimale Zinsschwankungen führen bei einer Verschuldung von rund 1,2 Milliarden Franken rasch zu Mehraufwendungen in Millionenhöhe und bei deutlichen Zinsschwankungen wird das früher oder später auch zum Genickbruch führen. Die Eigenkapitalsituation gibt uns keinen allzu grossen Spielraum, einfach einmal eine Delle oder ein Tal auszusitzen und auf bessere Zeiten zu warten, sondern wir müssen handeln. Fazit: Auch da eine dritte gelbe Karte.

Das vierte Element, das für mich wichtig ist, ist der Forecast. Wir sollten ja nicht nur wissen, was uns im nächsten Jahr erwartet, sondern auch, wie die nächsten 2-3 Jahre ungefähr aussehen könnten. Nur so kann man antizipieren und bereits heute die Weichen richtig stellen. Wie immer fällt uns beim FAP, der dieser Aufgabe dient oder dienen sollte, auf, dass Copy/Paste sehr beliebt ist. Die aktuellen Plan-Zahlen werden einfach mit ganz wenigen Ausnahmen in den nächsten drei Planjahren fortgeführt. Es genügt, einmal die FAP-Prognosen der letzten Jahre mit den aktuellen Budgetzahlen zu vergleichen, um zu wissen, dass das ungefähr den Genauigkeitsgrad eines Muotathaler Wetterschmöckers hat. Aber selbst diese ungenügende FAP-Planung resultiert in einem zweistelligen Millionenverlust im 2026. Und wir alle wissen jedoch auch unabhängig vom qualitativen Manko des FAP, dass quantitativ einiges auf uns zukommt. Zwei Beispiele sind da: Wir kennen die Geschichte der PK und der Ausfinanzierung, und wir kennen die Geschichte von Netto Null 2040. Und wir wissen, dass da erhebliche Investitions- und Investitionsfolgekosten auf uns zukommen. Wie um Himmels Willen wollen wir die Massnahmen, welche wir vor Kurzem abstrakt mit dem Energieplan verabschiedet haben als Teil des Massnahmenpakets, und die da noch nicht mit einem Preisschild versehen waren, finanzieren? Ich habe es schon häufig gesagt und sage es noch einmal: Die Klimawende darf und wird uns etwas kosten und auch die FDP Winterthur wird Hand bieten zu Mehrkosten, wenn sie effizient und zielgerichtet investiert sind. Wenn diese ehrgeizigen Ziele aber nicht einfach an der Realität scheitern sollen, dann müssen wir schon in diesem Budget, eigentlich lieber schon länger, den finanziellen Spielraum dazu schaffen - ansonsten stehen wir alle am Tag der Wahrheit wie Esel da. Hinzu kommen aktuell die globalen Unsicherheiten mit dem Krieg in der Ukraine, der Lage in Taiwan, der Energiekrise, der Zulieferkrise etc. Wir dürfen daher auch nicht hoffen, dass die Lage auf einmal besser wird als gedacht - im Gegenteil. Darum: Eine vierte gelbe Karte für diese Planung mit wenig Weitsicht.

Was ist das Gesamtbild? Ich habe vier gelbe Karten verteilt und es ist klar, es ist kein gutes Gesamtbild. Wir haben unplausible Zahlen, kombiniert mit einem Ertrag-/Aufwandverhältnis, das aus dem Lot ist, kombiniert mit der schlichten Unverträglichkeit des vorliegenden Budgets zu unseren Bilanzkennzahlen und vor allem unserem Schuldenberg, kombiniert mit einem Forecast, der nicht nur qualitativ schlecht ist, sondern auch quantitativ tiefrot. Das lässt einfach den Schluss zu, dass die nachhaltige Finanzierung der städtischen Kernaufgaben gefährdet ist und längerfristig nicht gut kommen kann - auch mit dem Prinzip Hoffnung nicht. Dies lässt uns im Gesamtbild eine rote Karte an den Trainerstab verteilen. Damit liegt das Fazit aus Sicht der FDP-Fraktion bereits vor.

Erlauben Sie mir zum Abschluss noch ein paar erläuternde Worte zum Hauptvorwurf: Der Hauptvorwurf lautet nicht, dass man auf alle diese Probleme, Fragen und Themen noch keine überzeugenden Antworten hat. Es wäre ja unrealistisch, wenn wir ein Budget hätten, in dem alle diese Sorgen auf einmal weggeblasen wären. Der Hauptvorwurf ist: Wir spüren nichts, wir spüren auch keinen Versuch, sich diesen Fragen/Sorgen ernsthaft zu stellen und nach Lösungen/Plänen für diese Problemstellungen zu suchen. Der zweite Vorwurf ist, und der richtet sich explizit auch an die Parlamentsmehrheit: Man weicht nach wie vor unangenehmen/unpopulären Entscheidungen aus. Die nachhaltige Finanzierung der städtischen Kernaufgaben geht nicht ohne Verzicht auf anderes. Nützlich ist von Wichtigem zu trennen.

Need to have von nice to have. Das vorliegende Budget wirkt, als hätten die einzelnen Produktgruppen eine Liste von 2'000 Wünschen an den Stadtrat übermittelt und der Stadtrat hätte nicht mehr getan, als die Liste durchgearbeitet und 1'200 davon bewilligt. Das genügt in der aktuellen Situation nicht mehr. Der Stadtrat muss als Kollektiv – und damit meine ich wirklich alle - die Zügel der strategischen Führungsverantwortung in die Hand nehmen und klare Prioritäten setzen. Und ja, wenn man Prioritäten setzt, kann das im Einzelfall auch negative Reaktionen in der Stadtverwaltung und/oder im Parlament und/oder in der Bevölkerung auslösen.

Dasselbe gilt für uns als Parlament: Klar ist es immer einfacher und deutlich angenehmer, zu allem "Ja" zu sagen, und klar ist es einfach, diejenigen zu bashen, die "Nein" sagen, weil irgendwelche halbwegs plausiblen Gründe für eine neue Stelle oder eine Ausgabe gibt es immer. Echte Verantwortung bedeutet längerfristig aber Prioritätensetzung und längerfristig halt relativ oft "Nein" zu sagen, um dadurch überzeugender auch einmal "Ja" sagen zu können zu etwas, das wirklich wichtig ist. Und das kann man dann auch – wenn man es so macht – finanzieren.

Ich erlaube mir ein Beispiel: Die beantragte Stelle in der Stadtentwicklung für die nachhaltige Entwicklung: Ja, in einer idealen Situation hätten wir auch das Geld für eine solche Stelle, die nicht gänzlich grundlos ist, gesprochen. Aber Hand aufs Herz: Die Stelle hat es früher nicht gegeben und wenn es sie auch in Zukunft nicht geben würde, würde die städtische Welt nicht untergehen. Wir hätten allein damit rund 150'000 jährlich gespart und zur Verfügung für etwas Wichtigeres – zum Beispiel eine Stelle, die umsetzt, anstatt nur zu beraten und Folien zu machen.

Ich betone noch einmal: Eigentlich, auch wenn es mir nicht geglaubt wird, wir und die meisten, rechts und politisch links von uns haben eigentlich die genau gleichen Ziele: Wir wollen eine lebenswerte Stadt Winterthur. Wir unterscheiden uns einfach in einem Punkt diametral: Unsere Seite hat auch ein Auge auf die Finanzierbarkeit, die andere Seite anscheinend nicht. Ich befürchte einfach, dass irgendwann der Schaden angerichtet ist und wir alle auf die Welt kommen. Und dann nützt es nichts, wenn wir die gleichen Ziele haben, wenn wir es nicht bezahlen können. Besten Dank.

A. Büeler (Grüne/AL): Vor uns liegt ein Budget mit einer roten Null zuunterst.

Der Stadtrat beschreibt als zentrale Themen im Budgetprozess das städtische Wachstum, die Auswirkungen vom Krieg in der Ukraine, das steigende Zinsumfeld, die Teuerung und die Digitalisierung. Dazu kommt die nötige Erneuerung der bestehenden städtischen Infrastruktur und die Umsetzung der Energie- und Klimaziele. Wir sind mit dem Stadtrat einig, dass die bevorstehenden Aufgaben Investitionen in die Zukunft darstellen und sich mittel- bis langfristig volkswirtschaftlich und gesellschaftlich auszahlen werden.

Wir Grünen haben ja das nahezu ausgeglichene Budget bei all den anstehenden Herausforderungen bei gleichbleibendem Steuerfuss auch als "Finanzwunder" bezeichnet. In den letzten Jahren sind ja die Rechnungen gegenüber den entsprechenden Budgets meistens deutlich besser ausgefallen. Uns scheint, dass die Stadt vor allem bezüglich erwarteten Steuererträgen tatsächlich mutiger budgetiert hat als auch schon und sind gespannt, wie sich das entwickelt. Da sehen wir das also dezidiert anders als die FDP, man darf durchaus auch einmal ein bisschen mutiger budgetieren.

Wir haben auch geprüft, ob wirklich die nötigen Mittel für die Massnahmen zur Umsetzung vom klaren Volksauftrag zur Erreichung der Klimaziele bis 2040 bereitgestellt werden. Wir begrüßen darum die zusätzlichen Stellen in diesen Bereichen.

Wir haben es in der Debatte zur Rechnung und auch in früheren Budgetdebatten diskutiert: In den letzten Jahren haben viele Projekte wegen fehlendem Personal müssen verschoben werden. Der Fachkräftemangel macht auch vor der Stadt Winterthur nicht Halt. Die grundsätzlich gesprochenen Stellen können nicht immer rechtzeitig besetzt werden. Dieser Investitionsstau ist durch alle Parteien kritisch beurteilt worden.

Wir können es uns nicht länger leisten, wegen Personalmangels auf wichtige Infrastruktur-Sanierungen und Massnahmen gegen den Klimawandel zu verzichten.

Insofern sind die zusätzlichen Stellen in den Departementen Bau und Technische Betriebe dringend notwendig. Massnahmen, die jetzt nicht durchgeführt werden, kosten uns in Zukunft noch mehr. Auch die Stellenaufstockungen in den Departementen Soziales, Sicherheit und Umwelt sowie Schule und Sport sind nachvollziehbar. Durch die aktuellen Kriege muss die Stadt Winterthur mehr Flüchtlinge betreuen. Der erfreuliche Aufstieg vom FC Winterthur führt, weniger erfreulich, auch zu höheren Sicherheitskosten. Und die rekordhohen Schülerzahlen machen es unumgänglich, mehr Lehrkräfte einzustellen.

Ein Punkt, der auch zum "Finanzwunder" beiträgt ist, dass der Stadtrat leider die rote Null auch auf Kosten der Mitarbeitenden erreichen will. Er hat nur ein Teuerungsausgleich von 2.0% beantragt. Da müssen wir nachbessern. Effektiv liegt die laut Personalstatut massgebende Teuerung bei +3.3% der Lohnsummen. Wir würden gerne dem Personal den vollen Teuerungsausgleich gewähren, das haben die Mitarbeitenden gemäss Personalstatut Art. 55 zugute. Es ist richtig, dass der Stadtrat in Berücksichtigung der Finanzlage in Ausnahmefällen dem Stadtparlament mit dem Budget einen abweichenden Antrag stellen kann. Mit dem vorliegenden blassrosa Budget ist der Ausnahmefall für uns nicht gegeben. In Zeiten von Fachkräftemangel und aus Respekt vor den Mitarbeitenden ist der normale volle Teuerungsausgleich mehr als angebracht. Unabhängig davon, ob wir heute dem Antrag vom Stadtrat oder dem der Aufsichtskommission folgen, beschliessen wir heute unter Berücksichtigung der Teuerung einen Reallohnverlust. Dies ist nicht akzeptierbar. Wir haben darum in der AK den vollen Teuerungsausgleich beantragt.

Weil der Antrag leider völlig chancenlos ist, werden wir ihn heute nicht nochmals stellen. Wir möchten aber Unentschlossenen hier drin ausdrücklich nochmals ans Herz legen, wenigstens am Kompromissantrag der AK für 2.8% Teuerungsausgleich zuzustimmen. Dazu kommen die individuellen Lohnanpassungen von 0.5%, die aus den Rotationsgewinnen finanziert sind. Für zukünftige Budgets fordern wir zudem, dass die Teuerung und die individuellen Lohnanpassungen wieder sauber und transparent separat ausgewiesen werden.

Die Fraktion Grüne/AL tritt auf das Budget 2023 ein. Wir bedanken uns beim Stadtrat und den städtischen Angestellten für die Ausarbeitung des vorliegenden Budgets. Aber auch für ihr Engagement für unser lebenswertes Winterthur. Tragen wir den Mitarbeitenden Sorge - sie sind es, welche die budgetierten Projekte schlussendlich motiviert umsetzen müssen.

Auch in den Kommissionen zur Budgetberatung ist seriös gearbeitet worden aus unserer Sicht; das sieht man auch an den relativ wenigen übriggebliebenen Fraktionsanträgen. Wir hoffen auf eine konstruktive Budgetdebatte.

F. Kramer-Schwob (EVP): Wir danken dem Stadtrat und der Verwaltung für die Ausarbeitung des Budgets 2023 und den intensiven Austausch darüber in den Kommissionen.

Wir haben uns für unser Eintreten dieses Jahr drei Punkte «was uns am Budget gefällt» und drei Punkte «was uns am Budget nicht gefällt» überlegt.

Was uns am Budget gefällt:

1. Die Weisung ist informativ und ansprechend geschrieben. Wir spüren die Bemühungen der Verwaltung, das Parlament gut zu informieren. Wir wurden in der AK schon im September über wichtige Parameter für das Budget vorinformiert.

2. Wir haben gehört, dass in der Stadtverwaltung um das Budget gerungen worden ist: Wer kann wie viele Stellen und wie viel Geld einstellen ins Budget. Das finden wir gut und wichtig. Es ist uns wichtig, dass auch departementsübergreifend Diskussionen stattfinden und Ressourcen gerecht verteilt werden. Viele der gesetzten Prioritäten teilen wir, zum Beispiel wenn es um das Klima geht.

3. Es ist nicht mehr alles in negativem Ton gehalten, wie es uns noch vor wenigen Jahren dünkte, als man geschrieben hatte: «Das muss man machen, die Stadt verlottert sonst» etc. Sondern es geht darum, unsere Stadt zu gestalten, auch in den Formulierungen. Diesen positiven Grundton schätzen wir.

Was uns am Budget nicht gefällt:

1. Fast alle neuen Stellen wurden per 1. Juli in das Budget eingestellt. Im Stellenplan sind die Prozente zwar ersichtlich, die Beträge sind aber nur auf ein halbes Jahr gerechnet. Die Be-

gründung lautet, man müsse die Leute ja zuerst noch suchen. Gut und recht, aber wir befürchten ein böses Erwachen im Budget 2024, wo alle diese vielen Stellen das erste Mal ganz enthalten sein werden. Wir empfinden dieses Vorgehen nicht als transparent und mit true-and-fair-review auch nicht vereinbar.

2. Wir alle wissen, dass wir auf eine Weisung zur Pensionskasse warten. Die Stange Geld, welche das höchstwahrscheinlich kosten wird, haben wir zwar zurückgestellt. Das ist aber nur Buchhaltung. Das Geld wird noch aufgenommen werden müssen bei der Bank. Und wenn man Millionen aufnimmt, kostet das ziemlich viel Zins. Wir finden im Budget nirgends einen Betrag für diesen Zins, auch im FAP nicht. Das finden wir fahrlässig.

3. Bei den Lohnmassnahmen hat der Stadtrat dieses Jahr seine Pflicht nicht getan. Entgegen den gesetzlichen Grundlagen hat er einfach einen Totalbetrag von 2.5% für die Lohnmassnahmen ins Budget eingestellt, anstatt wie gesetzlich vorgesehen zwischen Teuerung und individuellen Lohn erhöhungen zu unterscheiden. Und das gerade in diesem Jahr mit der grossen Teuerung. Das finden wir weder gegenüber dem Personal noch gegenüber dem Parlament als fair.

Noch an die FDP: Wir haben auch von Euch wenige schlaue materielle Anträge gehört. Und wenn Ihr Euch jetzt da als Weltverbesserer hinstellt, dann finde ich das ein bisschen schwach. Man kann auch unter dem Jahr einmal konkrete Verpflichtungskredite ablehnen und dort noch mitwirken. Und ich würde den Ball etwas flach behalten.

Wir treten gerne auf das Budget 2023 ein und freuen uns auf eine angeregte Debatte.

S. Kocher (GLP): Als Erstes besten Dank an Daniel für das detaillierte und energiesparende Vorstellen des Budgets.

Die Grünliberalen setzen sich seit Jahren für eine ausgeglichene, nachhaltige Finanzpolitik ein. Es gilt die Ausgaben sach- und aufgabenorientiert zu planen, keine falschen Anreize zu schaffen und grundsätzlich mit den Mitteln auszukommen, die zur Verfügung stehen. Wo und wie die Mittel eingesetzt werden, ist Aufgabe des Stadtrates. Resultat ist dann ein ausgeglichenes Budget und ein ausgeglichener Finanz- und Aufgabenplan für die kommenden Jahre. Auch im Jahr zwei nach der Rückweisung präsentiert uns der Stadtrat das erwartete ausgeglichene Budget. Dieser Stabilität gilt es seitens Stadtrat und Parlament Sorge zu tragen. Indirekt ist dies eine Bestätigung zum vor 2 Jahren zurückgewiesenen Budgets und zur Ablehnung vom damals parallel beantragten +7% Steuererhöhungsantrags. Das zeigt, dass es eben geht und die damalige Erhöhung weit übers Ziel hinausgeschossen hat.

Trotzdem, wenn man das jetzige Budget und vor allem die Entwicklung des FAP genauer anschaut, so ist die GLP mit dem Resultat im Detail nicht vollständig zufrieden.

Zum einen sind wir enttäuscht, dass das Stadtwerk seinen Beitrag an den Steuerhaushalt reduziert hat. Das Ganze vor dem Hintergrund, dass unser Stadtwerk letztes Jahr noch einen Extrabeitrag von 3 Millionen geleistet hat. Wir verstehen, dass die aktuelle Situation an den Energiemärkten - besonders die veränderten Marktpreisrisiken - einen Einfluss auf das Stadtwerk hat. Aber gerade für solche Verwerfungen hat man über Jahre Reserven angehäuft, die man denn in Krisenzeiten nutzen könnte. Das heisst, man sitzt weiterhin unverändert auf den Reserven und auf der anderen Seite gibt man aber die Preiserhöhungen an die Kunden weiter. Hier müsste man sich mal überlegen, für welchen Zweck diese Reserven gebildet oder aufgelöst werden.

Positiv beim Stadtwerk ist die Tatsache, dass im FAP die Nettoinvestitionen über die nächsten Jahre kontinuierlich zunehmen. Das spricht dafür oder lässt hoffen, dass nicht nur die Sanierung ARA und KVA im FAP geplant sein sollte, sondern auch im Bereich Klimamassnahmen vorwärtsgemacht wird.

Ein weiterer Risikofaktor zum Verfehlen der Budgetziele 2023 sind die budgetierten Steuererträge. Diese fallen fürs Jahr 2023 deutlich üppiger aus als in der Vergangenheit und üppiger als in den Folgejahren angenommen wird. Im Besonderen bei der Grundstückgewinnsteuer wird mit deutlichen Mehrerträgen gerechnet als Einmaleffekt in dieser Rekordhöhe und den juristischen Personen sind wir wieder auf Vor-Corona-Niveau. Es ist sicher ein gutes Zeichen, dass sich die Wirtschaft nach den Pandemie-Jahren wieder erholt. Doch bleiben die wirtschaftlichen Wachstumsfaktoren eher unter Druck und die Annahmen des Stadtrates könnten

sich im Endeffekt als zu optimistisch entpuppen. Immerhin werden die Konjunkturaussichten ja kontinuierlich nach unten geschoben. Ein riskantes Spiel des Stadtrates mit unseren Steuergeldern. Dadurch hat der Stadtrat im Budget 2023 es nicht geschafft, Reserven für die Zukunft aufzubauen oder die Verschuldung weiter zu reduzieren, sondern kompensiert das Einnahmewachstum mit einem entsprechenden Kosten- und Stellenwachstum.

Ein weiterer Makel im Budget ist die Tatsache, dass für die anstehende Debatte rund um die PKSW keine Gelder - weder im Budget noch im FAP - zumindest für mögliche zukünftige Zinsen berücksichtigt sind. Gemäss den Vorgaben vom Stadtrat bei den ebenfalls traktandierten Legislaturzielen will er ja bis Ende 2022 seinen Vorschlag präsentieren. Das heisst, er kennt diesbezüglich schon genauere Details, was dazu führt, dass er hätte entsprechende Annahmen treffen können, die man im FAP als mögliche Zinsbelastungen schon berücksichtigen hätte können.

Denn gerade die mittelfristige Entwicklung des Budgets sieht nicht gut aus. Bleibt der FAP in den nächsten Jahren relativ ausgeglichen, so rechnet der Stadtrat im Jahr 2026 mit einem grösseren Ausgabedefizit von 15 Millionen. Es ist bereits heute zu befürchten, dass am Ende bei den Investitionen in die Netto Null-Ziele gespart werden muss, um einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Hier sehen wir ganz klar den Stadtrat in der Pflicht, bereits heute die Massnahmen auf der Aufwandseite zu treffen, dass es am Ende zu keinem Konflikt zwischen einem stabilen Haushalt, einem stabilen Steuerfuss und den notwendigen Klimamassnahmen für die Netto Null 2040 und die Zwischenziele kommt. Nur dann sind die geplanten Investitionen beim Stadtwerk von rund 100 Millionen im Jahr 2026 auch ehrlich gemeinte Investitionen und nicht ein reiner Puffer für die kommenden Jahre.

Etwas neu in diesem Budget und im FAP ist die Tatsache, dass das Thema Teuerung und Inflation an Bedeutung gewonnen hat. Das bedeutet nicht nur, dass die Dienstleistungen und Güter teurer werden, sondern dass das Thema Teuerungsausgleich und individuelle Lohnmassnahmen im Budget verstärkt betrachtet werden müssen. Der links-grün dominierte Stadtrat hat begründet beschlossen, gesamthaft die Lohnsumme steuerfinanziert um rund 5.4 Millionen Franken respektive 2.5% zu erhöhen. Sicher interessant, dass er da von der aktuellen Teuerung abweicht, was wir so an dieser Stelle zur Kenntnis nehmen. Auch wenn dadurch der Stadtrat nicht den vollen Teuerungsausgleich anwendet, so darf man sagen, dass die angestrebten Lohnmassnahmen inklusive den Eigenwirtschaftsbetrieben und Rotationsgewinnen wohl im Umfang von knapp 2 Steuerprozenten liegen.

Wir danken vor allem der Stadtverwaltung und dem Stadtrat für die Erstellung des Budgets, freuen uns auf eine konstruktive Diskussion rund um die gestellten Anträge und treten auf das Budget ein. Besten Dank.

B. Helbling (SP): Die Fraktion der SP dankt dem Stadtrat und der Stadtverwaltung herzlich für das gute Budget in schwierigen Zeiten. Wir treten auf das Budget ein. Danke auch an Dani für diese Präsentation des Budgets, ohne irgendwelchen Strom zu brauchen. Wir beraten heute trotz der jetzigen anspruchsvollen Ausgangslage, obwohl alle Indikatoren der wirtschaftlichen Entwicklung nach unten zeigen, ein fast ausgeglichenes Budget, und das bei konstantem Steuerfuss. Es steckt viel seriöse Arbeit vom Stadtrat und der Verwaltung hinter diesem Budget. Das haben wir auch gemerkt bei den Budgetberatungen in den Kommissionen. Und ich bin sicher – zuhause der FDP – dass der Stadtrat und die Verwaltung auch jetzt weiterplanen und nicht stehenbleiben, auch wenn es keinen Novemberbrief mehr gibt. Wir sind eine Stadt mit stetig wachsender Bevölkerung, die gut versorgt sein will. Weiterhin steigen die Kosten im Bereich Bildung, Soziales und Pflegefinanzierung. Bei den Einnahmen wird mit positiver Entwicklung bei der Grundstückgewinnsteuer dieses Jahr das Budget nach oben angepasst. Auch das wurde uns gut erklärt. Der Krieg in der Ukraine führt zu einer Erhöhung im Asylbereich, wir haben es gehört. Wir haben eine steigende Anzahl an Schülerinnen und Schülern, und diese brauchen Schulraum und auch Betreuungsstunden. Die wichtigen Ziele von Energie- und Klimakonzept benötigen einen Stellenaufbau. Auch da sind wir daran, diesen zu machen. Das stetige Wachstum der Stadt, die städtebaulichen Erfordernisse und die dadurch notwendige Erhaltung und der Neubau von Verkehrswegen brauchen

personelle Ressourcen. Übrigens auch, um zum Beispiel Gelder vom Agglomerationsprogramm des Bundes zu erhalten. Und trotzdem gelingt der Ausgleich der Rechnung nicht nur im Budgetjahr 2023, sondern laut Finanz- und Aufgabenplan auch in den beiden folgenden Planjahren, wo dann auch die Stellen übrigens voll eingerechnet sind für das ganze Jahr. Wir danken da auch für die gute und effiziente Arbeit des städtischen Personals. Damit auch der Punkt, der die SP-Fraktion im Budget enttäuscht: Es sind nur 2% Teuerungszulagen und 0.5% individuelle Lohnmassnahmen, finanziert aus dem Rotationsgewinn, budgetiert, obwohl die Jahresteuern zum Zeitpunkt, der nach Personalstatut massgebend ist, 3.3% betrug. Das bedeutet für den einzelnen Angestellten eine Reallohnsenkung und einen Kaufkraftverlust, der schmerzt. Wir stehen vor einem Fachkräftemangel, Andreas hat es gesagt, der sicher nicht besser wird, wenn die Wertschätzung gegenüber dem Personal nicht auch finanziell sichtbar wird. Die Stadt Winterthur soll ein Arbeitgeber bleiben, der auch in einem ausgetrockneten Arbeitsmarkt genügend Personal rekrutieren und halten kann. Die SP wird sich für die höhere Teuerungszulage und gezielte individuelle Lohnmassnahmen auch heute wieder einsetzen.

Das Investitionsbudget ist realistisch und vernünftig budgetiert. Aber angesichts vom Bevölkerungswachstum auf einem weiterhin sehr hohen Niveau. Allerdings muss das, was budgetiert ist, dann auch umgesetzt werden. Wir hoffen, dass der Realisierungsgrad in der Investitionsrechnung insgesamt gesteigert werden kann. Und wir hoffen, dass der personelle Aufbau die Erreichung eines besseren Realisierungsgrads unterstützen wird.

Die Qualität von Schulraum und übriger städtischer Infrastruktur müssen wir sichern, auch wenn wir dafür eine leichte Verschuldungszunahme in Kauf nehmen müssen. Wir alle, die in Winterthur leben, erhalten nämlich einen realen Gegenwert dafür. Der Finanz- und Aufgabenplan für die Jahre 2024/2025 zeigt eine rote Null. Trotzdem sind wir uns der finanzpolitischen Herausforderungen, vor denen wir stehen, sehr bewusst. Wir haben es bei der Eintretensdebatte im letzten Jahr schon gesagt: Es stehen grosse Infrastruktur- und Bauvorhaben an. Zu denken ist aber auch an die Massnahmen, die es braucht in Bezug auf Netto Null. Beim letzteren Thema sind wir jetzt ja daran, Massnahmen zu planen und zu konkretisieren. Das Stadtparlament muss da bei seiner Finanzpolitik und dem Bereitstellen der notwendigen finanziellen und personellen Mittel ein klares Bekenntnis zur Weiterentwicklung der Stadt Winterthur ablegen.

Uns stimmen die längerfristigen Planzahlen optimistisch, dass eine klimaneutrale Stadt mit hoher Lebensqualität mit dem aktuellen Steuerfuss finanzierbar ist. Wir sind überzeugt, dass die Winterthurer Bevölkerung das mitträgt. Sie erhält dafür auch einen fairen Gegenwert in Form von Lebensqualität bei uns in Winterthur.

Wir freuen uns auf eine konstruktive Budgetdebatte.

I. Kuster (Die Mitte/EDU): Das Budget 2023 begeistert auch die Mitte/EDU-Fraktion nicht wirklich. Wie schon in den letzten Jahren ist der Zuwachs von neuen Stellen und der Ausgaben grösser als das Wachstum der Stadt. Wir verstehen, dass Flüchtlinge aus der Ukraine betreut werden müssen und wenn es mehr Kinder in der Stadt gibt, es mehr Lehrerinnen und Lehrer braucht. Wir stören uns am überproportionalen Wachstum in der restlichen Verwaltung. Die gestiegenen Personal- und Sachausgaben werden vermeintlich finanziert, indem gegenüber 2022 für 2023 mit deutlich höheren Steuereinnahmen gerechnet wird – wir haben es schon mehrmals gehört. Ob dies nur eine Excel-Akrobatik ist oder nicht, sei dahingestellt – aber immerhin, der Stadtrat hat den Steuerfuss nicht erhöht. Was wir sehr schätzen und auch für die kommenden Budgets erwarten.

Zurück zu den höher budgetierten Steuereinnahmen: Aufgrund der Konjunkturprognosen renommierter Institute, aber auch aufgrund von persönlichen Gesprächen mit Firmen und Gewerbebetreibenden, haben wir ernsthafte Bedenken, ob der Stadtrat die Konjunkturentwicklung nicht zu optimistisch eingeschätzt hat und die budgetierten Steuereinnahmen dann nicht erreicht werden. Tiefere Steuereinnahmen hätten ein viel grösseres Budgetdefizit zur Folge. Auf diesem Hintergrund erwarten wir, dass der Stadtrat die Entwicklung der Steuereinnahmen eng verfolgt und uns Mitte 2023 Bericht erstattet, ob seine Budgetannahmen immer noch richtig sind. Falls abzusehen ist, dass die Steuereinnahmen 2023 tiefer ausfallen als

budgetiert, zählen wir darauf, dass der Stadtrat adäquat reagiert und rechtzeitig Massnahmen ergreift, damit das budgetierte Defizit insgesamt nicht überschritten wird.

Wir von der Mitte/EDU-Fraktion finden es in Anbetracht der konjunkturellen Unsicherheiten unverantwortlich, ein Budget mit einer roten Null zu verabschieden. Im Sinne von einer enkeltauglichen Finanzpolitik haben wir versucht, ein Budget mit einer schwarzen Null erreichen. Darum haben wir in den Kommissionen entsprechende Vorschläge und Anträge eingebracht. Leider meistens erfolglos. Wir mussten leider auch feststellen, wie das schon gewisse Vorredner erwähnt haben, dass zu vielen Kolleginnen und Kollegen ein ausgeglichenes Budget nicht wichtig ist. Und auch nicht ein nachhaltiger Umgang mit den Finanzen.

Wir sind mit dem Budget und den Resultaten in den Kommissionen nicht wirklich zufrieden. Trotzdem verzichten wir darauf, alle unsere Anträge aus den Kommissionen nochmals im Rat zu stellen. Wir fokussieren uns auf einzelne wenige Anträge, weil wir zu gewissen Themen eine breitere Diskussion und auch Transparenz gegenüber der Bevölkerung wollen.

Wir treten auf das Budget ein.

D. Oswald (SVP): Bevor ich mit dem Fraktionsvotum beginne, habe ich noch kurz den Zwischenstand zum Match: «Die Schweizer lassen nichts zu, Brasilien in der Offensive ohne Chance».

Damit zum Fraktionsvotum zum Budget 2023. Die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die fristgerechte Beantragung des Budgets 2023. Ebenfalls danken wir allen Mitarbeitern in der Stadtverwaltung, welche an der immensen Arbeit zur Erstellung des Budgets mitgearbeitet haben.

Bei den Vorbereitungen zur Budgetberatung bin ich auf Unterlagen aus der Budgetdebatte vom Dezember 2012 gestossen. Das Budget 2013 wies einen Nettoaufwand von 1.25 Milliarden Franken auf. In der Rechnung 2011 war ein solcher von 1.2 Milliarden ausgewiesen. Im Budget 2023 stehen wir bei 1.626 Milliarden. Gehen wir davon aus, dass Winterthur im 2023 eine Einwohnerzahl von 121'400 erreichen wird, sind wir mittlerweile bei einem Aufwand von rund 13'400 pro Einwohner. In der Rechnung 2011 waren wir bei 11'300 Franken. Zur Berechnung der Einwohnerzahl von 121'400 habe ich die Bevölkerung, die auf der Homepage der Stadt Winterthur angegeben ist per 31.10.2022 von 120'097 mit dem Wachstum von 1.1% hochgerechnet. Das sage ich nur, wenn Ihr allenfalls im Budget, Teil A Seite 186 schaut, dann wird für das Jahr 2023 mit einer Einwohnerzahl von 117'463 gerechnet. Nehmen wir diese Einwohnerzahl, haben wir sogar einen Aufwand von 13'840 Franken pro Einwohner. Es ist logisch, dass diese Zahlen nicht immer hundertprozentig stimmen, ich glaube, wir müssen heute Abend auch nicht näher auf diese konkrete Zahl eingehen, sondern wir stellen uns die Frage, woher denn diese Kostensteigerungen kommen. Die Zahl des Aufwands pro Einwohner finde ich sehr gut, weil da das Bevölkerungswachstum etc. bereits impliziert ist. So kann man der Sache wirklich auf den Grund gehen.

Beginnen wir mit der Teuerung. Diese war in den letzten 10 Jahren nicht wirklich kostentreibend. Ich glaube, es war zum Teil sogar eher eine Kostenreduktion der Fall, also hat sie kostenmindernd gewirkt. Auch die Entwicklung des Zinsniveaus wirkte in diesem Zeitraum kostenmindernd. Den mathematischen Grundregeln folgend müsste mit dem Bevölkerungswachstum auch ein Skaleneffekt eintreten und somit sollte die Leistung pro Einwohner günstiger erstellt werden können. Zusätzlich kostenmindernd wirkt sich die Rationalisierung aus. Durch eine stetige Optimierung der Prozesse und Abläufe sollte sich der Aufwand alljährlich reduzieren. In der Industrie geht man hier von 1-2% pro Jahr aus. Dies kann so sicher nicht 1:1 in eine Kommune übertragen werden und man darf da auch nicht den ganzen Aufwand einrechnen. Die Optimierung von Abläufen müsste sich aber mindestens auf den Personalaufwand auswirken. Nehmen wir mal 0.5% vom 509.2 Millionen Franken, was dem Personalaufwand im Budget 2023 entspricht, haben wir hier ein Potenzial von rund 2.5. Millionen Franken pro Jahr oder in 10 Jahren 25 Millionen.

Hätten sich also alle anderen Einflussfaktoren neutral verhalten, müsste der Aufwand pro Einwohner über die letzten 10 Jahre gesunken sein. Hätte man diese Kostenreduktionen nicht an anderen Stellen wieder ausgegeben, hätte man entweder die Schulden reduzieren können oder den Steuerfuss nicht anheben müssen. Oder sogar von beidem etwas.

Diese Zahlen zeigen, dass der Staat in den letzten Jahren massiv ausgebaut wurde. Damit ist die SVP-Fraktion nicht einverstanden.

Ein starker Kostentreiber ist da natürlich, das muss man sagen und da muss man auch den Stadtrat etwas in Schutz nehmen, auch das Stadtparlament. Mit vielen Vorstössen wird der Ausbau des Staates gefordert. Viele, aus unserer Sicht zu viele, dieser Vorstösse erhalten da leider eine Mehrheit.

Sehr oft kommt es vor, dass auf höherer Ebene Gesetze erlassen wird, welche den Kommunen eine Aufgabe auferlegen und welche dann auch Kostensteigerungen auf städtischer Ebene zur Folge haben. Ja, der Stadtrat kann das nicht ohne weiteres einfach verhindern. Wir haben aber den Eindruck, dass die Mehrheit des Stadtrates den Ausbau des Staates auch über diese Schiene sehr wohl begrüsst. Dem Parlament gegenüber werden dann Krokodilstränen vergossen und gesagt, dass man da leider nichts machen könne.

Der Stadtrat lobbyiert sehr erfolgreich auf verschiedenen Ebenen und zu verschiedenen Themen. Aus Sicht der SVP-Fraktion könnte der Stadtrat auch einmal in diesem Bereich lobbyieren. Und zwar mit dem Ziel, dass die Ebene, welche das Gesetz beschliesst, auch die Kosten tragen muss.

Nachhaltigkeit und Suffizienz sind die aktuellen Zauberworte. Wir verwenden viele Stunden mit Diskussionen um parlamentarische Zielgrössen. Das ist richtig. Um eine grosse Organisation wie die Verwaltung der Stadt Winterthur steuern und führen zu können, werden auf allen Ebenen Kennzahlen und Zielgrössen benötigt. Schliesslich und schlussendlich ist aber die allumfassende Kennzahl zum Ressourcenverbrauch das ausgegebene Geld. Wir können uns noch so sehr im Detail verlieren: Am Ende des Tages hat alles seinen Preis und muss mit Franken und Rappen bezahlt werden. Und es wird alles vom Steuer- und Gebührenzahler finanziert. Egal, ob die Stadt, der Kanton oder der Bund die Kosten übernehmen.

Wir von der SVP-Fraktion halten zum Budget 2023 und zum FAP folgendes fest: Das Budget 2023 und der FAP sind zwar in sich konsistent, widersprechen aber in allen wesentlichen Punkten den Vorstellungen der SVP-Fraktion.

Die aktuelle Situation zeigt, dass eine Mehrheit des Stadtrates offenbar nicht Willens ist, die finanzielle Situation der Stadt Winterthur nachhaltig zu verbessern.

Den umfassenden Ausbau der staatlichen Leistungen lehnen wir ab.

Die Aussicht, dass die Stadt Winterthur sich jährlich mit rund 50 Millionen Franken neu verschulden muss, lehnen wir auch ab

Die SVP-Fraktion wird auf das Budget eintreten. Wir werden die noch zur Diskussion stehenden Reduktionsanträge unterstützen. Aber unabhängig davon, wie diese entschieden werden, unterscheidet sich dieses Budget diametral von unseren Vorstellungen von einer nachhaltigen Finanzpolitik, deshalb werden wir das Budget ablehnen. Vier gelbe Karten geben für uns zwei rote, und so etwas können wir nicht unterstützen.

R. Hugentobler (AL/Grüne): Ich darf noch das, was Andi gesagt hat, aus Sicht der AL ergänzen. Ich halte es ganz kurz. Wie schon mehrfach gesagt wurde: Das Budget ist eine rote Null. Dass man das letztendlich auf dem Rücken der städtischen Angestellten macht, ist aus Sicht der AL eine Frechheit. Der Teuerungsausgleich von 2% bedeutet in der momentanen wirtschaftlichen Lage de facto eine Lohnkürzung für alle städtischen Angestellten. Dem Kompromiss, den man in der Kommission gefunden hat, stimmen wir zu. Wir hätten da gerne den vollen Teuerungsausgleich gehabt.

Allgemein kann man sagen: Wo ist da genau die progressive Allianz in diesem Stadtrat? Ich dachte, es seien 5 von 7. Und ja, aus unserer Sicht – im Gegensatz zu den Bürgerlichen – hätte man doch noch ein bisschen mutiger budgetieren dürfen. Jetzt, mit dieser roten Null, ist eine progressive Politik im Parlament aus unserer Sicht nicht wirklich möglich, weil man die ganze Zeit Angst hat, dass man kurz vor einer Pleite stehen könnte. So kommen dann doch sehr viele Vorstösse mit einer angezogenen Handbremse. Dabei hätten wir doch sehr grosse Aufgaben in Zukunft zu lösen, zum Beispiel Netto Null. Aber man spricht zum Beispiel auch schon sehr, sehr lange von Tagesschulen. Und ich habe eher das Gefühl, diese verschwinden langsam ein wenig am Horizont als dass sie dann tatsächlich einmal kommen würden. Danke vielmals und eine gute Budgetdebatte.

Parlamentspräsident R. Diener: Danke, Roman. Ich habe jetzt keine Redner oder Rednerinnen mehr auf der Liste. Ich habe keine Ablehnung des Eintretens zur Kenntnis genommen. Damit ist das Eintreten beschlossen. Das Wort hat jetzt der zuständige Stadtrat Kaspar Bopp.

Stadtrat K. Bopp: Ich möchte beginnen mit einem Dank für die vielen sehr wertschätzenden Voten, die gehalten wurden heute. So wie Franziska Kramer-Schwob festgestellt hat, dass sich bei uns der Ton ein bisschen geändert hat, so hat sich auch der Ton in der Eintretensdebatte zum Teil ein bisschen geändert. Viele der wertschätzenden Worte sind auch an unsere Mitarbeitenden gerichtet, und diese werden wir alle zusammen sehr gerne so weitergeben. Wir hatten in diesem Budget einige Herausforderungen, diese wurden schon genannt. Es gab aber auch positive Ausgangslagen, die Wirtschaftsprognosen zum Beispiel – natürlich, wir haben immer noch schwierige Umstände und hohe Ungewissheiten, aber auf der anderen Seite durften wir auch feststellen, dass die Wirtschaft ganz offensichtlich sehr resilient ist in Winterthur, aber auch in der ganzen Schweiz. Dass zum Beispiel die Auswirkungen von Corona nicht so massiv sind, wie man das am Anfang befürchten musste. Wir haben eine sehr positive Entwicklung nach wie vor bei der Grundstückgewinnsteuer, auch das wurde festgestellt in den einzelnen Voten. Und natürlich, da bin ich einverstanden, das ist nichts, auf das wir für alle Zeiten zählen können. Wir gehen nach wie vor in den nächsten Jahren von soliden Erträgen aus den Grundstückgewinnsteuern aus, und das ist eine von unseren Einnahmequellen, die wir haben. Wir haben nicht so viele, es sind namentlich die verschiedenen Steuerarten: Gewinnsteuern, Kapitalsteuern, Steuern der natürlichen Personen (Einkommen und Vermögen) plus Grundstückgewinnsteuer, welche für uns die relevanten Einnahmequellen sind. Diese verändern sich alle immer wieder und das müssen wir weiterhin beobachten und gegebenenfalls darauf reagieren.

Wir haben aber, wie schon gesagt, viele Unsicherheiten, die uns auch begleitet haben in dieser Budgetierung. Allem voran natürlich der Ukraine-Krieg, der sich bei uns auswirkt durch deutlich höhere Kosten, die einen grossen Teil des Stellenwachstums ausmachen, aber auch die steigenden Energiepreise, die damit zusammenhängen, die wir spüren. Und darin sieht man auch einen grossen Teil des Wachstums auf der Kostenseite, das Daniel Oswald richtigerweise erwähnt hat. Der betriebliche Aufwand steigt um fast 100 Millionen Franken. Ein grosser Teil davon ist aber auf der einen Seite auf das Stellenwachstum zurückzuführen, das wir erklärt haben und das auch Daniel Oswald in seiner Präsentation – vielen Dank an dieser Stelle – sehr gut erläutert hat. Und ein anderer grosser Teil ist auf unseren Sach- und übrigen Betriebsaufwand zurückzuführen, 45 Millionen. Und dort haben wir unter anderem auch wieder Auswirkungen des Ukraine-Krieges direkt, aber auch indirekt über die höheren Energiepreise, die dort mit fast 30 Millionen zu Buche schlagen.

Ja, schlussendlich kann man sagen, wir hatten diverse Herausforderungen in dieser Budgetierung, konnten aber am Schluss ein Budget präsentieren – und da sind wir auch sehr froh darum – das nahezu ausgeglichen ist. Ein kleiner Aufwandüberschuss aus unserer Sicht, ein gleichbleibender Steuerfuss und die Vorgaben zum mittelfristigen Ausgleich können wir mit diesem Budget sehr gut erfüllen.

Es wurden diverse Sachen genannt, auf die ich sehr gerne kurz eingehe.

Die optimistischen Prognosen: Eines muss man wissen, eine Prognose ist immer eine Prognose. Und wenn man hier drinnen sagt, am Schluss hat man eine Prognose, die wir nicht erreichen können, dann muss ich sagen: Eine gute Prognose unterschätzt man einmal und einmal überschätzt man sie. Aber wenn das Ziel ist, dass wir immer zu viel Einnahmen schätzen und am Schluss weniger realisieren, dann haben wir einfach schlechte Planungsgrundlagen, um zu überlegen, was wir uns leisten können und was nicht und wo es allenfalls Korrekturen braucht. Unser Ziel, unser gemeinsames Ziel, muss sein, möglichst realistische Prognosen zu machen und nicht möglichst konservative Prognosen. Und das ist uns auch ein wichtiges Anliegen. Aber ja, wir haben keine Gewissheit, dass wir das immer erreichen. Wir sind aber der festen Überzeugung, das möchte ich auch noch einmal erwähnen, dass wir da eine gute Prognose gemacht haben, eine realistische Prognose, weder eine optimistische noch eine pessimistische, sondern eine realistische Prognose.

Ja, bei den Lohnmassnahmen ist uns tatsächlich ein Fehler passiert. Wir haben diese nicht aufgeteilt. Das war in der Vergangenheit schlicht und einfach nicht relevant, weil wir fast nie eine Teuerung hatten. Das ist insofern nicht richtig, wir müssten das machen. Wir werden das in Zukunft selbstverständlich auch wieder machen. Wir haben da nicht probiert, irgendetwas am Parlament vorbeizubringen oder an der Bevölkerung oder intransparent zu sein, sondern wir mussten das feststellen in einer zweiten Runde zumindest, dass wir da tatsächlich einen Fehler gemacht haben. Wir haben deshalb auch im Auftrag der Aufsichtskommission im Stadtrat nochmals die Köpfe zusammengesteckt und gesagt, wie wir diese 2.5% aufteilen. Wir haben beschlossen, dass wir 2% für die Teuerung einsetzen möchten und 0.5% für individuelle Lohnmassnahmen, das hier auch nochmals zu Protokoll. Das habe ich so auch in der Aufsichtskommission mitteilen dürfen, im Auftrag des Gesamtstadtrats.

Der FAP ist natürlich immer, jedes Jahr, eine grosse Diskussion. Ich stelle fest, Kritik am FAP hat ungefähr gleich viel Tradition wie der Muotathaler Wetterschmöcker. Der FAP 2024 – 2026 - oder in der neuen Zeitrechnung von Samuel Kocher Jahr 3 – 5 nach Budgetrückweisung – zeigt eigentlich eben, dass die Forderung, die wir hatten, dass diese nicht ganz unbegründet war. Insbesondere wenn man 2026 anschaut. Wir haben wirklich nach wie vor die fast nicht beeinflussbaren Kosten, wo wir riesige Kostensteigerungen haben. Das wird in der Weisung aufgezeigt: Wir haben Kostensteigerungen in der Bildung, im Sozialen und in der Gesundheit, welche für uns fast nicht beeinflussbar sind. Wir haben jetzt viele Jahre hinter uns, in denen wir versucht haben, diese Kostensteigerungen zu kompensieren in allen anderen Bereichen. Aber dem sind Grenzen gesetzt. Wir brauchen übergeordnete Massnahmen, wir müssen uns einsetzen dafür, dass dort, wo die Entscheide gefällt werden, wie das Daniel Oswald gesagt hat, auch die Kosten getragen werden. Das würde da heissen, dass zum Beispiel im Schulbereich oder auch im Sozialbereich auch mehr übernommen wird von anderen Staatsebenen. Und dass man diese Kosten fairer verteilen kann.

Ja, das sind so die Punkte, die ich gerne aufnehmen wollte aus der Eintretensdebatte. Ich möchte mich nochmals herzlich bedanken für die vielen guten Voten, für das Eintreten auf dieses Budget. Und ich bin gespannt auf die Debatte, die wir vor uns haben. Vielen Dank.

Parlamentspräsident R. Diener: Danke vielmal, Kaspar Bopp. Damit haben wir den ersten Teil bereits abgeschlossen.

Wir steigen jetzt noch vor der Pause in die Detailberatung des Budgets ein. Wie gesagt, das Eintreten wurde bereits beschlossen. Wir gehen durch alle Produktgruppen durch. Wenn es keine Anträge gibt, gelten diese Produktgruppen als genehmigt, wie wir das immer in der Vergangenheit gemacht haben. Die Anträge, die eingereicht wurden, sind bei uns auf dem Blatt, das wir euch zur Verfügung gestellt haben, aufgeführt. Wenn weitere Anträge gestellt werden wollen, müssen diese durch Handerheben angezeigt werden. Ich werde jeweils in die Runde schauen, ob es Meldungen gibt. Wir werden mit der Produktgruppe auch die Verpflichtungskredite aus dem Buch A abnehmen, beziehungsweise allenfalls diskutieren.

Wir werden die Produktgruppe Steuern und Finanzausgleich, PG 280, erst am Schluss von diesem Teil behandeln.

Und wir werden jeweils die Anträge vorstellen lassen, entweder bei Kommissionsanträgen durch den entsprechenden Produktverantwortlichen in der Kommission oder bei Fraktionsanträgen werde ich fragen, wer den Antrag für die Fraktion stellt.

Nachdem alle Anträge zu einer Produktgruppe gestellt sind, werden wir über alle gemeinsam diskutieren – meistens wird es nur einer sein. Aber vielleicht gibt es ja noch mehr. Und nachher werden wir die Abstimmung über die Anträge machen.

Nochmals: Wenn es keinen Antrag zu einer Produktgruppe gibt, ist diese automatisch so wie im Budget vom Stadtrat vorgeschlagen genehmigt.

Wir steigen ein in die Detailberatung beim Departement Kulturelles und Dienste.

PG 121, Personalamt: Keine Anträge, so genehmigt.

PG 142, Stadtentwicklung: Da gibt es einen Antrag der FDP. Raphael, Du hast das Wort.

R. Tobler (FDP): Wir stellen den Antrag zur Reduktion des Globalbudgets um 80'000 Franken, und zwar gibt es dort zwei Themen anzusprechen. Das eine wird später nochmals kommen. Es gibt einen etwas unschönen Nachgeschmack bei der Aufgabe/Verschiebung, die es da gibt aus dem DSU in den Bereich Stadtentwicklung. Es ist klar, dass das formell sicher sauber gelaufen ist, aber für uns als Parlament ist es immer ein bisschen schwierig nachzuvollziehen, wenn da Stellen hin- und hergeschoben werden. So könnte schnell der Vorwurf aufkommen, dass es intransparent ist. Das mehr als zusätzliche Erklärung für den feinen, etwas unschönen Nachgeschmack.

Wir kommen aber zu dieser Stelle, die wir da besprechen. Es geht uns darum: Nachhaltige Stadtentwicklung ist sicher im Sinne von allen. An was wir uns ein bisschen stören und deshalb auch den Antrag stellen, wie das auch bei anderen Stellen teilweise der Fall ist: Wenn man die Aufgaben anschaut dieser Person, dann müsste diese Person ein strategisches Steuerungsinstrument anhand des Stadtrates erstellen. Sie müsste strategische Nachhaltigkeitsvorhaben koordinieren. Und diese Person müsste noch Einsitz in übergeordneten Gremien nehmen. Und das tönt für uns noch nicht wahnsinnig nach handfesten Tätigkeiten in der nachhaltigen Entwicklung unserer Stadt. Und deshalb stellen wir den Antrag zur Reduktion um diese Stelle, um diese 80'000 Franken. Solange keine klaren Aufgaben vorliegen, soll diese Stelle auch nicht bewilligt werden. Vielen Dank.

Parlamentspräsident R. Diener: Danke, Raphael. Ich frage zuerst einmal: Gibt es weitere Anträge zu dieser Produktegruppe? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann hat jetzt das Wort in der Diskussion als erstes Andi Büeler (Grüne/AL).

A. Büeler (Grüne/AL): Wir geben der FDP insofern Recht, dass die Aufgabenverschiebung wirklich etwas unsauber durchgeführt wurde. Das alleine ist aber noch kein Grund für eine Stellenstreichung. Der Bedarf an der beantragten Stelle wurde klar und transparent aufgezeigt. Die Stelle für die nachhaltige Stadtentwicklung war auch schon letztes Jahr im Finanz- und Aufgabenplan. Und vorhin wurde ja gesagt, Ihr seid bereit, im Bereich Nachhaltigkeit etwas zu machen, auch wenn es etwas kostet. Und ich finde es etwas zynisch, dass Ihr genau da den ersten Kürzungsantrag habt. Und auch die andere Stelle, die man streichen könnte, im Bereich Statistik, da hat man uns dargestellt, dass wir mit 0.6 Stellen gegenüber zum Beispiel Bern mit 5.5 Stellen auch mit dem temporären Stellenaufbau massiv unterdotiert sind. Deshalb fehlen uns auch immer wieder wichtige Kennzahlen als Entscheidungsgrundlage für unsere Entscheide hier drinnen. Deshalb lehnen wir diesen Kürzungsantrag ab.

F. Kramer-Schwob (EVP): Es geht bei diesem Streichungsantrag, wenn ich es richtig verstanden habe, nicht um die Statistikstelle. Zur Stadtentwicklung hat die EVP im Mai zusammen mit vier anderen Parlamentariern eine Interpellation eingereicht, welche die Organisation der Stadtentwicklung betrifft. Anfang November kam die Antwort. Vielen Dank dafür.

Der Antwort ist zu entnehmen, dass die Stadtentwicklung künftig klar auf die Themen Smart City, Wirtschaft, Wohnen und soziale Stadtentwicklung fokussiert. Nachhaltigkeit wird dabei nicht explizit erwähnt, was auch richtig erscheint: Nachhaltigkeit muss zwingend überall einfließen.

Weiter ist in der Interpellationsantwort zu lesen, dass die Stelle «nachhaltige Entwicklung» sicherstellen soll, dass die Stadtentwicklung die entsprechenden Leistungsvorgaben des Parlaments erfüllen kann. Diese Leistungsvorgaben existieren aber noch gar nicht! Es ist der letzte Punkt der Reorganisation, die erst noch ansteht. Im Budget 2023 gibt es einen Gap zwischen den schon umstrukturierten Produkten und dem Fehlen der angepassten Leistungsvorgaben des Parlaments. Damit kann man leben. Es geht aber nicht, dass eine neue Stelle mit Leistungsvorgaben begründet wird, die es gar noch nicht gibt.

Der zitierte Stadtratsbeschluss sagt, die nachhaltige Entwicklung werde der Stadtentwicklung als strategisches Schwerpunktthema zugewiesen. Das spiegelt sich in der Reorganisation,

welche bis auf die Leistungsvorgaben abgeschlossen ist, so wie wir es sehen nicht. Wir sehen das auch nicht in den neuen Produkten und in der Auflistung darunter. Auch das finden wir somit eine schlechte Begründung für die Stellenaufstockung.

Im Übrigen: Die Stadtentwicklung verzichtet neu (sinnvollerweise) auf raumplanerische Themen. Die entsprechenden Stellen wurden aber nicht abgebaut und werden, soviel wir wissen – gerade auch mit dem vorhandenen Knowhow – für die Bearbeitung von Nachhaltigkeitsthemen zur Verfügung stehen. Da wollte man also eigentlich einen Stellenaufbau machen. Zusammengefasst: Es erscheint uns verfrüht, die Stelle «nachhaltige Entwicklung» zu beantragen. Vor allem kann man sie nicht mit Vorgaben des Parlaments begründen. Zudem haben wir Zweifel, ob es sie auch langfristig braucht. Nachhaltigkeit muss in jeden Gedanken und jedes Tun einfließen. Deshalb unterstützen wir den Antrag der FDP.

I. Kuster (Die Mitte/EDU): Wie es im Antrag richtigerweise steht: Die Stelle müsste im DSU gestrichen werden. Wir wollen, dass der Stadtrat Stellenverlagerungen korrekt umsetzt. Vom DSU erwarten wir nun aber, dass jetzt wirklich Taten kommen und nicht nur Powerpoint-Folien.

Unsere Unterstützung dieses Antrages ist auch als ein Zeichen gegen das immense Stellenwachstum zu verstehen. Wir wollen nächstes Jahr kein Stellenwachstum in diesem Ausmass. Nicht nur in der Stadtentwicklung, sondern grundsätzlich. Die Verwaltung insgesamt wächst wiederum stärker als die Bevölkerung – das kann und darf nicht sein.

B. Helbling (SP): Ich versuche, es ganz kurz zu machen. Grundsätzlich ist die Stelle nachhaltige Entwicklung ja schon im 2022 «übergewandert» zur Stadtentwicklung. Wir gehen einig, dass das halt nachvollzogen hätte werden müssen seitens UGS. Das ist nicht passiert, das ist ärgerlich. Deswegen aber diese Stelle nicht zu sprechen, da wollen wir nicht mitmachen. Wir sehen nämlich die Wichtigkeit der nachhaltigen Entwicklung, wir sehen, dass das eine Querschnittsaufgabe ist, wo viel Zeit in die Vernetzung investiert werden muss. Die fehlenden WOV-Kennzahlen werden jetzt erarbeitet und können in der AK anfangs Jahr angenommen werden. Und deshalb sprechen wir diese Stelle und lehnen diese Kürzung ab.

Parlamentspräsident R. Diener: Danke, Bea. Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Möchte der Stadtrat das Wort dazu?

Stadtpräsident M. Künzle: Ich bitte Euch, diesen Antrag der FDP abzulehnen. Es geht um nachhaltige Stadtentwicklung. Die EVP hat es angetönt: Wir haben nicht in den unteren Bereichen gesagt, wir machen noch die ganze Auslegeordnung der Nachhaltigkeit. Aber Nachhaltigkeit spielt überall hinein, das wurde mehrfach richtig gesagt. Diese Stelle hätte eine Nachhaltigkeitsstrategie geschaffen. Das muss man schreiben, an dem muss man arbeiten. Und wir hätten Nachhaltigkeitsinstrumente gemacht, die man in der ganzen Stadtverwaltung hätte anwenden können.

Nicht wirklich wichtig, das wurde vom FDP-Vertreter gesagt in seinem Eintretensvotum. Diese Stelle hat ja auch früher nicht existiert, also braucht es sie auch jetzt nicht - das ist ein sehr schwaches Argument. Denn er selbst hat in seinem Votum ungefähr drei Mal von nachhaltigen Finanzen erzählt. Also Nachhaltigkeit ist etwas, was in jedem Bereich eine Rolle spielt. Und deshalb hätten wir es wichtig gefunden, dass man diese Stelle schafft.

Der Vergleich mit dem UGS, dort ging es darum... Wir hatten diese Diskussion im Stadtrat wegen dem Verschieben. Aber wir sahen, wie viele Kräfte das UGS für die ganze Klimathe-matik braucht. Wir sagten deshalb, die Stellen bleiben dort.

Und das Votum von Iris muss ich zurückweisen: Das UGS macht nicht nur PowerPoint-Folien.

Ich mache Euch also beliebt, diese Stelle bitte zu unterstützen. Wir finden sie wichtig. Wenn Ihr sie ablehnt, würden wir nächstes Jahr wieder den gleichen Antrag bringen.

Parlamentspräsident R. Diener: Danke, Mike. Damit kommen wir zur Abstimmung über diesen Antrag.

Wer diesen Antrag, wie er von der FDP vorgelegt wurde, annehmen möchte, soll das jetzt mit Handerheben kennzeichnen. Bitte auszählen.

Wer den Antrag ablehnen möchte, soll das jetzt mit Handerheben kennzeichnen.

Damit haben Sie diesen Antrag mit 29:23 abgelehnt.

Damit ist diese Produktegruppe erledigt.

Ich würde angesichts dessen, dass wir schon so gut und schnell vorwärtsgekommen sind, jetzt zur Pause rufen. Wir sehen uns um halb acht Uhr wieder.

Nachtessenspause.

Parlamentspräsident R. Diener: Wir fahren mit der Beratung des Budgets fort. Ich begrüsse Euch zum 2. Teil der heutigen Doppelsitzung. Wir sind im Budget stehengeblieben bei der Stadtentwicklung, PG 142, die wir noch erledigt haben. Wir fahren da weiter.

PG 155, Bibliotheken: Keine Anträge, so genehmigt.

PG 157, Subventionsverträge und Beiträge an Dritte: Da gibt es einen Antrag der SVP, ich bitte um die Begründung.

Ph. Angele (SVP): Wir stellen einen Antrag auf Kürzung. Die Begründung ist: Das Sommertheater unter der Leitung von Hans Rüegg hat den bestehenden Subventionsvertrag mit der Stadt Winterthur per September 2022 gekündigt und das Sommertheater wird aufgelöst. Hierzu gab es auch eine Medienmitteilung im Landboten. Hiermit fehlt eine Rechtsgrundlage in materieller aber auch in formeller Hinsicht für die Weiterführung des individuellen Subventionsvertrags. Die Ausgestaltung der Subventionsverträge und der finanziellen Unterstützung sind spezifisch auf diejenigen Kulturbetreiber (eben Leistungserbringer) zu definieren und auch bewilligen zu lassen. Die Nebenleistungen im Umfang von 24'800 Franken würden wir bewusst stehenlassen für Unterhalt wie Wasser, Gas etc. Der Antrag ist dem Drehbuch zu entnehmen. Wir stellen den Antrag auf Kürzung.

Parlamentspräsident R. Diener: Die Diskussion ist eröffnet. Das Wort hat zuerst André Zuraikat (Die Mitte/EDU).

A. Zuraikat (Die Mitte/EDU): Die Mitte/EDU-Fraktion unterstützt den Kürzungsantrag der SVP nicht. Ich gebe Dir aber Recht, lieber Philipp, dadurch, dass das Sommertheater nicht wie bisher durch Hans-Heinrich Rüegg geführt wird – was wir sehr bedauern -, braucht es eine neue Leistungsvereinbarung und somit eine Weisung für das Stadtparlament. Wir haben aber in der Kommission ebenfalls die Information erhalten, dass zurzeit Gespräche geführt werden, wie eine Nachfolgelösung aussehen könnte. Und die Verwaltung braucht auch diese Zeit, um die Gespräche führen zu können. Der Beitrag für das Sommertheater von 225'000 wird auch nicht anders genutzt werden. Wenn es keine Lösung geben sollte, was wir alle nicht hoffen, wird der Betrag auch nicht ausgegeben.

Aus diesem Grund können wir aufgrund der aktuellen Situation den Kürzungsantrag nicht gutheissen und wir setzen so auch ein Zeichen gegenüber der Bevölkerung und den Anspruchsgruppen, dass wir gewillt sind, eine Nachfolgelösung zu unterstützen, indem wir den Betrag nicht streichen wollen. Vielen Dank.

G. Stritt (SP): Auch wir haben ja festgestellt, dass das Sommertheater nicht weitergehen soll und dass der Subventionsvertrag gekündigt worden ist. Und es ist für uns eigentlich auch sehr unklar, für was der Betrag, der immer noch im Budget ist, gebraucht würde. Die SP würde sich vom Stadtpräsidenten mehr Informationen wünschen, was da genau geplant ist

und für was dieser Betrag dann eingesetzt werden sollte. Auch wenn es der SP wirklich zuwider läuft, in der Kultur zu kürzen, haben wir aufgrund der unklaren Situation in der Fraktion Stimmfreigabe beschlossen.

D. Roth-Nater (EVP): Wenn ein Vertrag wie der vom Sommertheater gekündigt wird, also nicht mehr aufrecht erhalten bleibt, ist es nicht nötig, dass weiterhin Budget gesprochen wird dafür. Denn die allenfalls anfallenden restlichen Kosten können gedeckt werden aus den Nebenleistungen, die stehen gelassen werden.

Wir von der EVP unterstützen den Antrag, denn es ist nicht in unserem Interesse, dass das budgetierte Geld einfach so in die Verwaltung fliesst und dort dann allenfalls für etwas ganz Anderes verbraucht wird. Dies wäre aufgrund des Globalbudgets zwar rechtlich zulässig und wird wahrscheinlich ja schon nicht gemacht, aber das wollen wir auch nicht.

N. Wenger (Grüne/AL): Die Fraktion Grüne/AL lehnt den Kürzungsantrag ebenfalls ab. Wir haben in der Kommission genau erklärt bekommen, dass für eine ordentliche Auflösung des Sommertheaters vielleicht auch Geld gebraucht wird. Und da man auch immer noch nicht weiss, wie es mit dem Sommertheater weitergeht, macht es jetzt momentan keinen Sinn, diesen Budgetposten einfach zu streichen. Wenn das Geld nicht benötigt wird, dann wird es auch nicht einfach ausgegeben.

Wir freuen uns aber schon darauf, wenn der Stadtrat weitere Infos zur Zukunft des Sommertheaters geben kann.

M. Zehnder (GLP): Wir haben den Antrag in der Fraktion hin- und herdiskutiert und sind am Schluss jetzt aber der Meinung, dass man den Kredit nicht weiter auszahlen muss. Es steht schon auf der Website des Sommertheaters, dass der Vorhang gefallen ist. Und wir unterstützen deshalb den Kürzungsantrag.

Wenn die ordentliche Auflösung wirklich Geld kostet, dann ist das nicht Bestandteil eines solchen Subventionsvertrages, sondern dann muss das allenfalls aus Reserven, die eine solche AG oder ein Theaterverein gebildet hat, bezahlt werden können.

Wir unterstützen den Kürzungsantrag.

Ch. Maier (FDP): Das Sommertheater findet nicht statt und deshalb braucht es das Geld auch nicht. Wenn es wieder stattfindet, dann unterstützen wir das selbstverständlich, dass dieser Budgetposten wieder kommt. Wir unterstützen den Kürzungsantrag.

Stadtpräsident M. Künzle: Wir haben diese Diskussion schon in der Kommission gehabt. Es ist eine unsichere Situation jetzt. Der Entscheid von Hans-Heiri Rüegg ist sehr frisch und ich möchte es betonen: Wir bedauern das ausserordentlich. Es ist auch keine einfache Situation für Hans-Heiri Rüegg, da sein Lebenswerk loszulassen. Wir sind daran momentan, Diskussionen zu führen, Variantenbildungen, was gibt es eigentlich alles für Möglichkeiten. Und in einer solchen Situation, wo es derart unsicher ist, wie es weitergeht, hätten wir gesagt, wir müssten uns den Handlungsspielraum bewahren und hätten deshalb den Betrag einfach stehenlassen. Was ich bestätigen kann, das wurde auch gesagt: Wir brauchen den Betrag nicht einfach, um weiss ich nicht was zu machen, sondern das bleibt selbstverständlich dort stehen, wo es ist, und wir brauchen das nicht irgendwie sonst. Wir sagten: Unsichere Ausgangslage, möglichst Handlungsspielraum bewahren. Und deshalb bitte ich Euch, den Antrag der SVP abzulehnen.

Parlamentspräsident R. Diener: Danke, Mike. Wir kommen zur Abstimmung über diesen Antrag.

Wer den Antrag unterstützen möchte, soll das mit Handerheben kennzeichnen.

Wer möchte das ablehnen?

Das ist eine klare Mehrheit für den Antrag. Gibt es Einspruch dagegen? Dann ist der Antrag unterstützt. Ich frage nur einfach deshalb, ob jemand eine Auszählung wünscht. Damit ist der Antrag also angenommen und damit die Produktegruppe Subventionsverträge auch erledigt.

Wir kommen zur nächsten Produktegruppe.

PG 158, Städtische Museen, Kulturinstitutionen und Bauten: Keine Anträge, so genehmigt.

PG 170, Rechtspflege: Keine Anträge, so genehmigt.

Wir kommen zum Departement Finanzen.

PG 221, Finanzamt: Keine Anträge, so genehmigt.

PG 222, Informatikdienste (IDW): Da liegt ein Antrag der Mitte/EDU vor. Ich bitte um Vorstellung und Begründung.

I. Kuster (Die Mitte/EDU): Wir stellen den Antrag, das Globalbudget um 300'000 Franken zu kürzen. Wir von der Mitte/EDU-Fraktion sind für Digitalisierung und wir sind auch für Cybersecurity-Massnahmen. Wir sind aber überzeugt, bei einem Budget für Informatik von rund 26 Millionen Franken ist eine Reduktion von 300'000 Franken vertret- und realisierbar. Das ist ein bisschen mehr als 1%. Sei es zum Beispiel durch Wegfall von nicht mehr benötigten Programmen oder Effizienzsteigerung durch mehr Standardisierungen.

Die steigenden Kosten bei den Produktegruppen machen uns Sorgen. Die Produktegruppen, alle Produktegruppen, bezahlten im Jahr 2021 noch 170 Franken pro Stunde Beratung und jetzt müssen sie bereits 179 Franken bezahlen. Das ist ein Aufschlag von rund 5%. Eine weitere Erhöhung in den kommenden Jahren gilt es möglichst zu verhindern.

Langer Rede kurzer Sinn: Wir wollen das Prinzip Globalbudget leben und finden eine Kürzung bei der IDW um diesen Betrag vertret- und auch machbar. Wir haben zudem volles Vertrauen in die Managementfähigkeiten des IDW-Chefs, Martin Freuler, dass er das um 300'000 Franken kleinere Budget so umsetzen kann, dass Winterthur auch 2023 über eine leistungsfähige Informatik verfügt.

Parlamentspräsident R. Diener: Danke, Iris. Damit ist die Diskussion zu diesem Antrag eröffnet. Zuerst hat das Wort Andi Büeler (Grüne/AL).

A. Büeler (Grüne/AL): Die Informatikdienste haben uns aufgezeigt, dass sie im dreijährigen Benchmark-Vergleich, bei dem es um die Zielvorgabe Wirtschaftlichkeit geht, mit Durchschnittskosten pro Electronic Workplace, wie das auf Neudeutsch heisst, bei dem die Zielvorgabe 188 Fr. pro Arbeitsplatz ist, im Vergleich zu anderen Städten und auch zu privaten Unternehmen und auch früheren Benchmark-Vergleichen günstig sind. Es ist nicht so, dass das einfach so immer teurer wird, sondern es wird auch mehr nachgefragt, auch die Lizenzgebühren steigen usw. Das heisst wenn man bei dieser Produktegruppe Kosten sparen möchte, müssten die anderen Produktegruppen weniger Informatikdienstleistungen bestellen.

Wir lehnen diesen pauschalen Kürzungsantrag, ohne klar zu sagen, wo gespart werden soll, ab. Bei der Digitalisierung droht der Stadt ohnehin, den Anschluss zu verlieren.

F. Kramer-Schwob (EVP): Gemäss Budgetbuch A Seite 21 steht bei IDW ein grosses Update des Betriebssystems an, welches den Austausch eines Grossteils des Bestandes von Laptops bedingt. Das entsetzt uns, wurden wir doch 2020 informiert, dass aufgrund der Pandemie für fast alle Arbeitsplätze neue Laptops angeschafft werden mussten. Diese Laptops hätten dann ein Alter von nur drei Jahren. Dies ist sowohl aus ökonomischer als auch aus ökologischer Sicht zu wenig.

Auch sonst erscheint uns das Budget der IDW wie ein nicht zu knackendes Rätsel.

Etwas frustriert zögern wir aber trotzdem wegen dem unbestritten steigenden Bedarf an Digitalisierung und lehnen deswegen den Kürzungsantrag ab.

S. Kocher (GLP): Es ist grundsätzlich so, dass die IDW das ausführt, was von den Departementen bestellt wird. Es ist nicht umgekehrt. Heisst, es ist nicht Aufgabe der IDW, den Departementen vorzuschreiben, was gebraucht wird. Die IDW konnte gut begründet aufzeigen, dass das aktuelle Budget zweckmässig ist und den Bedürfnissen entspricht, was auch bestellt wurde. Zudem ist es eine Tatsache, dass die stetig steigenden Anforderungen an die Systeme sich auch auf die Aufgaben der IDW auswirken.

Zudem: Eine Pauschalkürzung, so wie von der Mitte/EDU begründet, von willkürlichen 300'000 unterstützen wir nicht. Wenn, dann soll klar deklariert werden, was an Leistungen gekürzt werden soll.

R. Tobler (FDP): Um es vorwegzunehmen: Wir unterstützen den Antrag der Mitte, die Reduktion um die 300'000 Franken. Grundsätzlich, ich persönlich, aber auch unsere Fraktion. Wir finden die IT ja grundsätzlich nicht schlecht, nur wissen wir alle, wenn man in die IT investiert, dann sollte es irgendwo effizienter werden oder der Service besser werden. Und in diesem Fall konnte uns das nicht aufgezeigt werden. Und wie Iris Kuster das richtig schon gesagt hat: Bei einem Budget von 26 Millionen, wie das auch schon eingangs gesagt wurde, ist es durchaus auch gut, wenn man etwas enger schauen muss. Und in dem Sinn, da sind wir ganz sicher: Diese 1% findet man, wenn man sehr genau und detailliert sucht, auch irgendwo, um einsparen zu können. Und andererseits, wenn man dort mehr ausgibt, müsste man sonst auch die parlamentarischen Zielvorgaben entsprechend erhöhen.

Deshalb unterstützen wir den Antrag.

B. Helbling (SP): Wir werden den Antrag zur Kürzung des Globalkredits nicht unterstützen. Ich schliesse mich da den Voten der Grünen und der GLP an. Es wurde uns in der Budgetberatung sehr gut aufgezeigt, wie sich diese Kosten aufteilen. Und es wurde auch aufgezeigt, dass die IDW von sich aus nur liefert, was bestellt wird. Das vom Benchmark wurde auch schon gesagt.

Stadtrat K. Bopp: Ganz grundsätzlich: Wie funktioniert die Budgetierung der IDW? Die IDW hat eigentlich ein Nuller-Budget. Die IDW verrechnet sämtliche Sachen weiter. Der Grund, weshalb es nicht ganz Null ist, das ist, weil man eine gewisse Preisstabilität will, so dass die Produktegruppen nicht jedes Jahr wieder mit anderen Preisen rechnen müssen. Deshalb macht die IDW in einigen Jahren ein bisschen Plus und in anderen Jahren ein bisschen Minus. Das heisst konsequenterweise, um einen Kürzungsantrag bei der IDW umzusetzen, müsste man einfach eine Preisanpassung machen, um die Produktegruppen ein bisschen mehr belasten, damit dann das Resultat der IDW ein bisschen besser aussieht. Das ist nicht die Intention, aber das ist genau am falschen Ort angesetzt. Mit einem solchen pauschalen Antrag bei der IDW senkt man nicht den Bedarf. Wie gesagt, das landet irgendwo in einer Berechnung. Die Steuerung des IT-Bedarfs funktioniert bei uns in den Produktegruppen. Die IDW berechnet sämtliche Kosten weiter.

Ich verstehe natürlich gewissermassen, da haben wir schon oft darüber gesprochen, dass das IDW-Budget in diesem Moment ein nicht zu knackendes Rätsel ist, weil halt vieles nicht dort drin direkt anfällt, sondern weil es eben vor allem von den Bestellungen der Produktegruppen abhängt. Und genau deshalb sagten wir, wie können wir denn überprüfen, ob die IDW ihren Teil auch effizient und gut erledigt? Und deshalb machen wir alle drei Jahre diese Benchmarks. Und dort vergleichen wir uns mit sehr vielen Verwaltungen, mit ganz vielen privaten Unternehmen und schauen, wo wir da stehen mit den Kosten pro Arbeitsplatz. Und da schneiden wir jedes Mal wahnsinnig gut ab. Da können wir stolz sein darauf, das ist ein super Ergebnis. Wir haben eine enorm effiziente, kostengünstige IT.

Und jetzt sagt man da, mit ein bisschen unterhaltsintensive Applikationen ablösen und so, ein bisschen effizienter werden, alles insgesamt ein bisschen optimieren... Genau diese Stellen für die Weiterentwicklung, sind eben auch die, welche zum Beispiel auch die Applikationslandschaft pflegen würden. Das sind die Stellen, welche Sie hier drinnen uns regelmässig typischerweise zum Budget herausstreichen. Und dann darf man sich natürlich auch nicht wundern, dass es nicht gleich schnell weitergeht.

Sie entscheiden später in diesem Budget über eine solche Stelle. Die ist ganz wichtig: Der Portfolio-Manager für die Digitalisierung, gesamtstädtisch in der Stadtkanzlei. Diese ist genau dafür da, dass wir zum Beispiel die Applikationslandschaft managen können. Stimmen Sie dieser Stelle später zu – oder dem Geld, das dahintersteckt – und dann garantiere ich Ihnen, dann werden wir uns auch vertieft um unsere Applikationslandschaft kümmern können. Aber dafür müssen wir in eine Vorleistung gehen, da können wir nicht jetzt willkürlich 300'000 Franken herauskürzen.

Ich danke vielmals für das Ablehnen dieses Antrags.

Parlamentspräsident R. Diener: Danke, Kaspar. Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung über diesen Antrag.

Wer diesen Antrag unterstützen möchte, soll das jetzt mit Handerheben kennzeichnen.

Das Gegenmehr bitte?

Das ist klar mehr. Dann ist der Antrag abgelehnt und diese Produktegruppe damit erledigt.

PG 233, Steuerbezug: Da geht es nicht um die Steuern selbst, sondern nur um die Produktegruppe. Keine Anträge, so genehmigt.

PG 240, Immobilien: Keine Anträge, so genehmigt.

PG 263, Städtische Allgemeinkosten/Erlöse: Da gibt es einen Antrag der AK. Ich bitte den Referenten Christian Hartmann, den Antrag vorzustellen.

Ch. Hartmann (AK): Ich bin sicher, Ihr habt das alle gelesen. Die AK beantragt mit 6:5 die Erhöhung des Globalkredits der Städtischen Allgemeinkosten um 2.2 Millionen. Der Grund liegt in der aktuellen Wirtschaftslage und soll es möglich machen, dass man einen Teuerungsausgleich statt von 2% von 2.8% der Lohnsumme auszahlt.

Bei dem im Budget bereits enthaltenen Betrag für individuelle Lohnmassnahmen von 0.5% wäre der Wunsch der AK, dass das vor allem Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit tiefen Einkommen zugutekommt. Es ist der AK bewusst, dass das ein Wunsch ist und man das so nicht durchsetzen kann. Aber es war der AK trotzdem wichtig, das zu äussern.

I. Kuster (Die Mitte/EDU): Bezüglich der Personalmassnahmen sind wir für einmal mit dem Vorschlag des Stadtrates einverstanden. Er hat in Anbetracht der budgetierten roten Null einen massvollen Vorschlag gebracht, was wir schätzen.

Da es uns vermutlich in der ganzen Budgetdebatte nicht gelingt, die rote Null in eine schwarze Null zu verändern, dürfen wir keine Entscheide treffen, die dieses Defizit noch vergrössern.

Wenn der Antrag der AK angenommen wird, verdoppeln wir fast das negative Resultat - es steigt auf fast 5 Millionen. Aber wir verschlechtern damit auch die Eigenwirtschaftsbetriebe. Und hier kennen wir die Auswirkungen nicht: Worst case steigen die Preise beim Altersheim, dem Strompreis, der Kehrrechtsackgebühr.

Es ist richtig: Die Teuerung hat in den letzten Monaten zugenommen. Sie ist jetzt leicht am Sinken. Die Teuerung trifft aber nicht nur die Mitarbeitenden in der Stadtverwaltung, sondern auch die Verkäuferinnen in der Migros, beim Coop und die Handwerker und die Mitarbeitenden in den Industrieunternehmen. Die meisten von diesen Branchen und Firmen gewähren einen Teuerungsausgleich und Lohnmassnahmen in der Höhe, wie es der Stadtrat vorgeschlagen hat.

Wir verstehen nicht, was daran sozial sein soll, wenn ein Jurist oder eine Juristin, welche bei der Stadt arbeitet, einen höheren Teuerungsausgleich erhält als die Malerin oder der Verkäufer. Wie andere Fraktionen finden wir den Grundgedanken, der formuliert ist, den Teuerungsausgleich jeweils nach Lohnklassen zu differenzieren, prüfenswert. Dafür braucht es aber nach unserer Einschätzung eine Anpassung des Personalstatuts.

Die Mitte/EDU-Fraktion lehnt den Antrag ab.

A. Büeler (Grüne/AL): Zu diesem Antrag habe ich im Eintretensvotum schon das meiste gesagt. Wir appellieren nochmals, wie die Personalverbände auch, dem Personal die Wertschätzung zu zeigen und dem Kompromissantrag der AK zuzustimmen.

Und wem dieses Argument nicht genügt: Wenn die Stadt gutes Personal nicht mehr halten kann und neu rekrutieren muss, wird sich das langfristig auch kostenmässig stärker auswirken als jetzt vielleicht kurzfristig der höhere Teuerungsausgleich.

Der Wunsch, dass der im Budget bereits enthaltene Betrag für die individuellen Lohnmassnahmen insbesondere den Mitarbeitenden mit den tieferen Einkommen zugutekommen soll, begrüssen wir.

Wir stimmen dem Antrag natürlich zu.

F. Kramer-Schwob (EVP): Die Lohnmassnahmen sind immer mal wieder ein Herzstück der Budgetdebatte. Insbesondere müssen sie das auch sein in einem Jahr wie diesem, wo es eine erhebliche Teuerung gab.

Es gibt eine klare gesetzliche Grundlage im Personalstatut, dass 1. der Stadtrat dem Parlament einen Antrag stellen muss und 2. der Stadtrat begründet, wenn er weniger Teuerung vorsieht.

Wir haben es schon gesagt: Wir finden es nicht gut, dass der Stadtrat in einem solchen Jahr darauf verzichtet hat, das separat auszuweisen. Und wir sind sehr froh, dass das heute auch so als Fehler gekennzeichnet wurde.

Der Blick hat letzte Woche die Schlagzeile gebracht «Armut wird bei uns unter den Teppich gekehrt». Und das wollen wir nicht unterstützen, darüber muss man reden.

An die Mitte: Wir haben in der Stadt nicht nur teure Juristen, die da arbeiten, sondern auch Reinigungsfachleute und ganz viele andere Leute mit einem tiefen Lohn.

Es kostet viel, mehr Teuerung auszugleichen, das ist uns bewusst. Und dennoch finden wir es dieses Jahr richtig.

Das «Problematische» am Teuerungsausgleich ist, dass es den Menschen mit hohen Löhnen (den teuren Juristen) viel stärker zugutekommt als den Menschen mit tiefen Löhnen. Die aktuelle Teuerung betrifft aber viel stärker die Geringverdienenden. Deshalb steht der Kommissionsantrag so, wie er dasteht, Christian hat es gesagt: Nebst dem Teuerungsausgleich von immerhin 2.8% (wir hoffen, dass der November zeigt, dass sich das auch ungefähr der Realität annähert) sollen auch 0.5% für individuelle Lohnmassnahmen zur Verfügung stehen. Und diese sollen in diesem (hoffentlich) Ausnahmejahr vor allem den Geringverdienenden zugutekommen.

Insgesamt hoffen wir so, die Teuerung für die Benachteiligten abfedern zu können. Wir sind optimistisch, dass mit dem Kommissionsantrag genügend Geld zu Verfügung gestellt wird, um dem Personal so gerecht zu werden. Und wir hoffen sehr auf Unterstützung des Kommissionsantrages heute Abend.

B. Helbling (SP): Auch wir stimmen natürlich dem Kommissionsantrag zu. Es wurde schon einige Male gesagt, ich sage es trotzdem auch nochmals: Angesichts der aktuellen Wirtschaftslage soll der Teuerungsausgleich auf 2.8% der Lohnsumme erhöht werden. Und die individuellen Lohnmassnahmen, die 0.5%, welche schon im Budget sind, sollen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit tieferen Einkommen zugutekommen.

Wir hätten es begrüsst, ich habe es schon gesagt, wenn der Stadtrat die Teuerungszulage gemäss Personalstatut gesprochen hätte. Mindestens der jetzt vorliegende Antrag ist wichtig, um die Situation der Inflation wenigstens ein bisschen aufzufangen. Es wurde schon einige Male gesagt: Die Teuerung bedeutet für den einzelnen Angestellten eine Reallohnsenkung. Gerade bei Geringverdienenden in der Stadt Winterthur ist das sehr schmerzhaft, ich merke das immer wieder bei mir im Büro bei der Sozialberatung. Deshalb bitte ich doch sehr, dieser Erhöhung zuzustimmen.

S. Kocher (GLP): Der links-grüne Stadtrat hat beschlossen, den Teuerungsausgleich bei 2% festzulegen. Er hat dies auch korrekterweise begründet. Das liegt in seiner Kompetenz, von

dem anzuwendenden Teuerungsausgleich von 3.3% begründet abzuweichen. Der hier vorgeschlagene Satz von jetzt 2.8% scheint dafür wirklich willkürlich, da er ebenfalls vom anzuwendenden Teuerungsausgleich von 3.3% abweicht und diese Abweichung im Antrag nicht begründet ist.

Die 0.5% für individuelle Lohnmassnahmen bleiben ja bestehen.

Entsprechend folgt die GLP den vom links-grünen Stadtrat festgelegten Lohnmassnahmen und lehnt den AK-Antrag ab.

R. Tobler (FDP): Auch wir von der FDP lehnen den Antrag entsprechend ab und folgen da, wie Du das richtig gesagt hast, Samy, dem links-grünen Stadtrat. Die Begründung dahinter wurde ja durchaus auch schon genannt. Die Teuerung sinkt im Moment wieder und ist heute schon tiefer als sie damals an diesem Stichtag war. Man hat auch gesehen in den aktuellen Umfragen, wie Iris das schon gesagt hat, bei den Unternehmen in Winterthur, sowohl im Detailhandel aber auch bei den anderen zum Teil Grossunternehmen, ist die Teuerung nicht so, wie das jetzt gewünscht wird. Ein weiterer Grund: Die rote Null, die oftmals als rote Null genannt wird, wäre mit diesem Antrag eben keine rote Null mehr, sondern dann wird der Verlust noch grösser. Und was auch wichtig ist: Der Ausgleich war nicht jedes Jahr genau gleich, es war einmal ein bisschen mehr und einmal ein bisschen weniger. Und in diesem Jahr ist es sinnvoll, dass man das so lässt.

Und dementsprechend folgen wir dem Vorschlag des Stadtrates und lehnen den Antrag entsprechend ab.

D. Oswald (SVP): Auch wir unterstützen den Antrag des Stadtrates. Es bleibt auch noch zu erwähnen, dass man in den letzten Jahren zum Teil auch eine negative Teuerung hatte. Das hat man nie gefordert, man ging mit dem Lohn auch nicht hinunter. Also hat man da auch noch eine gewisse Verbesserung. Ausserdem ist die Teuerung aktuell bei 3%. Ich glaube, die Schweizer Nationalbank macht da einen guten Job. Im Gegensatz zu anderen Nationalbanken druckt sie nicht so flink Geld wie andere. Und vielleicht gelingt uns ja das.

Und es ist auch noch zu erwähnen, dass die Pensionskassensanierungsbeiträge wegfallen. Also auch das hilft den städtischen Angestellten, damit sie im Januar 2023 mehr Geld im Sack haben als im Dezember 2022. Und deshalb unterstützen wir den Antrag des Stadtrats.

R. Kappeler (SP): Also den Lügengeschichten da drüben muss ich doch einfach mal etwas entgegenhalten. Wir haben letztes Jahr auf Antrag der FDP den Zeitpunkt, zu dem man den Teuerungsausgleich bemisst, verschoben. Vom Oktober in den September, damit man früher weiss, von welchen Zahlen man spricht.

Und das Argument, jetzt zu sagen, die Teuerung ist ja nur noch 3% und Ende Monat ist sie dann vielleicht nur noch 2.8% - das ist einfach scheinheilig. Man geht jedes Jahr auf den gleichen Zeitpunkt und damit ist es einfach ausgewiesen 3.3%. Und nicht mehr und nicht weniger!

Und was wir gemacht haben im Antrag der AK, oder was die AK gemacht hat, ist, dass sie sagte, doch, die 3.3% schulden wir nach Personalstatut - es geht da auch um die Rechtsstaatlichkeit, um die Zuverlässigkeit der Stadt als Arbeitgeberin -, an dem halten wir fest. Aber in dem Deal, bei dem ich nicht dabei war, sagte man dann, man teilt das auf noch mit 0.5% quasi noch als individuelle Lohnmassnahmen. Aber die Summe soll dem entsprechen, was das Personalstatut vorgibt.

Und von daher muss ich auch unseren «grün-roten» Stadtrat rügen: Es ist eigentlich die Pflicht des Stadtrats, sich an die Rechtsgrundlagen zu halten und seriös mit den richtigen Zahlen zu rechnen. Und Ihr da drüben bitte auch.

Stadtrat K. Bopp: Ganz kurz: Der Stadtrat hält grundsätzlich an seinem Antrag fest. Er nimmt den Kommissionsantrag zur Kenntnis. Es ist am Parlament, die Teuerung abschliessend zu budgetieren. Und ich bin sicher, Sie bilden sich eine eigene Meinung und folgen nicht nur der vom rot-grünen Stadtrat.

Parlamentspräsident R. Diener: Danke, Kaspar. Damit ist die Diskussion abgeschlossen und wir kommen zur Abstimmung. Ich erinnere daran, wir haben da ein erhöhtes Quorum, das heisst wir brauchen wirklich 31 Stimmen, eine Stimme mehr als die Hälfte des Parlaments, damit dieser Antrag durchkommen kann.

Wer den Antrag unterstützen möchte, so wie er vorgetragen wurde und wie wir ihn diskutiert haben, soll das mit Handerheben kennzeichnen. Auszählen bitte.

Wir müssen das Gegenmehr nicht aufnehmen, es sind nur 26 Stimmen, das reicht nicht. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Die nächste Produktgruppe überspringen wir, die machen wir ganz am Schluss.

Wir kommen jetzt zum Departement Bau.

PG 322, Tiefbau: Keine Anträge, so genehmigt.

PG 328, Entsorgung: Keine Anträge, so genehmigt.

PG 340, Vermessung: Keine Anträge, so genehmigt.

PG 350, Baupolizei: Keine Anträge, so genehmigt.

PG 360, Städtebau: Da haben wir mindestens einen Antrag, der von der Mitte/EDU ist. Ich bitte Andreas, diesen kurz vorzustellen.

A. Geering (Die Mitte/EDU): Die Mitte/EDU-Fraktion beantragt eine Reduktion des Globalkredits der Produktgruppe 360, Städtebau, um 250'000 Franken mit der folgenden Begründung: Da schon in vergangenen Jahren Stellen aufgebaut wurden, soll auf einen weiteren Aufbau im Jahr 2023 verzichtet werden. Betrachtet man das Budget 2022, betragen die Personalkosten dort 6.89 Millionen Franken, im FAP 2025 belaufen sie sich auf 7.95 Millionen Franken. Wir haben also in diesen Budget- und Planjahren 2022 – 2025 einen Aufbau von ca. 1 Million in diesen drei Jahren. Hier muss ein Marschhalt erfolgen. Nicht nur im Jahr 2023, von dem wir heute das Budget beraten, sondern auch im FAP 2024 und 2025. Im 2026 ist dann einfach die Zahl von 2025 fortgeschrieben. Da möchten wir, dass man da einen Marschhalt macht – nicht nur bei den Stellen, sondern auch inhaltlich.

Auch inhaltlich ist ein Marschhalt möglich, denn bei vielen angefangenen Projekten ist es nicht klar, wann sie realisiert werden. Entsprechend ist es nicht sicher, ob der Stellenaufbau in dieser Art nötig ist. Weiter ist es unsicher, dass die Planungstätigkeit von Privaten und Unternehmen zunehmen wird, wenn man anschaut, wie sich das wirtschaftliche Umfeld in den vergangenen Monaten stark verändert hat.

Schliesslich ist es aber auch an der Zeit, dass Winterthur das Wachstum beim Wohnungsbau verlangsamt. Die viel gerühmte Verdichtung nach innen bedeutet für die Stadt zusätzliche Kosten, welche die allfälligen zusätzlichen Steuereinnahmen übertreffen. Die allfälligen zusätzlichen Steuereinnahmen gleichen nicht aus, was an Kosten anfällt aufgrund des Wachstums. Kosten des Wachstums fallen zum Beispiel bei Infrastrukturbauten wie Leitungen, Verkehrswegen oder Schulbauten an. Aber auch in anderen Bereichen, zum Beispiel bei Sozial- und Bildungskosten, um nur eine kleine Auswahl zu erwähnen.

Und deshalb denken wir, dass es an der Zeit ist, auch das Wachstum der Stadt, das städtebauliche Wachstum zu überdenken. Und auch das soll mit diesem Antrag angeregt werden. Vielen Dank für die Unterstützung.

Parlamentspräsident R. Diener: Danke, Andreas. Damit kommen wir zur Diskussion. Ich gehe nicht davon aus, dass es noch weitere Anträge gibt. Als erstes hat das Wort Benedikt Zäch (SP).

B. Zäch (SP): Dieser undifferenzierte Kürzungsantrag ist leider kurzfristig. Das Personal-Budget 2023 im Amt für Städtebau bildet nämlich nicht künftige Planungen ab, sondern Projekte, die jetzt bei der Stadt auf dem Tisch liegen und sehr stark zugenommen haben, weil an verschiedenen Orten grosse Entwicklungsprojekte im Gang sind: es sind Infrastrukturbauten der Stadt selbst, zum Beispiel Schulhäuser, aber in wesentlich grösserem Umfang sind es grosse private Investitionsprojekte.

Dafür sind jetzt planerische Vorleistungen und Projektbegleitungen notwendig, die die Stadt leisten muss. Das ist in der Kommission sehr klar aufgezeigt worden. Es handelt sich im Übrigen nicht um einen Wunschbedarf, sondern einen Mindestbedarf, der bereits in der stadtinternen Budgetüberarbeitung deutlich reduziert worden ist.

Und, Andreas Geering, Wachstum kann man nicht einfach stoppen von der Stadt her. Mit dem Wachstum sind wir konfrontiert. Man kann dem aber zuschauen – das ist offenbar Euer Ansatz. Aber wir sind der Meinung, wer Wirtschaftsförderung wirklich ernst nimmt – und zwar über allgemeine Bekenntnisse hinaus – und wer dem Wachstum nicht nur zusehen, sondern dafür gute Rahmenbedingungen setzen will, sollte also ein hohes Interesse haben, diesen notwendigen Stellenaufbau zu ermöglichen.

Die SP-Fraktion hat dieses Interesse und darum lehnen wir den Kürzungsantrag ab,

K. Frei Glowatz (Grüne/AL): Winterthur ist eine lebenswerte und eine schöne Stadt, und das nicht nur wegen ihrer Gärten und Wälder. Sie ist auch schön gebaut. Und das verantwortet unter anderem seit Jahren und auch in Zukunft das Departement Bau und im Speziellen auch das Amt für Städtebau mit.

Das AfS koordiniert und begleitet Gebiets- und Arealentwicklungen von privaten Investoren, der SBB und dem ASTRA mit bis zu zwanzigjährigen Zeithorizonten und 2.5 Milliarden Umfang. Das sind riesige, komplexe und wichtige Planungen, wir haben es schon gehört, die bereits jetzt am Laufen sind. Und wenn Sie dieser Kürzung zustimmen, laufen wir in Gefahr, dass das AfS da aussteigen muss, weil die personellen Ressourcen fehlen. Und die Stadt dann zum Beispiel bei Winterthur Süd, im Wissensquartier oder beim Masterplan Bahnhof Oberwinterthur nicht mehr mitreden kann. Damit würde sie sich ein riesiges Potenzial an Mitsprache für qualitätsvolle Stadtentwicklung vergeben.

Unsere Antwort aufgrund der Wirtschaftsprognose ist nicht ein Sparaufruf, sondern die notwendigen Ressourcen für eine intelligente Planung einzusetzen. Die wachsenden Herausforderungen für den verknappenden Boden und die geforderte Verdichtung verlangen je länger je mehr nach smarten, koordinierten und übergeordneten Planungen. Verwaltungsintern heisst das zum Beispiel, BIM zu installieren und zu etablieren. Und das ist weiss Gott nicht gratis.

Oder nehmen wir die Schulhäuser: Die stadteigenen Projekte liegen heute schon auf dem Tisch. Und da sparen zu wollen, ist schlicht am falschen Ende der Kette. Wenn Sie bei den Schulhäusern sparen wollen, müssen Sie das schon früher machen, bei der Investitionsplanung der Bestellerdepartemente. Und dort würde das dann heissen, grössere Klassen. Aber wer will das denn schon?

Es gab in der Geschichte immer wieder Phasen von einer intensiven Städteplanung. Und gerade befinden wir uns wieder mitten in einer solchen, Stichwort Winterthur 2040. Das benötigt neben den politischen Entscheiden vor allem auch eine gute Begleitung für die Weiterentwicklung der Planungsinstrumente wie Richtplanungen und BZO.

Insgesamt also hat das AfS ein enormes Aufgaben-Portfolio. Und das rechtfertigt absolut den Aufbau von vier beantragten Stellen, was ja schon ein Kompromiss ist von acht. Darunter zu gehen wäre fahrlässig und ein Leistungsabbau. Die Folge wäre ein allein rendite-gesteuertes Wachstum.

Wir Grünen könnten das nicht verantworten. Wir sind überzeugt von der professionellen und überaus wichtigen Planungs- und Koordinationsarbeit des AfS, welche massgeblich – bis heute und auch in Zukunft – unser gebautes Winterthur, das wir alle so gern haben, bestimmt.

Deshalb lehnen wir den Kürzungsantrag entschieden ab. Danke für die Unterstützung.

M. Bänniger (EVP): Auch wir von der EVP unterstützen den Kürzungsantrag der Mitte nicht. Wir anerkennen die Herausforderung für das AfS, die anstehenden Infrastrukturentwicklungen in Winterthur geordnet und effizient zu begleiten. Wir sprechen uns für die eingestellten Stellen aus.

L. Studer (GLP): Wir von Seiten GLP lehnen den Antrag ebenfalls ab. Es wurde schon gesagt: Es sind viele Planungen, die anstehen, und wir müssen die Chancen jetzt packen, um die privaten Investoren auch eng begleiten zu können, damit unser Winterthur in der Zukunft auch entsprechend so gestaltet wird, wie wir das möchten. Und deshalb sprechen wir auch die entsprechenden Ressourcen. Winterthur soll attraktiv sein für private Investoren. Es gibt Arealentwicklungen und Gebietsentwicklungen, Winterthur Süd, Masterplan Bahnhof etc. – es ist uns allen bewusst, was da auf uns zukommt. Und wir müssen jetzt da mitgestalten und mitreden können.

M. Gross (SVP): Der Abend hat eigentlich so gut angefangen: Die SP hat zum 1. Mal – es ist mein 7. Budget – einen Kürzungsantrag mitunterstützt. Roli natürlich nicht, nicht damit er mich nachher der Lüge bezichtigt. Aber es hatte einige. Beim 7. Budget, immerhin. Das mit dem Nicht-Umsetzen oder mit dem Umsetzungsstau bei den Projekten höre ich – ich bin jetzt auch schon eine Weile in der Kommission - jedes Jahr wieder, dass man Projekte nicht umsetzen kann. Ich erinnere daran: Wir hatten 2018 33 Vollzeitstellen. Nächstes Jahr wären wir bei 48. Das ist eine Zunahme von 50% oder fast 50%, wenn man von 2018 her schaut. Und die Projekte sind in dem Sinn nur sehr wenig gewachsen, jedenfalls diejenigen, die man umsetzt. Anscheinend scheint das Stellenwachstum nicht zu korrelieren mit den Projekten, die man umsetzen kann. Das müsste man sich dann vielleicht auch einmal überlegen, weshalb das so ist.

Ich glaube, es ist, weil man auch relativ viele PowerPoint-Präsentationen macht oder Dokumentationen und Prospekte. Wobei, Prospekte ist etwas kurz gegriffen, es sind Büchergestelle füllende Dokumentationen wie bei Winterthur 2040. Die sind zwar super schön, da gebe ich Euch Recht, aber die Frage ist, das hat Urs vorhin gesagt: Ist das nice to have oder must have. Und wir sehen das nicht als must have, und deshalb würden wir diese Stellen kürzen. Und dann glauben wir, dass trotzdem alle Projekte umgesetzt werden können.

R. Heuberger (FDP): Erlauben Sie mir zuerst gleich einleitend, Peter Gasser, Leiter Tiefbauamt, ganz herzlich da zu begrüssen. Es ist sein letztes Budget, das er in der Stadt Winterthur macht. Peter, ganz herzlichen Dank für Deinen Einsatz für die Stadt Winterthur. Und herzlich willkommen auch seinem Nachfolger, Martin Joos. Schön, sind Sie da.

Winterthur hat in den letzten 25 Jahren die Transformation von einer Industriestadt zur Kultur-, Bildungs- und Gartenstadt geschafft. Schauen wir mal etwas zurück: 2007 wurden das Hochbauamt und die Stadtplanung zusammengelegt. Dannzumal hat sich die Stadt noch mit-tendrin in diesem grossen Transformationsprozess befunden. Im Sulzerareal Stadtmitte, wo bis 1986 fast 14'000 Menschen gearbeitet haben, hat die Firma Sulzer 20 Hektaren belegt, die einer neuen Verwendung zugeführt werden mussten. Auch im Sulzerareal Oberwinterthur war der Umbruch riesig. Die Entwicklung in das neue Quartier Neuhegi-Grüze wurde intensiv geplant. Und für diesen grossen Transformationsprozess waren im 2007 total 25.8 Stellen im Städtebau angesiedelt. Bei einer Bevölkerung von damals bereits 94'000 Menschen. Und spannend ist auch, dass die Baupolizei damals mehr ordentliche Baubewilligungsverfahren durchgeführt hat als im 2023 geplant sind.

Und heute? Heute soll gemäss Budget das Amt für Städtebau fast doppelt so viele Stellen haben, nämlich 48.2. Zusätzlich steigen aber auch die Honorare für Beratungen im Baudepartement von 2.9 auf 3.75 Millionen. Insgesamt entspricht das nochmals personellen Ressourcen von rund 20 Vollzeitstellen oder eben rund 1.5 full time equivalent im Amt für Städtebau. Total, inklusive dem extern zugekauften Fachpersonal, entspricht die beantragte Zunahme im AfS also Ressourcen von rund 6 Vollzeitstellen. Und die zusätzlichen Stellen alleine werden uns im kommenden Jahr 350'000 Franken, aber nachher, ab 2024 700'000

Franken kosten. Und die zusätzlichen Beratungen 230'000 Franken. Wir sprechen also von einem Aufbau, der wiederkehrend rund 1 Million Franken kostet.

Und ja, der künftige Planungsaufwand ist gross, es fallen aber auch immer wieder grosse Planungsprojekte weg. Gemäss Aussagen im Budget wird sich die Planungs- und Bautätigkeit im kommenden Jahr auf hohem Niveau einpendeln. Und ja, es hat grosse, komplexe Arealentwicklungen. Aber auch diese haben wir schon in den früheren Zeiten immer wieder gehabt.

Der Antrag der Mitte reduziert die zusätzlichen Kosten um rund einen Viertel. Das ist aus unserer Sicht absolut vertretbar. Und deshalb unterstützen wir den Antrag der Mitte für die Kürzung des Budgets von 250'000 Franken. Wir sind überzeugt davon, dass die Ressourcen, die wir zur Verfügung stellen, immer noch ausreichen, um diese Projekte, die anstehen, zu planen.

Stadträtin Ch. Meier: Wir sind heute schon in den Genuss von Fussballjargon gekommen, wir haben von gelben und roten Karten gesprochen – ich passe mich dem gerne an. Eine Kürzung des Budgets im AfS zum jetzigen Zeitpunkt, das wäre ein ganz böses Eigengol. Wir haben in zwei Bereichen im Moment einen ganz grossen Nachholbedarf. Die Stellen, die beantragt werden, die sind einerseits für den Hochbau (das sind unsere eigenen, städtischen Bauten) und auf der anderen Seite sind das Stellen, die wir brauchen für die Begleitung von Arealentwicklungen durch Dritte.

Ganz kurz zum Hochbau: Ich weiss nicht, woher die Behauptung kommt, dass wir ganz viele angefangene Projekte nicht weiterführen und dass diese irgendwo auf der Strecke bleiben. Im Hochbau haben wir eine sehr hohe Realisierungsquote. Wir haben andere Bereiche im Baudepartement, wo diese Realisierungsquote nicht so hoch ist – im Hochbau ist sie sehr hoch. Wir haben die Situation, dass uns dieses oder nächstes Jahr die Schulraumreserven ausgehen. Bis jetzt hatten wir die Situation, dass wir in der Stadt Winterthur eine Reserve hatten an Schulraum. Iris Kuster hat im Eintretensvotum gesagt, dass es klar sei, dass wenn es mehr Kinder habe, die in die Schule gehen, dann brauche es auch mehr Lehrpersonen. Aber glauben Sie mir: Diese Lehrpersonen und diese Kinder brauchen auch Schulraum, wenn sie in die Schule wollen. Wir sind jetzt an dem Punkt, wo uns diese Reserven ausgehen. Und wir haben Bestellungen auf dem Tisch, die wir nicht realisieren können, wenn wir die Leute dafür nicht haben. Jürg Altwegg hätte ein riesiges Problem, wenn wir seine Schulhäuser nicht bauen könnten.

Nebenbei haben wir eine Immobilienstrategie von Alter und Pflege, auch dort liegen ganz konkrete Bestellungen da. Ein Wettbewerb wurde bereits durchgeführt. Das sind die Projekte, die bei uns im Moment auf dem Tisch liegen.

Damit habe ich noch nichts gesagt zu den Liegenschaften, die bereits stehen, zu dem Raum, den wir bereits zur Verfügung haben. Wir haben Klimaziele. Wir haben ein sehr grosses Immobilienportfolio, das wir für diese Klimaziele rüsten müssen. Heizungsersatz zum Beispiel. Aber ein Heizungsersatz alleine reicht in der Regel noch nicht, es braucht Sanierungsmassnahmen, damit dieser Heizungsersatz dann auch wirklich effektiv ist.

Das sind die zusätzlichen Aufgaben des Hochbaus in den nächsten Jahren.

Dann der 2. Teil, das sind eben die Arealentwicklungen von Dritten. Natürlich, Romana, haben wir schon immer diverse Arealentwicklungen gehabt. Im Moment bearbeitet das Amt für Städtebau ca. 30 grössere Arealentwicklungen. Diese Anzahl hatten wir noch nie in diesem Ausmass.

Wir konnten in der letzten Legislatur zwei ganz grosse (natürlich noch ganz viele andere) Errungenschaften erzielen: Das eine ist Winterthur 2040. Mit Winterthur 2040 haben wir aufgezeigt, jawohl, es gibt ein Wachstum. Ob dieses Wachstum kommt oder nicht, das können wir nicht steuern. Was wir steuern können, das ist, ob dieses Wachstum qualitativ passiert oder nicht. Wir haben uns für einen qualitativen Weg entschieden, wir haben aufgezeigt, wie man dieses Wachstum qualitativ gut gestalten kann. Aber jetzt sind wir natürlich diesen Arealentwicklerinnen und -entwickler gegenüber auch in einer Verpflichtung, dass wir sie dann auch unterstützen, wenn sie in diese Richtung gehen wollen. Sie können ihre Areale ja auch sonst entwickeln. Sie können nach Regelbauweise einfach Wohnungen hinklopfen – aber das ist ja

genau nicht das, was wir wollen. Wir möchten eben genau dort unsere städtischen Anliegen einfließen lassen - für das brauchen wir Leute, die das auch begleiten können. Natürlich, solche Arealentwicklungen generieren auch Kosten auf unserer Seite. Dafür haben wir seit kurzem das Instrument des Mehrwertausgleichs. Wir können im Rahmen von städtebaulichen Verträgen ganz viele Gewinne auch für uns als Stadt herausholen, genau in der gemeinsamen Entwicklung.

Der zweite Punkt, der auch eine ganz grosse Errungenschaft der letzten Legislatur ist, ist, dass wir als Stadt Winterthur uns bei den hoheitlichen Planungen des Kantons und des Bundes als ernstzunehmender Partner etablieren konnten. Ein Beispiel: Winterthur Süd. Das ASTRA hat in der Vergangenheit relativ unkoordiniert und unabgesprochen mit den Gemeinden Planungen gemacht. Wir haben dort ganz klar einen Marschhalt bewirken können. Wir haben dort ganz klar gesagt, was unsere städtischen Anliegen sind. Das ist ein riesiger Erfolg. Das ASTRA nimmt uns unterdessen als ernstzunehmender Partner wahr. Aber jetzt müssen wir natürlich auch bei der Stange bleiben, jetzt müssen wir die Möglichkeit haben, diese Entwicklung weiter zu begleiten. Wenn wir die Ressourcen dafür nicht haben, dann macht das ASTRA, was es will. Und dann können wir mit unseren städtischen Anliegen zusammenpacken.

Also, wie gesagt: Eine Kürzung der Stellen beim AfS wäre ein böses Eigengoal.

Parlamentspräsident R. Diener: Danke, Christa. Damit kommen wir zur Abstimmung über diesen Antrag.

Ich frage jetzt in die Runde, wer diesen Antrag unterstützen möchte, der soll das mit Handheben kennzeichnen.

Das Gegenmehr? Wer möchte das ablehnen?

Ja, das ist eine klare Mehrheit. Dieser Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen zum nächsten Departement, Departement Sicherheit und Umwelt.

PG 411, Stadtrichteramt: Keine Anträge, so genehmigt.

PG 420, Stadtpolizei: Keine Anträge, so genehmigt.

PG 425, Parkieren Winterthur: Keine Anträge, so genehmigt.

PG 460, Melde- und Zivilstandswesen: Keine Anträge, so genehmigt.

PG 470, Schutz und Intervention Winterthur: Keine Anträge, so genehmigt.

PG 480, Umwelt- und Gesundheitsschutz: Keine Anträge, so genehmigt.

Wir kommen also direkt zum nächsten Departement, Departement Schule und Sport.

PG 514, Volksschule: Da gibt es wieder einen Antrag, und zwar einen von der Kommission, der BSKK. Vorgestellt wird er vom Kommissionsreferenten Markus Steiner.

M. Steiner (BSKK): Es gibt einen Kommissionsantrag um Reduktion des Globalkredits von einer halben Million. Die Begründung könnt Ihr selbst lesen, es gibt nicht viel mehr Informationen. Es ist ein offener Punkt bei den Schulbehörden und es gäbe Potenzial bei der Vereinheitlichung der Prozesse. Das ist alles.

Parlamentspräsident R. Diener: Danke. Damit kommen wir zur Diskussion. Das Wort hat Nicole Holderegger (GLP).

N. Holderegger (GLP): Die GLP setzt sich für starke Schulen ein. Starke Schulen sind wichtige Ressourcen. Es geht um die Zukunft. Bildung und Schule kommen unseren Kindern, unseren Enkeln zugute.

Was bedeutet starke Schulen für die grünliberale Fraktion? 1. Schulen gehören ausreichend finanziell alimentiert. 2. Unzulänglichkeiten des zuständigen Stadtrats und von Verantwortlichen im Schulamt sollen nicht da im Rahmen der aktuellen Budgetdebatte debattiert und weiterverfolgt werden. Die von den Winterthurerinnen und Winterthurern beschlossene Behördenreorganisation im Herbst 2021 sollte weiterverfolgt werden, dort fallen immer noch Kosten an und werden auch weiterhin anfallen. Uns ist wichtig, dass die beschlossene Behördenorganisation den gesetzlichen Vorgaben entsprechend umgesetzt wird und die neue Schulpflege inklusive zuständigem Stadtrat, die neuen Leitungen Bildung, der neue Leiter Schulamt, gut, effektiv und prozessökonomisch zusammenarbeiten. Es ist Aufgabe aller dieser Beteiligten, mit all ihrer Fachlichkeit uns zukünftige, mögliche Optionen für Kostenreduktionen in diesem Bereich aufzuzeigen.

Die grünliberale Fraktion hält den Kürzungsantrag, so wie er jetzt zur Debatte steht, als zur Unzeit kommend. Wir lehnen wie gesagt den Kürzungsantrag ab. Besten Dank.

A. Zuraikat (Die Mitte/EDU): Die Mitte/EDU-Fraktion unterstützt den Kommissionsantrag und kann die Begründung für den Kürzungsantrag nachvollziehen. Durch die Reorganisation der Schulbehörde besteht durchaus ein grosses Potenzial zur Vereinheitlichung von Prozessen und Synergienutzungen, dadurch dass es nur noch eine einzige und gesamtstädtische Schulbehörde gibt.

Ausserdem ist dies auch in der Abstimmungszeitung zur Abstimmung so dargelegt worden, dass (Zitat) „die Abläufe und Entscheide vereinfacht“ werden.

Dies sind die Gründe, die unserer Meinung nach zu Minderausgaben führen werden. Aus diesem Grund unterstützt unsere Fraktion den Kürzungsantrag.

D. Roth-Nater (EVP): Ich schliesse mich da gleich dem Thema neue Schulpflege an. Wir möchten der neuen Schulpflege nämlich die Möglichkeit geben, sich zu etablieren und sie auch wirklich zu unterstützen, ihnen auch das unterstützende Umfeld erarbeiten. Da gehört es auch dazu, dass die nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Und deshalb unterstützen wir diese Kürzung nicht.

N. Wenger (Grüne/AL): Die Fraktion Grüne/AL lehnt den Antrag ebenfalls ab. In unseren Augen macht es absolut keinen Sinn, bei einem so wichtigen Budgetposten zu sparen. Bildung ist eine unserer wichtigsten Ressourcen und wenn man dort Geld streicht, dann werden das die Lehrpersonen und die SchülerInnen spüren.

Und wenn man schon einen solchen Antrag stellt, dann würde es mich ja auch wundernehmen, was man dann nicht mehr anbieten möchte in den Schulen. Sind es Klassenlager und Schulreisen oder was wollen wir denn wegsparen?

M. Steiner (SP): Ich habe es vorhin schon durchblicken lassen: Die Antragsteller verzichten meiner Ansicht nach auf eine klare Begründung. Sie verlangen die gleiche Leistung zu einem tieferen Preis, ohne vorgängig zu deklarieren (das hat Nina gerade gesagt), wo gespart werden soll. Das ist äusserst fragwürdig, ein solcher Antrag. Wir kontern diesen unmotivierten Angriff über den rechten Flügel mit einem linken Päckli. Wir lehnen diesen unbegründeten Kürzungsantrag klar ab.

Ch. Maier (FDP): Danke vielmals, Markus, auch für Deine Selbstkritik. Es ist uns auch aufgefallen, dass Du diesen Kommissionsantrag deutlich weniger überzeugend gebracht hast als vorhin zum Beispiel Christian Hartmann.

Wir müssen den Antrag ein bisschen einsortieren. Das budgetierte Schülerwachstum beträgt 1.8%. Der Nettokredit wächst aber um 3% vom letzten Jahr auf dieses Jahr. Wie in den Folgejahren also deutlich überproportional. Die beantragten 500'000 Franken betragen 0.2%

dieses Nettokredits, oder 7.4% der veranschlagten Kostensteigerung. 92% der Kostensteigerung bleiben also unangetastet, auch wenn dieser Antrag durchkommt.

Man kann definitiv sagen: Die Kürzung – oder besser: Die minimale Bremsung - der Kostensteigerung liegt innerhalb des Messfehlers.

Und noch zum Messfehler: Wie nah das Budget 2022 an der Realität liegen wird oder das Jahr 2022 am Budget 2022 liegen wird, auf dem das Budget 2023 ja aufbaut, das wissen wir nicht, denn wir hatten ja den Novemberbrief nicht.

Noch eine Randbemerkung zur Schulpflege: Ja, die Schulpflege war noch nicht im Amt und war noch nicht beteiligt am Budget, sie hat also in dem Sinne nichts damit zu tun.

Wir unterstützen deshalb diesen Antrag. Und ja, Markus, wir wünschen uns das gleiche Produkt zum fast gleichen Preis. Und wir sind zuversichtlich, dass das das DSS auch hinbringt.

Ph. Angele (SVP): Wir unterstützen den Antrag der Mitte. Es geht ja um mehr Effizienz. Und mehr Geld heisst auch nicht sofort mehr Qualität, sondern es geht um Behördeneffizienz. Von daher finden wir den Betrag angemessen.

Stadtrat J. Altwegg: Ich nehme gleich Bezug auf die Äusserung von Nicole Holderegger zur Unzulänglichkeit. Das ist mir wirklich sehr unangenehm. Wir konnten eine Frage zu einer Budgetzeile in der Kommission nicht beantworten. Das ist uns heute noch peinlich, das ist wirklich unangenehm. Wir haben das aber ausführlich nachgeliefert, diese 500'000 Franken mit einem sehr knappen Kommentar, den wir selbst dann nicht mehr zuordnen konnten. Wir haben das aber nachgeholt. Ich hoffe, dass diese Unzulänglichkeit damit behoben ist.

Dann die Vereinfachung von Prozessen und Abläufen: Ja natürlich, André Zuraikat, werden diese vereinfacht und verbessert. Aber das geht nicht in einem Jahr. Und auch nicht in zwei. Ich bin überzeugt, die neue Schulpflege wird die vier Jahre, die sie jetzt im Amt ist, dazu nutzen, genau diese Sachen zu machen. Das braucht aber Zeit. Das schaffen wir sicher nicht für das nächste Jahr.

Und einfach noch ein Hinweis zum Budgetierungsprozess: Wenn Ihr ausrechnet, wie viele Prozente oder sogar Promille das vom Budget abweicht – das Budget läuft tatsächlich so. Wir summieren auf, was wir Euch anbieten wollen und was das kostet. Und wenn man einfach pauschal sagt, das geht sicher auch mit etwas weniger - so funktioniert das Budgetieren einfach nicht, übrigens nirgends, weder beim Bauen noch bei uns. Es geht um die Prognosen, wo man in etwa hinkommt. Ob wir diese übertreffen oder unterschreiten, das zeigt dann die Rechnung.

Aber ich danke für die wohlwollende Unterstützung und wünsche weiterhin eine gute Budgetdebatte.

Parlamentspräsident R. Diener: Danke, Jürg. Damit kommen wir zur Abstimmung über diesen Antrag.

Wer diesen Antrag unterstützen möchte, soll das jetzt mit Handerheben kennzeichnen.

Gegenmehr?

Das ist sehr klar. Der Antrag ist damit abgelehnt.

PG 522, Einkauf und Logistik: Auch da liegt ein Antrag vor, es ist ein Kommissionsantrag. Vorgestellt wird er vom Kommissionsreferenten.

Ch. Maier (BSKK): Es ist eine einfache Geschichte. Wenn man die Ziele über Jahre erreicht, dann muss man entweder das Ziel anpassen oder das Ziel weglassen. Das ist entsprechend dem Antrag, bezogen auf den WOV-Indikator, wie viel der Preisvorteil der ELB sein sollte gegenüber dem freien Markt.

Parlamentspräsident R. Diener: Danke, Christian. Gibt es Wortmeldungen zu diesem Antrag? Gibt es einen Kommentar seitens Stadtrat?

Stadtrat J. Altwegg: Höchstens insofern, dass wir mit diesem Indikator leben können, der angepasst werden soll.

Parlamentspräsident R. Diener: Danke. Wir machen eine offizielle Abstimmung, damit es klar ist.

Wer möchte den Antrag unterstützen? Das ist eine klare Mehrheit, der Antrag ist angenommen.

PG 534, Sonderschulung: Keine Anträge, so genehmigt.

PG 576, Familie und Betreuung: Keine Anträge, so genehmigt.

PG 580, Berufsbildung: Keine Anträge, so genehmigt.

PG 590, Sportamt: Keine Anträge, so genehmigt.

Wir kommen zum Departement Soziales.

PG 613, Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde: Keine Anträge, so genehmigt.

PG 621, Sozial- und Erwachsenenhilfe: Da gibt es einen Antrag von der FDP. Ich bitte um die Begründung, Felix Helg bitte.

F. Helg (FDP): Die FDP-Fraktion stellt den Antrag für Reduktion um 250'000 Franken. Bei dieser Produktegruppe gibt es einen beträchtlichen Stellenaufbau. Wenn man das nochmals nachliest im Dokument Stellenplanveränderungen, dann sind das 19.6 Stellen. Zu einem grossen Teil lässt sich dieser Aufbau zwar nachvollziehen, ich denke da an die Leistungen im Zusammenhang mit den Ukraine-Flüchtlingen und die Anpassung der Falllast bei der Sozialberatung. Es ist aber trotzdem fraglich, ob wirklich alle Stellen im beantragten Umfang nötig sind.

Mit diesem Antrag soll eine gewisse Begrenzung des Kostenwachstums erreicht werden. Primär sollten nach unserer Auffassung gewisse Supportleistungen durch interne Priorisierungen mit dem bestehenden Personal oder dann bloss in reduziertem Umfang erbracht werden. Als kritisch erachten wir eine Stelle von 100%, fachliche Unterstützung der Hauptabteilungsleitung Sozialberatung beim Aufbau und der Betreuung Prozessmanagement und eine weitere Stelle im Umfang von 30% zur Verstärkung der Führung des Stabs und des Qualitätsmanagements des Betreuungsdienstes. Und ein Teil der Stellen, insgesamt sind es 70 Stellenprozent, zur Reduktion der direkten Fallführung der Abteilungsleitungen.

Departementsvorsteher Nicolas Galladé hat den SSK-Mitgliedern vor einer Woche in einer Mailnachricht nochmals die Notwendigkeit dieser Stellen aufgezeigt. Nach unserer Auffassung lässt sich aber diese Reduktion des Globalkredits gleichwohl rechtfertigen. Man muss die angestrebte Kürzung auch im Licht des Umfangs der ganzen Produktegruppe anschauen, das ist doch ein Umfang von 27.6 Millionen Franken. Da ist nach unserer Auffassung eine Priorisierung und eine andere Gewichtung von Aufgaben sehr wohl möglich. Die in unserem Antrag angegebenen Stellen, die ich vorhin genannt habe, sind beispielhaft gemeint, wo nach unserer Auffassung am ehesten eine Kostenreduktion möglich ist. Aber es ist natürlich dem Departement auch freigestellt, dann irgendwo anders diese Kürzung zu vollziehen.

Parlamentspräsident R. Diener: Danke, Felix. Damit ist die Diskussion über diesen Antrag eröffnet. Als erste Rednerin Sarah Casutt (Grüne/AL).

S. Casutt (Grüne/AL): Die Kommission hat den FDP-Kürzungsantrag zum Globalkredit um 250'000 Franken bei der Sozial- und Erwachsenenhilfe klar abgelehnt. Daniel Knöpfli, Leiter Soziale Dienste, und Nicolas Galladé haben ganz klar aufgezeigt, was eine Ressourcenkürzung bei den von der FDP vorgeschlagenen Stellen bedeutet. Mit der Reduktion von drei

Stellen bei der Fachunterstützung der Hauptabteilungsleitung, der Verstärkung Führung und Qualitätsmanagement sowie eine Reduktion bei der direkten Fallführung für Abteilungsleitungen, wie sie die FDP im Antrag vorschlägt, wird bei der Führung gespart. Das bedeutet am Schluss einfach eine höhere Belastung von allen.

Wie wir von Nicolas Galladé auch erfahren haben, können die Abteilungsleitungen schon jetzt keine direkten Fallführungen mehr übernehmen wegen ihren Aufgaben. Das heisst, die Mitarbeitenden erhalten jetzt schon Fälle, die eigentlich den Abteilungsleitungen zugeschrieben wären. Das bedeutet dann wieder eine Erhöhung der Falllast.

Geringere Leistungen und interne Priorisierung, wie sie von der FDP genannt wird, gefährdet die erfolgreich umgesetzte Reduktion der Falllasten bei der Sozial- und Erwachsenenhilfe.

Wo vorher pro 100%-Stelle noch 130 direkte Fallführungen angefallen sind, sind es jetzt nur noch ca. 75. So konnte ermöglicht werden, dass die Fälle intensiver begleitet werden und es zu mehr Ablösungen und Integrationen in den ersten Arbeitsmarkt gekommen ist. Eine tiefere Falllast bedeutet also auch tiefere Kosten für die Stadt. Das belegen auch die Untersuchungen von wissenschaftlich begleiteten Studien zur Reduktion der Falllast glasklar.

Diese Umstrukturierung zur reduzierten Falllast hat auch ausserhalb von Winterthur Aufmerksamkeit bekommen und wird als wegweisend betrachtet. Die Anzahl der Fälle wieder zu erhöhen, wäre also ein falsches Signal. Mit reduzierten Leistungen und einer Priorisierung würde am Schluss nicht Geld gespart, sondern es kommt zu mehr Wartezeiten und Überlastung der Gesamtorganisation, was beim Fachkräftemangel verheerend ist. Der Antrag ist aus Sicht der Fraktion Grüne/AL abzulehnen.

A. Steiner (GLP): Die Grünliberalen sind tatsächlich auch ein bisschen über diese Stellenaufstockung gestolpert, als wir dieses Budget angeschaut haben. Entsprechend haben wir das natürlich sehr genau angeschaut.

Es wurde schon gesagt: Ein grosser Teil des Stellenzuwachses ist tatsächlich den Ukraine-Flüchtlingen geschuldet. Das beansprucht nicht nur das Sozialdepartement, sondern es beansprucht auch das Schuldepartement. Es hat in Winterthur einen grossen Hosenlupf gebraucht und es wird ihn auch weiterhin brauchen, um die ganze Situation der Ukraine-Flüchtlinge zu begleiten.

Es sind dann aber tatsächlich auch noch andere Stellen, es wurde genannt, aufgeführt. Aber es sind auch Stellen, die man nicht braucht, aufgeführt. Das Sozialdepartement (ich weiss nicht, ob es noch andere Departemente gibt) zeigt tatsächlich auf, wenn sie Stellen einmal nicht brauchen. Und das schätzen wir sehr, dass man sagt, diese Stellen da bauen wir ab zugunsten von Orten, wo wir sie wirklich brauchen.

Auch in der Leitung war eine sehr grosse Belastung, unter anderem auch wegen den Ukraine-Flüchtlingen. Und entsprechend möchte man diese Leitungen in den verschiedensten Departementen auch entlasten. Das macht absolut Sinn, denn jetzt konnte man bei vielen Projekten, wo am Schluss sogar auch Ersparnisse zu erwarten wären, gar nicht daran arbeiten, weil sie im Moment im Tagesgeschäft derart beansprucht sind.

Ich möchte an dieser Stelle noch ein Votum aus der Eintretensdebatte aufnehmen, von der SVP, die sagt: Ja, tatsächlich gibt es auch übergeordnete Stellen, die Sachen beschliessen, die uns wesentlich mehr Aufwand geben. Es hat unter anderem zwei Stellen auf der Seite 245 aufgeführt im kaufmännischen Support zur Bewältigung des Arbeitsvolumens aufgrund von flächendeckenden Krankenkassenabtretungen. Dort hat man ein System aufgebaut, bei dem man jedes einzelne Dossier in einer Tiefe kontrolliert, was schlichtweg keinen Sinn macht. Es wäre wesentlich sinnvoller gewesen, dort stichprobenmässig das eine oder andere zu kontrollieren. Aber der SVP-Antrag im Kantonsrat hat damals obsiegt und entsprechend hat die Stadt Winterthur auch den Aufwand. Nur damit wir es einmal auch noch veranschaulicht haben, wo solche Pannen passieren können.

Kurz und gut, die Grünliberalen lehnen den Antrag der FDP ab.

K. Vogel (Die Mitte/EDU): Wir haben hier etwas die undankbare Rolle, wie ich merke. Man muss immer wieder gegen etwas, das eigentlich gut ist, einstehen und sagen, es kostet zu viel und deshalb unterstützen wir es nicht. Da müssen wir uns einerseits sagen lassen, wir

seien viel zu sehr im Detail; und andererseits muss man sich sagen lassen, das sei einfach zu global, wie wir das kürzen wollen.

Ich gebe Dir Recht, Annetta, Nicolas hat das gut erklärt, warum diese Stellen gebraucht werden, weshalb sie nötig seien. Ich muss aber auch sagen, Felix hat da sehr differenziert Auskunft gegeben, weshalb die FDP jetzt diesen Antrag stellt. Und wir denken auch, dass man das Kostenwachstum begrenzen können muss. Und aus unserer Sicht ist es richtig, dass man genau hinschaut. Und wir denken, der Antrag der FDP sei zu unterstützen, so wie Felix das genau begründet hat.

M. Sorgo (SP): Ich glaube, meine Vorrednerinnen, insbesondere Sarah Casutt und Annetta Steiner, haben schon sehr viel dazu gesagt. Das Stellenwachstum ist auch aus unserer Sicht sehr plausibel erklärt worden vom Amtsleiter und dem zuständigen Stadtrat Nicolas Galladé. Es freut uns natürlich, dass die fallbezogenen Stellen einmal insbesondere auch auf der bürgerlichen Seite unbestritten scheinen. Aus unserer Sicht ist aber auch der moderate Anstieg von nicht-fallbezogenen Stellen notwendig, gerade wenn man es im Vergleich anschaut, wie stark die anderen Stellen zugenommen haben, die es für die Fälle braucht. Denn es ist ja relativ einfach: Wenn man einen solchen Zuwachs hat an Mitarbeitenden, dann gibt das halt auch für die Führung, für die ganze Organisation zusätzliche Aufgaben, die abgeholt werden müssen und in die auch investiert werden muss.

Und ich denke gerade, wenn man das Beispiel nimmt von den Geflüchteten aus der Ukraine, welche dieses Jahr dem Sozialdepartement sehr viele Aufgaben gebracht haben, es mussten sich sehr viele Leute in sehr kurzer Zeit einarbeiten; wenn man den Fachkräftemangel, den es nicht nur in der Pflege gibt, sondern zum Beispiel auch in der sozialen Arbeit, beachtet; dann wird auch in Zukunft sehr viel mehr in Personalmanagement investiert werden müssen, man wird sehr viel mehr investieren müssen, um auch gute Fachleute anwerben und vor allem auch behalten zu können.

Und ich glaube, aus allen diesen Gründen sind auch diese Stellen mehr als nur notwendig. Und ich glaube, die Falllaststudie hat ja gezeigt, dass weniger Personal nicht immer zu Kosteneinsparungen führt. Aus allen diesen Gründen ist die SP gegen die beantragte Stellenreduktion und hofft, dass diese Stellen Zustimmung erhalten.

G. Gisler (SVP): Die SVP-Fraktion unterstützt insbesondere das Anliegen, dass wir auch eine Begrenzung des Kostenwachstums anstreben.

Seitens des Sozialdepartements wurde uns in der Kommission mitgeteilt, dass – wie erwähnt - bei der einen Stelle Fachunterstützung für die anstehende Ausschreibung einer neuen Fallführungsapplikation viel Zeit beansprucht wird. Wir können das nicht ganz nachvollziehen, dass man jedes Mal, wenn ein neues Projekt anfällt, die Kapazität ausdehnen muss. Denn vergangene Projekte werden ja auch abgeschlossen und damit werden ja auch wieder Ressourcen frei.

Zu der Reduktion von 1,7 Stellen bei der direkten Fallführung: Dass für die Rekrutierung und Einarbeitung Zeit gebraucht wird, leuchtet ein. Aber wir möchten da vorerst einen etwas moderateren Stellenausbau, die tatsächlich benötigten Ressourcen sollen zuerst bestätigt werden.

Alles in allem schliessen wir uns dem Antrag der FDP an. Besten Dank.

Stadtrat N. Galladé: Besten Dank. Ihr habt schon sehr viele Argumente ausgetauscht zu den konkreten Stellen, zur ganzen Situation. Ich glaube, es geht noch ein bisschen wie um etwas Grösseres. Es geht ja darum: Wir sprechen heute sehr viel über Stellen, Effizienz und auch Kosten. Und am Schluss ist das Stellen schaffen in dieser Stadt – ob sie im Sozialen, im Tiefbau, in der Polizei, in der Kultur, irgendwo in der Schule – ein Mehrwert. Und das muss man sich auch überlegen. Wenn sie richtig eingesetzt sind, selbstverständlich.

Deshalb habe ich die zwei Sachen, Felix Helg hat es begründet, es wurde mehrfach genannt: Beträchtlicher Stellenaufbau. Er hat gesagt, zum grossen Teil könne er das nachvollziehen. Ich habe dazu noch einen Slide gemacht (nicht gerade eine PowerPoint-Präsentation, was

wieder stellenstreichend argumentiert würde), auf dem man drei Sachen sieht. Es ist eigentlich ganz einfach: Es geht zum einen um die Begrenzung des Kostenwachstums, das habe ich jetzt mehrfach gehört. Das Rote ist die Entwicklung über fast 10 Jahre, also fast so weit, wie Daniel Oswald das Budget nachgeschaut hat im 2012. Was war die Fallbelastung bei der Produktegruppe Sozial- und Erwachsenenhilfe, Produkt 1 Sozialhilfe? Es ist das grösste Produkt, die Hälfte der Kosten, die Hälfte der Mitarbeitenden. Da hatte man nach einem Anstieg der Fallbelastung eine massive Reduktion. Das ist die rote Linie. Das führt zu einem Personalwachstum. Felix Helg hat das sehr differenziert ausgeführt. Es gibt gewisse Sachen, die wir nicht bestreiten. Selbstverständlich führt eine Reduktion der Falllast auch zu Kostenerhöhungen. Wir haben gehört: Es geht um eine Begrenzung des Kostenwachstums. Das habe ich von den bürgerlichen Politikerinnen und Politikern heute Abend gehört. Es hat einen Kostenanstieg bei der grauen Säule. Die graue Säule ist angestiegen durch die Reduktion der Falllast. Aber was das letztlich auslöst, diese Arbeit, das ist dann ungefähr mit Faktor 5 die blaue Säule. Und wenn man es dann eben gesamthaft anschaut, so hat zu dieser Zeit, als wir die Falllast reduziert haben, die Stellenzahl erhöht haben, der graue Balken angestiegen ist um 2 - 3 Millionen, der blaue Balken um 3 - 5 Millionen abgenommen. Und das ist der Punkt, den wir auch sehen müssen: Wir müssen es in einer Gesamtbetrachtung anschauen. Sie schauen jetzt die eine Produktegruppe an – es geht eigentlich um zwei Produktegruppen. Und wenn Sie diese beiden anschauen: Wenn Sie das Kostenwachstum begrenzen wollen, dann müssen Sie genau das weiterverfolgen, was da abgebildet ist. Sie müssen moderat Stellen sprechen, damit man diese Fälle gut bearbeiten kann. Das gibt mehr Kosten in der Verwaltung, aber unter dem Strich hat es Minderkosten in einer Gesamtbetrachtung. Und was auch ist, das muss ich auch sagen: Wenn Sie dann irgendwie Ihre Stellen haben, dann müssen Sie in der Führung, beim Support auch gewisse Anpassungen machen. Wir hatten vor ca. 5 Jahren Führungseinheiten von 11 Stellen in einer Abteilung, jetzt sind wir bei 14. Das nächste Jahr werden wir bei 15 oder 16 sein. Das muss man auch wieder in ein gesundes Mass bringen. Und dann braucht es halt auch diese Stellen, welche nicht direkt mit der Falllast zusammenhängen. Von daher: Es ist völlig legitim, diesen Antrag zu stellen. Es ist auch legitim, es muss nicht weh tun - wie Kaspar Vogel gesagt hat, es ist unangenehm – es muss nicht unangenehm sein. Gut ist, wenn Sie in der Mehrheit einfach ablehnen. Besten Dank.

Parlamentspräsident R. Diener: Danke, Nicolas. Damit kommen wir zur Abstimmung über diesen Antrag.

Wer den Antrag unterstützen möchte, soll das mit Handerheben kennzeichnen.

Gegenmehr?

Dieser Antrag ist also auch abgelehnt, wie die meisten bisher. Die Produktegruppe ist damit erledigt, ich habe keine weiteren Anträge mehr.

PG 627, Prävention und Suchthilfe: Keine Anträge, so genehmigt.

PG 628, Individuelle Unterstützung: Keine Anträge, so genehmigt.

PG 638, Spitex: Keine Anträge, so genehmigt.

PG 640, Alterszentren: Keine Anträge, so genehmigt.

PG 645, Beiträge an Organisationen: Keine Anträge, so genehmigt.

PG 650, Arbeitsintegration: Keine Anträge, so genehmigt.

Wir kommen damit zum Departement Technische Betriebe.

PG 710, Stadtwerk Winterthur: Keine Anträge, so genehmigt.

PG 720, Öffentliche Beleuchtung: Keine Anträge, so genehmigt.

PG 731, Stadtbus Winterthur. Keine Anträge, so genehmigt.

PG 732, FinöV Stadt: Keine Anträge, so genehmigt.

PG 770, Stadtgrün Winterthur: Da gibt es zwei Anträge aus der UBK. Ich bitte die Referentin Daniela Roth-Nater um die Begründung.

D. Roth-Nater (UBK): Es sind zwei Anträge, Ihr seht sie vorne und habt es vielleicht selbst schon gelesen.

Das eine ist die Aufstockung des Globalbudgets um 100'000 Franken. Die Kommission beantragt eine Erhöhung des Globalkredits, die man idealerweise für die Rezertifizierung des Labels «Grünstadt Schweiz» einsetzen soll, wobei es uns bewusst ist, dass dann Stadtgrün selbst entscheiden muss. Der Antrag wurde von der Kommission mit einem Stimmenverhältnis von 4:4 und dem Stichentscheid des Präsidiums überwiesen und erfordert ein erhöhtes Quorum.

Der zweite Antrag ist: Das Label «Grünstadt-Schweiz Silber» wurde im November 2017 erreicht und ist 6 Jahre gültig. Es muss eine Rezertifizierung angestrebt werden, um das Label im kommenden Jahr nicht zu verlieren. Die Kommission stellt einen Antrag, dass mit den Anpassungen in den WOV-Indikatoren unter Punkt 4 Nachhaltigkeit die Zertifizierung «Grünstadt Schweiz» anstelle von «kein Audit geplant» ein «Audit bestanden» einzufügen ist. Das würde verhindern, dass die Stadt Winterthur als Gartenstadt das Label «Grünstadt Schweiz» Ende des nächsten Jahres verlieren würde. Auch dieser Antrag wurde mit 4:4 und dem Stichentscheid des Kommissionspräsidenten überwiesen.

Parlamentspräsident R. Diener: Danke, Daniela. Damit ist die Diskussion zu diesem Antrag offen. Das Wort hat zuerst gleich nochmals Daniela.

D. Roth-Nater (EVP): Auch wir von der EVP erwarten von Stadtgrün nicht nur die Rezertifizierung des Labels «Grünstadt Schweiz», sondern möchten auch die entsprechenden Mittel dazu ermöglichen, um dieses Ziel zu erreichen. Das Departement ist stark beansprucht und die vielen Veränderungen und hohen Anforderungen möchten wir mit den 100'000 Franken mehr im Globalkredit als zukunftsweisende Qualitätsbekundung unterstützen und ermöglichen.

Mit dem Ablaufdatum 2023 der Zertifizierung von «Grünstadt Schweiz» soll der WOV-Indikator eben auch auf «Audit geplant» eingestellt sein. Das ist im Moment nicht so und wir finden es wichtig, dass man das ändert. Es handelt sich hier um ein wichtiges Mosaiksteinchen in der Biodiversitätsstrategie. Betroffen sind 60 praxisorientierte Massnahmen, welche auf dem Silberstandard, den wir bereits haben, auch weitergezogen werden können. Das beinhaltet nicht einen sehr grossen Aufwand. Das Dossier muss aber restrukturiert werden.

Viel mehr möchte ich dazu nicht sagen. Das Knowhow ist vorhanden bei Stadtgrün – es muss nur noch in diese Richtung eingesetzt werden. Deshalb unterstützen wir das.

L. Jacot (SP): Wir unterstützen diesen Antrag auch. Und zwar einerseits, weil wir finden, es kann eigentlich nur gut sein für die Stadt Winterthur, wenn das Label weitergeführt wird. Wir sind eigentlich auf einem guten Weg, vermutlich muss man, um die Zertifizierung wieder zu bekommen, nicht wahnsinnig viel Arbeit hineinstecken, weil wir die Kriterien vermutlich bereits erfüllen. Es ist aber wichtig, dass man immer wieder ein Reporting macht und immer wieder schaut, wo man ist auf dem Weg zu einer vorbildlichen Grünstadt. Gerade Winterthur als Gartenstadt, finde ich, sollte sich das auch etwas kosten lassen. Und das Wichtigste ist eigentlich, dass es tatsächlich auch Sachen gibt, bei denen es sehr wichtig ist, dass man weiterhin dranbleibt. Ein Beispiel dafür ist das Gift, das man braucht im Stadtwald, das eigentlich Stadtgrün auch von sich aus reduzieren möchte, aber wo es doch immer

wieder gut ist, wenn es auch von aussen wieder einmal kontrolliert wird, wenn man auch wieder einmal das Reporting bekommt, ob man auf dem richtigen Weg ist oder nicht. Von daher wäre es schade, wenn wir dieses Label nicht mehr hätten. Ich finde, Winterthur würde es gut anstehen, dieses Label zu behalten. Und von daher bitte ich Sie, den Antrag anzunehmen.

N. Ernst (GLP): Rezertifizierung gemäss dem Label «Grünstadt Schweiz» sollte laut den Grünen, den ursprünglichen Antragstellern des Antrags der UBK, mehr oder weniger budgetneutral möglich sein. Stadtgrün hingegen hat einen Betrag von 100'000 Franken in den Raum gestellt, der für eine solche Rezertifizierung gemäss diesem Label notwendig ist. Eine solch ungenügende Informationsgrundlage erlaubt uns keine informierte Entscheidungsfindung, unabhängig davon, welchen Mehrwert wir in diesem Label «Grünstadt Schweiz» sehen. Auf dieser Informationsgrundlage können wir keinen Kredit sprechen. Wir lehnen deshalb diesen Budgetantrag ab.

M. Blum (Grüne/AL): Grüne/AL unterstützen den Kommissionsantrag, das Grünstadtlablet weiterhin als Führungsinstrument beizubehalten. Ich möchte Ihnen drei wichtige Gründe dafür nennen:

1. Winterthur ist Pionierstadt und Gartenstadt.
2. Ein Label ist ein hilfreiches und wichtiges Managementinstrument, das für kontinuierliche Verbesserung sorgt.
3. Vor allem aber für uns als Bevölkerung und Parlament ist es ein wichtiges Führungsinstrument im Sinne der wirkungsorientierten Verwaltungsführung.

Zu 1: Winterthur ist Pionierstadt und Gartenstadt. Hinter dem Label stehen acht kompetente Institutionen aus Forschung, Wirtschaft und Praxis. Winterthur ist Gründungspartnerin. 6 Jahre ist kein Zeitraum, um zu sagen, wir haben alles erreicht, wir können das auch ohne Label und ohne diese Partnerschaften. Wir reden hier von langfristigen Themen, wie beispielsweise Biodiversität und Artensterben, deren Bedeutung noch nicht einmal in der Mitte der Bevölkerung angekommen sind. Dass es dafür einen langen Schnauf braucht, sollte allen klar sein. Beim Energie- und Klimathema, abgebildet im Energiestadtlablet, hat es mehr als 30 Jahre gedauert.

Ein Label bietet gleichzeitig den Zugang zu einem partnerschaftlichen Netzwerk, in dem es um Austausch und gegenseitiges Lernen geht. Winterthur sollte seine Vorbildrolle weiter wahrnehmen und seine Partner und alle Städte, die noch nachfolgen, jetzt nicht fallenlassen. Gleichzeitig profitiert eine Stadt von einer solchen Auszeichnung, sie gewinnt an Attraktivität und speziell Winterthur wird seinem Ruf als Gartenstadt damit gerecht.

Zu 2: Ein Label ist ein hilfreiches und wichtiges Managementinstrument, das für kontinuierliche Verbesserung sorgt. So oder so braucht es einen Managementprozess und Instrumente, um die vielfältigen ökologischen Themen und Massnahmen, die das Label abdeckt, zu bewirtschaften. Wenn hier auf Bestehendes zurückgegriffen werden kann, ist das umso effizienter. Darüber hinaus gibt es bei der Orientierung an einem Label die Gewissheit, dass die Prozesse und Themen kontinuierlich weiterentwickelt werden. Silber nach sechs Jahren ist also etwas anderes als Silber 2017. Das Audit hilft, eigene Schwachstellen aufzudecken, wie die Stadt Winterthur in der Medienmitteilung 2017 selbst positiv festhält. Wird in einer Organisation die Massnahmenumsetzung regelmässig verfolgt, werden Daten als zentrale Entscheidungsgrundlagen erhoben und ist das Reporting sichergestellt, ergibt sich kein wesentlicher Zusatzaufwand, diese Informationen auch an einem Audit bereit zu haben. Alle 6 Jahre ein externes Feedback einzuholen und diese Überprüfung an die Hand zu nehmen, entspricht den allgemein üblichen Standards der guten Unternehmensführung.

Zu 3: Vor allem aber für uns als Bevölkerung und Parlament ist das Grünstadtlablet ein wichtiges Führungsinstrument im Sinne der wirkungsorientierten Verwaltungsführung. Wie im Finanzbereich brauchen wir – wenn wir Nachhaltigkeit ernstnehmen – auch für ökologische und soziale Themen unabhängige Audits, Kennzahlen und Reportings. Statt alle 40 Massnahmen in einem so breiten Aufgabenbereich wie von Stadtgrün Winterthur einzeln nachvollziehen zu

müssen, erleichtert uns und der Bevölkerung ein Label, die Qualität der Leistungen von Stadtgrün in diesen Bereichen einzuschätzen.

Silber ist ein gutes Resultat und ich wäre froh, ich hätte die Gewissheit, die Stadt Winterthur befindet sich auch 6 Jahre nach Einführung noch auf dem Niveau eines Silberlabels. Wir reden hier von Massnahmen zum Erhalt der Biodiversität oder hochwertigem Grünraum als wichtigem Erholungsfaktor. Alles Themen, die in einer mehr und mehr verdichteten Stadt, in den kommenden Jahren an Bedeutung gewinnen werden.

Da uns in der Kommission mitgeteilt wurde, dass es ohne zusätzliches Budget nicht möglich ist, eine Zertifizierung zu erlangen, und wir uns ausserdem mehr Engagement von Grünstadt im Bereich Umweltbildung wünschen, befürworten wir auch die Aufstockung des Budgets um 100'000 Franken.

K. Vogel (Die Mitte/EDU): Ich möchte dort anknüpfen, was ich vorhin schon gesagt habe, wie unangenehm es sei, kürzen zu müssen und so. Hier, bei diesem Geschäft, dünkt es mich nicht so, dass es undankbar ist. Ich finde nämlich, man muss sorgfältig mit dem Geld umgehen und nicht einfach alles für nice to have ausgeben. Und wenn wir vorhin gehört haben, dass in der Verwaltung das Fachwissen vorhanden ist, dann nehmen wir doch da Beat Kunz, den ich auch hochschätze, der sagt in seiner Begründung, eine Erhöhung auf Level Gold wäre mit Zusatzkosten verbunden, welche sich nicht entsprechenden Zusatznutzen gegenüberstellen lassen.

Und deshalb ist es aus unserer Sicht bei diesem Geschäft sehr einfach, diesen Antrag abzulehnen. Und es ist nachvollziehbar, dass auch wir für Nachhaltigkeit sind, aber wir meinen, das können wir also getrost einsparen.

St. Gubler (SVP): Auch wir von der SVP-Fraktion lehnen diesen Antrag ab. Ich weiss nicht, wer von Euch dieses Label überhaupt gekannt hat bisher. Und auch Beat Kunz von Stadtgrün, der sagte, es bringt der Stadt nichts. Kein Baum wächst besser oder weniger gut wegen dieser Zertifizierung. Und wir haben es heute schon einige Male gehört: Nice to have und Must have. Und das ist ganz klar ein nice to have, bei dem wir relativ einfach 100'000 Franken sparen können. Und deshalb lehnen wir das ab.

G. Porlezza (FDP): Ich möchte da betonen: Wir sparen nicht etwas, sondern wir heissen einfach nicht eine Mehrausgabe gut. Die Zuständigen von Stadtgrün haben uns wirklich ganz klar erklärt, dass es diese Rezertifizierung nicht geben kann ohne eine Budgeterhöhung. Das haben nicht wir erfunden, sondern das haben uns die Experten mit bestem Wissen und Gewissen gesagt.

Gleichzeitig wurde uns aber auch gesagt, dass es dieses Label nicht wirklich braucht. Nicht weil wir das glauben, sondern weil die Stadt schon mindestens alle diese Vorgaben erfüllt. Dieser Antrag ist also, um es in den Worten von Nora zu sagen, absolutes Mikromanagement.

Muss man für ein Label 100'000 Franken zahlen, nur damit man es hat? Wir sprechen nicht von Bio oder Knospe. Ich möchte wirklich, dass sich jeder hier drinnen fragt: Wer kennt die Kriterien dieses Labels? Lea Jacot hat gesagt, man kann sich auch etwas kosten lassen. Ja, das kann man. Bei der Produktegruppe Stadtgrün, für die ich zusammen mit Daniela zuständig sein darf, ist das zum Beispiel Biodiversität. Aber ein Label, das wir nicht brauchen, das ist für uns wirklich nice to have und nicht need to have.

Geben wir dieses Geld dort aus, wo es auch wirklich den Mehrwert schafft, den man möchte. Die FDP lehnt deshalb die beiden Anträge ab und möchte auf das Knowhow von Stadtgrün vertrauen.

Stadtrat St. Fritschi: Vielleicht war es mein Fehler, dass ich vor 5 Jahren eine Zertifizierung gemacht habe, ohne dass ein Vorstoss aus dem Parlament gekommen ist, ohne dass es einen Leserbrief gegeben hat, ohne dass jemand von aussen das verlangt hat – sondern nur, weil wir im Departement gefunden haben: Das machen wir. Das war vielleicht ein Fehler.

Denn wenn man es einmal macht, dann muss man es dann immer, auch in Zukunft, machen. Auch wenn man es vielleicht gar nicht so nötig findet. Wir fanden, es hat viel gebracht, die ursprüngliche Zertifizierung. Wir waren eine der ersten Städte, zusammen mit Luzern, und haben diese Zertifizierung gemacht.

Ein Label, bei dem ich staune, wie viele das überhaupt kennen. Also mir hat niemand gratuliert, als wir dieses Zertifikat erhalten haben, ausser der Zertifikatsstelle selbst. Niemand hat mich darauf angesprochen. Jetzt werde ich zum ersten Mal darauf angesprochen, weil wir im Budget sagten, wir würden es nicht rezertifizieren. Also ich staune, wie bekannt dass das ist in diesem Parlament und wie viele das kennen.

Ich sage Ihnen nun einmal sechs Städte: Genf, St. Gallen, Bern, Biel, Lugano, Neuchâtel. Die haben alle dieses Zertifikat nicht. Ich weiss nicht, ob die Städte so wahnsinnig viel besser sind, die dieses Grünstadtlabel haben oder nicht. Ich möchte es auch nicht schlechtmachen, denn ich sage, es war ein guter Prozess damals. Wir hatten damals mit dem ehemaligen Stadtgärtnerleiter Hitch Wieland aber auch jemanden, der sich dem annehmen konnte und dort gerade eine Projektphase hatte, in der er sich voll dem annehmen konnte. Zurzeit hätten wir niemanden bei Stadtgrün, der sich dem annehmen könnte. Wir müssten neue Leute rekrutieren oder externe Leute aneignen, welche sich dem annehmen würden.

Bei Stadtgrün schauen wir, dass wir mit den Finanzen, die wir zur Verfügung haben, möglichst viel bewirken können. Und das machen wir, indem wir wirklich effektiv Sachen pflanzen, effektiv Biodiversitätslandschaften machen, indem wir Naturreservate machen, indem wir zusätzliche Reservate machen, indem wir 1'000 Bäume pflanzen, indem wir Biohecken pflanzen usw. Und wir glauben, das ist effizienter und effektiver mit dem Geld, das wir zur Verfügung haben.

Aber ich kann dem Parlament nicht verbieten, mir mehr Geld zu geben. Das finde ich ja grosszügig. Aber wie gesagt: Wir haben im Rahmen der Priorisierung gefunden, wir bleiben auf dem Silberlevel, auch wenn es verfällt Ende 2023, aber wir sind der Meinung, wir sind sicher nicht schlechter geworden seit 2017. Also mindestens moralisch-mental fühlen wir uns, auch wenn das Zertifikat von der Wand abgenommen werden muss, immer noch als Silber-Zertifikatsbesitzer.

Parlamentspräsident R. Diener: Danke, Stefan. Ich komme zur Abstimmung. Wir haben zwei Anträge, über die wir separat abstimmen müssen, nur schon weil wir beim einen ein erhöhtes Quorum haben. Ich stimme in der Reihenfolge ab, wie sie auch im Budgetbuch sind, also zuerst die Zielvorgabe und nachher allenfalls das Geld, das wir sprechen würden beziehungsweise Stadtgrün zur Verfügung stellen würden. Gibt es dagegen einen Widerspruch? Das sieht nicht so aus, dann gehen wir so vor.

Zum Thema Zielvorgabe, dass man das Audit wieder einplant.

Wer das unterstützen möchte, soll das mit Handerheben kennzeichnen.

Das Gegenmehr?

Die Mehrheit ist ganz klar, das ist damit angenommen.

Dann zum zweiten Punkt, den 100'000 Franken, die da beantragt sind.

Wer diese unterstützen möchte, soll das jetzt mit Handerheben kennzeichnen. Bitte auszählen, wir brauchen da ja das Quorum.

Das sind 25 Stimmen, das reicht nicht für das Quorum. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Nora Ernst hat eine persönliche Erklärung.

N. Ernst (GLP): Eine persönliche Erklärung, eine Erklärung zum Abstimmungsverhalten der Grünliberalen. Wir haben dem Kreditantrag nicht zugestimmt, aber würden die Zertifizierung gerne weiter prüfen.

Ich habe es in meinem Votum erwähnt: Es ist unklar, wie viel eine solche Rezertifizierung tatsächlich kostet. Das konnte uns auch in der Kommission nicht ausreichend beantwortet werden. Die Mehrkosten, die da generiert werden, die 100'000, erschienen uns als zufällig in den Raum gestellte Zahl. Deshalb haben wir Mühe damit, diesen Kredit zu sprechen.

Weiter gab es in den vergangenen zwei Wochen einen Austausch mit dieser Labelorganisation. Und gemäss diesem Austausch ist es durchaus nicht nötig, dass man eine solche Rezertifizierung sofort jetzt Anfang 2023 in Anspruch nimmt. Dadurch entfällt das Dringlichkeitsargument ein bisschen. Man hat diese Ressourcen im Moment zwar nicht, aber zukünftig, mit dem neuen Stellenaufbau bei Stadtgrün, wird man ohnehin eine Strategieauslegung machen müssen.

Wir erwarten oder erhoffen uns, dass Stadtgrün eine tatsächliche Auslegeordnung von Kosten und Nutzen solcher Labels in die Kommission bringt, idealerweise in den nächsten sechs Monaten, so dass wir überhaupt eine Möglichkeit haben, eine informierte Entscheidung zu treffen zu diesem Label, zu den Mehrkosten.

Und falls wir von einer Rezertifizierung absehen würden, könnten wir ein solches Ziel immer noch nächstes Jahr aus unseren Zielvorgaben streichen lassen. Falls eine fundierte Entscheidungsfindung dann ergeben würde, dass man das nicht anstreben will.

Stadtrat St. Fritschi: Ich bin ja total verwirrt, was da jetzt abgeht. Zum einen höre ich aus dem Votum von Nora Ernst, dass wir nicht sagen konnten, was eine solche Zertifizierung kostet. Tatsache ist, dass wir in der Budget-Kommissionssitzung spontan den Vorschlag von einem Kommissionsmitglied erhalten haben, wir sollten diese Zertifizierung machen. Also wir haben nichts davon im Voraus gewusst, dass ein solcher Antrag kommt. Also mussten wir auch spontan sagen: Eine Zertifizierung ist nicht gratis. Und wir haben einfach einmal eine Zahl gesagt.

Und jetzt haben wir abgestimmt. Für mich eine völlig unmögliche Abstimmung. Also die Abstimmung ist schon korrekt gelaufen, aber es ist nicht möglich, das umzusetzen auf unserer Seite. Ich habe gesagt: Die Zertifizierung kostet. Und wenn man kein Geld hat, dann kann man sie nicht durchführen. Dann ist diese Abstimmung fertig und im Nachgang kommt dann noch die Information, was das zu bedeuten hätte, diese Abstimmung, die schon vorher war... Also für mich ist das ein unmögliches Arbeiten so. Ich kann einfach sagen: Das erste, das ich beantragen würde, ist, dass sich das Parlament einmal zertifizieren lassen würde, damit es diesen Prozess einigermassen im Griff hat, was zuerst und was nachher kommt.

Parlamentspräsident R. Diener: Entschuldigung, da muss ich kurz intervenieren.

Ich bin nicht einverstanden mit Dir. Es ist so, die Zielvorgaben stehen zuoberst. Die Zielvorgaben geben vor, was aus Sicht Parlament umgesetzt werden muss. Und natürlich muss man dafür auch Geld bewilligen, aber es ist ja viel Geld schon in der Produktegruppe drin. Man kann sich durchaus auch auf den Standpunkt stellen, dass man sagt, das Ziel muss umgesetzt werden mit dem Geld, das vorhanden ist. Das ist nicht etwas völlig Unmögliches, Stefan.

Ich möchte zuerst über den Ordnungsantrag abstimmen lassen. Es wurde mir ein Ordnungsantrag zugetragen von Andreas Geering.

A. Geering (Die Mitte/EDU): Was Nora gebracht hat, ist eigentlich eine mündliche Motion. Das müsste man anders aufgleisen, wenn man das möchte.

Aber der Ordnungsantrag, den ich habe, ist, dass man über das Ziel, über das wir abgestimmt haben, dass wir ein «Audit geplant» hineinnehmen, dass wir darüber nochmals abstimmen.

Die Begründung ist folgende: Weshalb stelle ich das nochmals zur Debatte? Wir hatten die Situation mit den beiden Abstimmungen, wo wir die Zielveränderung mit dem absoluten Mehr beschliessen konnten, für das Geld, das wir dazu brauchen, brauchen wir aber das erhöhte Quorum.

Und eigentlich hat der Stadtrat scheinbar schon in der Kommission ausgeführt, dass man das eben nur mit zusätzlichem Geld machen kann. Deshalb hat man auch noch zusätzlich Geld beantragt. Jetzt haben wir das zusätzliche Geld nicht gesprochen.

Ich vermute, dass es Leute hier drinnen gibt, welche dieses Ziel hatten, die auch das zusätzliche Geld wollten. Aber zuerst musste man über das Ziel abstimmen und nachher wurde das

zusätzliche Geld nicht gesprochen. Und wenn die Abstimmungsreihenfolge umgekehrt gewesen wäre, hätten sich diese Leute vielleicht beim Ziel zu einer Enthaltung durchringen können.

Vor diesem Hintergrund, dass wir jetzt ein Ziel haben, das sich mit dem Globalkredit nicht umsetzen lässt, stelle ich den Ordnungsantrag, dass man die Abstimmung zu diesem Ziel nochmals durchführt.

Parlamentspräsident R. Diener: Der Ordnungsantrag heisst Rückkommen auf die Abstimmung Zielvorgabe. Zuerst müssen wir aber über den Ordnungsantrag sprechen und über diesen entscheiden. Wer will zum Ordnungsantrag etwas sagen?

A. Steiner (GLP): So despektierliche Bemerkungen wie ein Parlament, das sich zertifizieren lassen müsste, finde ich ziemlich daneben. Das als erstes.

Als zweites: Man müsste zuhören. Wir haben das Geld jetzt nicht gesprochen, weil wir nicht wissen, ob es sinnvoll ist, es für dieses Label zu sprechen. Wir haben das Geld jetzt nicht gesprochen, weil wir wissen, dass wir das auch nicht nächstes Jahr machen müssen.

Das einzige, was man machen muss, ist abzuklären, was sinnvoll ist und was nicht sinnvoll ist und das der Kommission nochmals sauber darzulegen. Und sich zu einigen, ob man die Rezertifizierung machen will. Das Geld braucht es nächstes Jahr noch nicht, man kann es auf übernächstes Jahr beantragen.

Das ist ein Angebot. Man kann es auch anders machen, wir können auch einfach einen Vorstoss machen. Dann haben wir noch viel mehr Aufwand. Es wäre der einfachere Weg. Und wir haben nicht etwas verlangt, das nicht möglich ist. Es braucht Geld dafür, um in der Kommission aufzeigen zu können, was das Label wirklich erfüllt, was es nicht erfüllt, was man sonst für Indikatoren hat usw.

Und aus dieser Sicht muss man diese Abstimmung nicht wiederholen.

Parlamentspräsident R. Diener: Annetta, der Ordnungsantrag ist auf dem Tisch und wir müssen darüber entscheiden, das ist so. Der nächste Redner ist Dani Oswald (SVP).

D. Oswald (SVP): Es ist schon seltsam, respektive es zeigt die Problematik ganz klar auf, die wir haben beim Thema von Verwaltungsbestellungen. Es ist auffällig, und da kann ich Stefan Fritschi sehr wohl nachvollziehen, dass man je nach Beliebigkeit wechselt: Wenn der Antrag zu den eigenen Gunsten ist, dann kann man es global machen; wenn man das Gefühl hat, der Antrag ist nicht zu den eigenen Gunsten, dann sagt man, das müsse man ganz genau sagen, das könne man nicht so global machen. Also da machen wir es wirklich – und zwar alle 60 hier drinnen – nach Belieben, aber nicht sauber strukturiert.

Ich unterstütze den Ordnungsantrag. Denn gerade wenn ich Eure Aussagen von heute Abend nehme, können wir nicht eine Leistung fordern, ohne das Geld dafür zu sprechen. Und schlussendlich glaube ich auch nicht, dass wir als Parlament die Probleme der GLP lösen müssen, die bei einer solchen Budgetdebatte auf beide Seiten etwas geben will, damit sie sagen kann, sie ist in der Mitte und konstruktiv - aber schlussendlich eigentlich gar keine Position hat und einfach schaut, dass weder die eine noch die andere Seite zu stark verärgert ist über sie. Das ist ja wirklich des Parlamentes nicht würdig.

Ich unterstütze den Ordnungsantrag der Mitte. Ich hoffe, meine Kollegen von der SVP auch. Und seid konsequent: Wenn Ihr diese Zertifizierung wollt, dann habt auch das Füdli, um das Geld zu sprechen. Und sonst sagt Nein. Ich habe geschlossen.

Parlamentspräsident R. Diener: Gibt es noch weitere Wortmeldungen zum Ordnungsantrag? Martina.

M. Blum (Grüne/AL): Ich möchte etwas richtigstellen, das hat sicher auch Bezug auf den Wiedererwägungsantrag, was Stefan Fritschi gesagt hat. Wir wären da völlig überraschend mit dem Antrag für das Label gekommen. Meine Wahrnehmung war komplett anders: Das Label ist als Führungsinstrument in diesem WOV verankert. Und plötzlich erkennen wir, dass

es gar nicht mehr weitergeführt werden soll. Also wir sind eigentlich überrascht worden. Das ist meine Wahrnehmung.

Uns ist nicht klar dargelegt worden, weshalb man plötzlich das Label nicht mehr weiterführen will. Man argumentiert mit Aufwand, aber nur, indem gesagt wurde, es geht nicht ohne zusätzlichen Kredit.

Und es gab einen 2. Antrag, das Budget um 100'000 Franken aufzustocken. Wir können nicht sagen, wofür. Wir können nicht sagen, wir wollen es für das Label. Es war eine Diskussion, da ging es um Umweltbildung. Wir wollten das Budget für Umweltbildung aufstocken, aber da hat man uns gesagt, das könne man nicht irgendwie zuordnen.

Parlamentspräsident R. Diener: Martina, bitte zum Ordnungsantrag sprechen.

M. Blum (Grüne/AL): Ja, einfach um das zu sagen. Das ist wichtig, um diese Abstimmung zu verstehen.

Also diese Verlinkung, 100'000 für das Label, ist dann innerhalb der Umweltbildungsdiskussion zustande gekommen. Wir sagten, die 100'000 wollten wir eher für das Label, aber ohne Nachweis, einfach pauschal in den Raum gestellt. Genau wie es Dani gesagt hat. Man kann die Argumente der Grünliberalen absolut nachvollziehen.

Wie ich vorhin gesagt habe: Wenn die Organisation in Ordnung ist, wenn die Massnahmen «getrackt» sind, wenn die Daten als zentrale Entscheidungsgrundlagen erhoben und das Reporting sichergestellt ist, ergibt sich kein wesentlicher Zusatzaufwand durch das Label. Und deshalb kann ich auch das Abstimmungsverhalten der Grünliberalen absolut nachvollziehen. Wir lehnen den Widererwägungsantrag ab.

Parlamentspräsident R. Diener: Danke. Gibt es noch weitere Wortmeldungen zum Ordnungsantrag? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann kommen wir zur Abstimmung, es gibt ein einfaches Mehr.

Wer den Ordnungsantrag unterstützen möchte, soll jetzt die Hand erheben.

Wer den Ordnungsantrag ablehnen möchte?

Das ist ein klares Mehr. Das heisst, es wird nicht nochmals abgestimmt.

Die Produktegruppe ist damit erledigt.

Wir kommen damit zum letzten grossen Brocken, Behörden und Stadtkanzlei.

PG 810, Stadtkanzlei: Da gibt es einen Antrag der FDP. Ich bitte um die Begründung.

R. Tobler (FDP): Ich versuche, das etwas emotionsloser zu machen. Es geht um einen Antrag in der Produktegruppe Stadtkanzlei, um die Stelle des Portfolio-Managers. Da ganz konkret zum Thema: Reduktion des Globalbudgets um 160'000 Franken.

Für mich erstaunlich, ich war damals noch nicht dabei, habe es aber dann nachgelesen und meine Fraktionskollegen haben mir das auch mitgeteilt: Es war schon in der Budgetdebatte für das Jahr 2022, also Ende 2021, ein Thema. Diese Stelle wurde schon einmal beantragt. Man hat dann diese Stelle abgelehnt mit der Begründung, man wolle zuerst eine Digitalisierungsstrategie. Das stand 1:1 so drin. Das wurde dann aber nicht so umgesetzt. Und es gibt auch heute leider noch keine Digitalisierungsstrategie. Wie vorhin schon erwähnt, wäre ich eigentlich ein riesiger Fan von diesem Thema.

Aber wie vorhin auch schon gesagt: Wir wollen nicht eine Stelle bewilligen für jemanden, der sich um das Thema Digitalisierung kümmern müsste, wenn noch keine Strategie vorliegt. Es heisst auch, es sei der Ausbau einer strategischen Koordinationsstelle. Ich frage mich, was diese Person koordinieren soll, wenn es nichts Strategisches dahinter gibt?

Es hat dann auch geheissen, dass diese Stelle verantwortlich ist für die Erarbeitung der Digitalisierungsstrategie. Wir haben nachher aber auch gesehen, dass diese Person das ja nur Umsetzen soll und eine solche Digitalisierungsstrategie jetzt schon in der Bearbeitung ist mit externen Ressourcen. Und deshalb sehen wir das kritisch, dass wir diese Stelle jetzt schon

bewilligen sollen, wenn wir gar noch nicht wissen, was die Digitalisierungsstrategie dann beinhaltet.

Auch schon diskutiert wurde das Thema, dass wir in der Stadt Winterthur schon einen Chief Digital Officer haben. Da ist mir in der Kommission zwar gesagt worden, dass dieser ganz andere Sachen macht. Wenn man aber in der Literatur ein bisschen nachliest und nachschaut, was sonst solche Chief Digital Officers machen, wäre das eigentlich ja genau diese Funktion. Allenfalls kann man diese ja von der IDW transferieren mit einem kleinen Hinweis, dass diese Stelle budgettransferiert worden wäre in die Stadtkanzlei.

Das unser Antrag: Reduktion des Globalbudgets um 160'000 Franken, in der Verbindung mit der Streichung dieses Portfolio-Managers oder der Portfolio-Managerin. Vielen Dank.

B. Helbling (SP): Die Stelle dieses Portfolio-Managers Digitalisierung ist ein wichtiger Baustein für die Stärkung der Digitalisierung der Stadtverwaltung und auch in der Führung des Digitalisierungsportfolios.

Die Digitalisierung an sich stellt die Stadtverwaltung vor mannigfaltige Herausforderungen. Die Grundlagen der Digitalisierungsstrategie der Stadt Winterthur wurden vom Stadtrat im Herbst verabschiedet. Erarbeitet wurde sie mit externer Unterstützung, und zwar deshalb, weil letztes Jahr die Stelle des Portfolio-Managers Digitalisierung nicht gewährt wurde.

Jetzt ist es an der Zeit, dass diese Stelle wirklich bewilligt wird und diese Person dann auf der Grundlage der jetzt detaillierten Digitalisierungsstrategie – also wir hoffen, dass diese dann schon entstanden ist - und auch mit externer Unterstützung und den extern unterstützten Digitalportfolios starten kann.

Dass das extern unterstützt wurde, hat eben den Grund, dass diese Stelle letztes Jahr nicht gesprochen wurde. Es beisst sich da irgendwie der Hund in den Schwanz.

Es geht um das Management des Portfolios der Digitalisierung der Stadt Winterthur, um die Umsetzung der Vorhaben im Bereich Digitalisierung, um die Erarbeitung von Entscheidungsgrundlagen für den Stadtrat. Der oder die Portfolio-ManagerIn ist ein Teil des strategischen Digitalisierungsboards, so ist es angedacht. Der Chief Digital Officer der IDW ist auch ein Teil dieses Boards und ist dort beratend auf der technischen Seite. Das heisst, der Portfolio-Manager oder die -Managerin soll das Ganze mehr oder weniger über die ganze Stadt verwalten. Das Ziel ist schlussendlich eine Vereinfachung und Umstrukturierung. Und da sind wir sicher nicht dagegen. Und zwar auch deshalb, damit die Verwaltung selbst Teil wird dieser Digitalisierung, und das nicht muss von der IDW machen lassen.

Wir sind deshalb gegen die Kürzung dieser Stelle.

F. Kramer-Schwob (EVP): Wir finden die Idee eigentlich wirklich gut: Die Digitalisierung soll strategisch angepackt werden. Gerne bringe ich das Beispiel mit dem Chatbot: Es soll nicht jede Abteilung separat einen Chatbot ausprobieren und damit scheitern. Das ist viel zu aufwändig und zu teuer. Es reicht, wenn eine Abteilung die Kinderkrankheiten kuriert. Es soll departementsübergreifend besprochen und entschieden werden, welches Projekt man wo lanciert und dann kann die Sache multipliziert werden.

Aber die Bürgerlichen sind offensichtlich nicht überzeugt. Und das muss auch aus unserer Sicht die Stadtkanzlei ernstnehmen. Kommunikation und Transparenz aus Eigeninitiative wären nötig. Wir glauben, dass es in der Stadtkanzlei da einen Bedarf gibt für vertrauensbildende Massnahmen.

Auch in der EVP haben wir den Antrag kontrovers diskutiert, haben uns aber aus den genannten Gründen entschieden, den Antrag der FDP nicht zu unterstützen.

S. Kocher (GLP): Raphael hat es bereits gesagt. Es ist ein bisschen ein Déjà-vu für mich, genau dieses Thema haben wir doch schon im letzten Budget diskutiert. Darum kann ich nochmals das Gleiche vortragen, was ich auch letztes Jahr gesagt habe, da sich leider an der Ausgangslage nichts verändert hat.

Wir verstehen sehr gut, dass offensichtlich departementsübergreifende Projekte schwer vom Stadtrat direkt koordiniert werden können. Offensichtlich gerade im Bereich der Digitalisie-

rung. Jetzt wird eine Stelle geschaffen, die das übernehmen soll, obwohl wir das genaue Anliegen, also die Umsetzungsziele und vor allem die Strategie, weiterhin noch nicht kennen. Die Strategie wird erst Mitte 2023 vorliegen. Wenn wir besser verstehen können, was jetzt genau gefordert ist und gefordert wird, und was die Stelle für Aufgaben koordinieren muss, sind wir gerne bereit, das wieder anzuschauen. Heute sind wir aber noch nicht so weit. Heute unterstützen wir entsprechend den Kürzungsantrag der FDP.

I. Kuster (Die Mitte/EDU): Wir von der Mitte/EDU wollen eine Digitalisierung mit schlanken Strukturen und kurzen Entscheidungswegen. Stand heute ist dies aus unserer Sicht leider nicht gegeben. Es gibt zu viele Stellen, Raphael hat es erwähnt, die sich mit der Digitalisierung beschäftigen. Und es ist nicht klar, welche Stelle welche Aufgaben und welche Kompetenzen hat. Was bis jetzt zum Thema Digitalisierung präsentiert wurde, überzeugt uns nicht. Solange die Strategie, die Organisation und die Kompetenzen nicht sauber geklärt sind, wollen wir keine neuen Stellen bewilligen.

Ganz abgesehen davon haben wir auch nicht verstanden, wieso die Koordination der verschiedenen Projekte bei der Stadtkanzlei angesiedelt werden soll. Vielleicht wird das klarer, wenn einmal eine saubere Strategie vorliegt, die diesen Namen auch verdient, die man nachvollziehen kann und hinter der wir stehen können.

Und wenn es wirklich nur um Koordination von irgendwelchen Digitalisierungsprojekten geht, hat die Stadtkanzlei mit 16.5 Stellen sicher auch dafür noch Kapazitäten, zumal die Festivitäten für die Eingemeindung ja wegfallen.

Stadtpräsident M. Künzle: Begriffe wie Digitalisierungsstrategie, wie Digitalboard, wie Portfolio-Manager, auch wie Digital Officer, wie Smart City – das gehört alles zusammen auf dem Weg der Digitalisierung, was wir uns schon in der letzten Legislatur auf die Fahne geschrieben haben. Und jetzt auch in dieser Legislatur wieder auf die Fahne geschrieben haben. Wir wollen weitere Schritte machen.

Und es ist jetzt ein bisschen die Huhn-oder-Ei-Frage: Machen wir zuerst die Digitalisierungsstrategie fertig und dann kommt jemand, der dann koordinieren muss? Oder soll der nicht schon da sein und bei der Erarbeitung der Digitalisierungsstrategie dabei sein? Was ich persönlich besser finden würde, wenn wir es schon vorher hätten. Sonst passiert eben das, dass wir jetzt die Digitalisierungsstrategie erarbeiten. Wir sind dann im Sommer 2023 fertig. Und dann warten wir ein halbes Jahr mit der ganzen Umsetzung und mit der 1. Sitzung in diesem Digitalboard – das passt wie nicht zusammen.

Und ich muss leider feststellen, dass unsere Digitalisierungsbemühungen vom Parlament nicht im gleichen Schritt mitgezogen werden. Und eigentlich bin ich davon ausgegangen, dass wir eine moderne Stadt sein wollen. Und dafür braucht es diese Schritte.

Zugegeben: Die Digitalisierungsstrategie ging länger als wir geplant hatten, aber das gibt es manchmal in einem Projekt. Und wir sind da unterwegs. Und ich lade Sie alle ein, uns dabei zu unterstützen, wenn es darum geht, dieses Projekt weiterzuführen.

Eines möchte ich noch sagen: Das, was Franziska gesagt hat, das habe ich mir notiert. Stichwort Kommunikation, Stichwort Vertrauen. Das gilt nicht nur hier. Sondern wir müssen vielleicht einmal mehr darüber nachdenken, wie wir – zum Beispiel das Parlament – mitnehmen.

Parlamentspräsident R. Diener: Danke, Mike. Dann kommen wir zur Abstimmung über diesen Antrag.

Wer diesen Antrag der FDP zur Kürzung unterstützen möchte, soll das mit Handerheben kennzeichnen. Bitte auszählen.

Wer das ablehnen möchte, soll jetzt die Hand erheben.

Damit haben Sie diesen Antrag 28:26 angenommen. Damit ist diese Produktgruppe auch erledigt.

PG 820, Stadtparlament: Keine Anträge, so genehmigt.

PG 830, Finanzkontrolle: Keine Anträge, so genehmigt.

PG 860, Ombuds- und Datenschutzstelle: Da gibt es einen Antrag der AK. Ich bitte die Referentin Regula Keller, diesen vorzustellen.

R. Keller (AK): Es gibt einen Antrag der AK um Kürzung des Globalkredits der Ombuds- und Datenschutzstelle um 83'000 Franken. Die AK hat diesem Antrag 11:0 zugestimmt. Und zwar ist im Budget 2023 eine Stellenerhöhung bei der Ombuds- und Datenschutzstelle (das heisst, eigentlich bei der Datenschutzstelle) um 0.45 Stellen vorgesehen, das heisst von 0.35 auf 0.8 Stellen. Für die geplante, doch ziemlich substanzielle Erhöhung, also mehr als eine Verdoppelung, haben wir keine ausreichende Begründung in der Aufsichtskommission erhalten. Der doch ziemlich happige Ausbau ist aus unserer Sicht ohne Klärung und Definition von Aufgaben und Portfolio, was ja dann auch grösser werden muss, der Datenschutzstelle schlicht nicht sinnvoll. Und deshalb der Antrag zur Kürzung dieser Stellenaufstockung. Aber es geht nur über Kürzung des Globalkredits.

Das Thema Stellenprozentage Datenschutzstelle ist bei der Ratsleitung und wird dann wieder in die AK kommen. Es ist also durchaus etwas, mit dem wir uns beschäftigen, aber der Zeitpunkt für eine solche Stellenaufstockung ist für uns nicht der richtige.

Parlamentspräsident R. Diener: Danke, Regula. Die Diskussion ist offen. Gibt es Wortmeldungen aus dem Parlament dazu? Möchte sich der Stadtrat dazu äussern?

Stadträsident M. Künzle: Eigentlich ist es ja nicht unsere Geschichte, sondern Eure. Aber wir haben Verständnis für die AK.

Parlamentspräsident R. Diener: Danke, Mike. Es scheint klar, aber wir machen trotzdem eine Abstimmung.

Wer diesen Antrag unterstützen möchte, soll das durch Handerheben kennzeichnen.

Gegenmehr?

Enthaltungen?

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen jetzt noch zur letzten Produktgruppe, die wir noch zurückgestellt haben bis am Schluss.

PG 280, Steuern und Finanzausgleich: Ich habe keinen Antrag vorliegen zu dieser Produktgruppe. Ich frage jetzt in die Runde: Gibt es dazu einen Antrag oder eine Anmerkung aus dem Parlament? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Ich frage trotzdem den Stadtrat, ob er dazu noch etwas sagen möchte? – Das ist auch nicht der Fall. Dann ist diese Produktgruppe wie vom Stadtrat beantragt auch genehmigt.

Und wir sind damit mit der Detailberatung der ersten Runde fertig.

Es gibt jetzt noch eine zweite Runde, wobei wir diese wahrscheinlich auch relativ schnell erledigt haben, nämlich die Verwaltungsrechnung. Alles andere, was keine Investitionskredite sind vom Buch A. Da beantrage ich eine pauschale Abnahme und frage jetzt in die Runde, ob es aus dem Parlament eine Wortmeldung oder einen Antrag gibt zu dieser Verwaltungsrechnung (ausgenommen der Verpflichtungskredite, die wir bereits mit den Produktgruppen schon abgenommen haben)? - Das scheint nicht der Fall zu sein.

Damit ist die zweite Detailberatung, die Verwaltungsrechnung, ebenfalls abgeschlossen und so genehmigt, wie vom Stadtrat vorgelegt.

Damit kommen wir zur Schlussabstimmung der Budgetdebatte heute. Wir haben 5 Ziffern, die auf dem Deckblatt des Drehbuchs sind. Es geht auch da wieder zuerst um die Globalkredite und die Leistungsziele, um die Erfolgsrechnung, wie wir sie jetzt gerade diskutiert haben, unter Ziffer 1. Unter Ziffer 2 geht es um die Ausgaben und Einnahmen der Investitionsrechnung

und des Verwaltungs- und Finanzvermögens für 2023. Ich schlage vor, dass wir über die beiden Ziffern 1 und 2 gemeinsam abstimmen. Gibt es gegen die gemeinsame Abstimmung von Ziffer 1 und 2 Widerspruch? – Ich sehe keinen Widerspruch.

Wer den Ziffern 1 und 2 zustimmen möchte, soll das jetzt mit Handerheben kennzeichnen.
Wir müssen auszählen wegen der Schlussabstimmung.

Wer das ablehnen möchte, soll das jetzt mit Handerheben kennzeichnen.

Gibt es Enthaltungen? – Das scheint nicht der Fall zu sein.

Damit haben Sie die Ziffern 1 und 2 mit 45:9 angenommen.

Wir kommen zur Ziffer 3, der Steuerfuss wird auf dem bisherigen Level weitergeführt (125% einfache Staatssteuer), wie es da geschrieben ist.

Wer diese Ziffer so annehmen möchte, soll das mit Handerheben kennzeichnen. Bitte ebenfalls auszählen.

Wer das ablehnen möchte?

Wer sich der Stimme enthalten möchte?

Das sind nicht die gleichen Zahlen wie vorhin... Damit haben Sie mit 54:0 zugestimmt.

Dann haben wir die Ziffern 4 und 5. Ich schlage hier ebenfalls vor, dass wir über die beiden Ziffern 4 und 5 gemeinsam abstimmen. Gibt es da einen Widerspruch?

D. Oswald (SVP): Ja.

Parlamentspräsident R. Diener: Dann stimmen wir separat ab.

Wer der Ziffer 4 zustimmen möchte, soll das jetzt mit Handerheben kennzeichnen. Bitte auszählen.

Wer das ablehnen möchte, soll bitte jetzt die Hand erheben.

Gibt es Enthaltungen? – Eine.

Es gibt eine Differenz, aber das Resultat ist klar, wir müssen nicht nochmals nachzählen. Es ist eine Zustimmung mit 44:8 bei einer Enthaltung.

Wir kommen zur letzten Ziffer, der Ziffer 5. Dort geht es um die Ermächtigung an den Stadtrat, die Positionen definitiv im Budget einzutragen und den Produktgruppen zu belasten.

Wer der Ziffer 5 zustimmen möchte, soll das jetzt mit Handerheben kennzeichnen. - Das ist wahrscheinlich eine einstimmige Zustimmung.

Wer ist dagegen?

Gibt es Enthaltungen?

Dann ist das einstimmig. Danke vielmals. Damit sind wir mit dem Budget durch und angesichts der fortgeschrittenen Zeit beginne ich nicht noch ein Geschäft.

Ich schliesse die Sitzung und wir sehen uns nächsten Montag.

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Der Präsident:

Die 1. Vizepräsidentin:

Der 2. Vizepräsident:

R. Diener (Grüne)

B. Huizinga (EVP)

F. Helg (FDP)